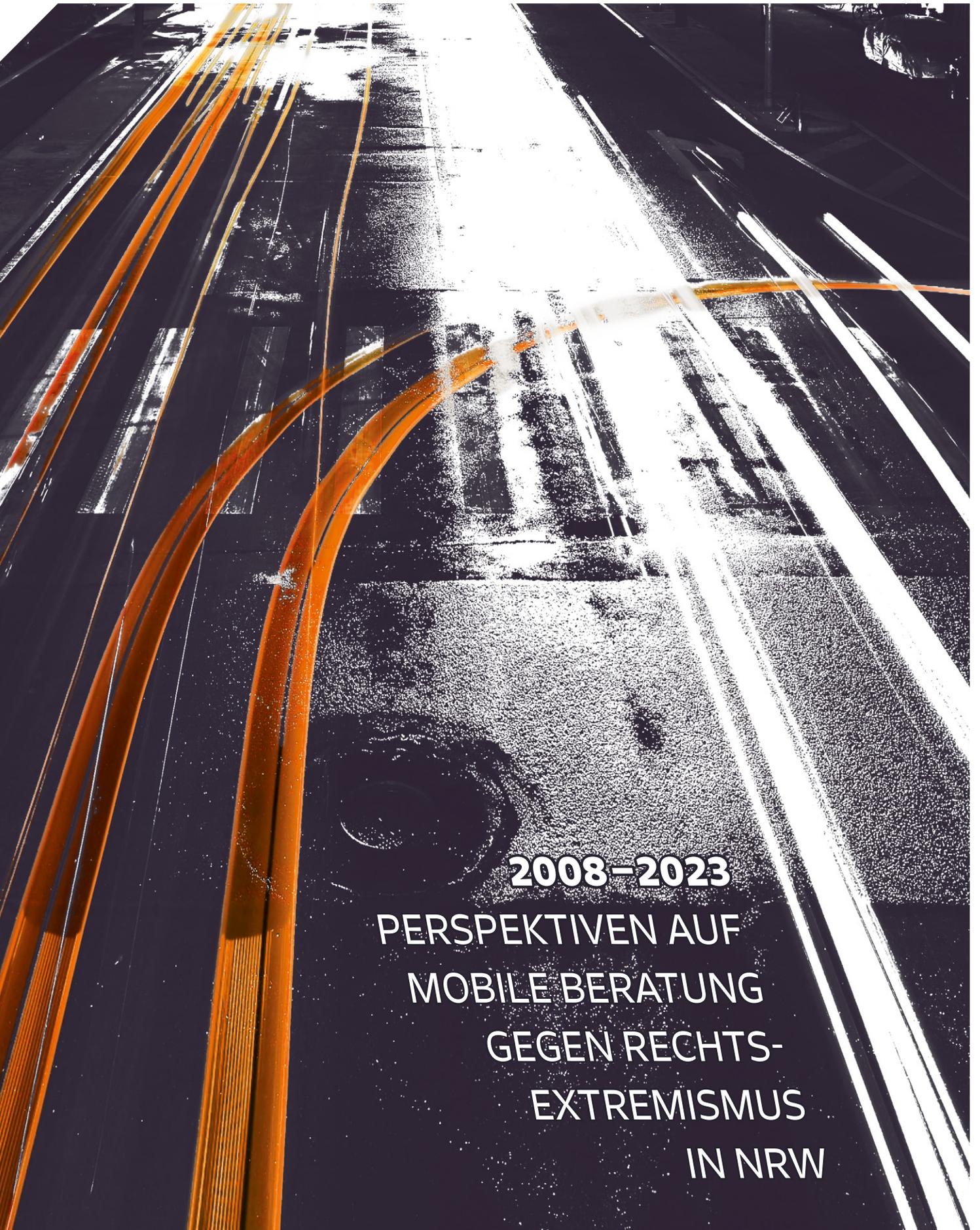


SEIT 15 JAHREN UNTERWEGS



Mobile Beratung
gegen Rechts-
extremismus NRW



2008–2023

PERSPEKTIVEN AUF
MOBILE BERATUNG
GEGEN RECHTS-
EXTREMISMUS
IN NRW



Mobile Beratung
gegen Rechts-
extremismus NRW

Impressum

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein Westfalen c/o

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.
Bendahler Straße 29
42285 Wuppertal

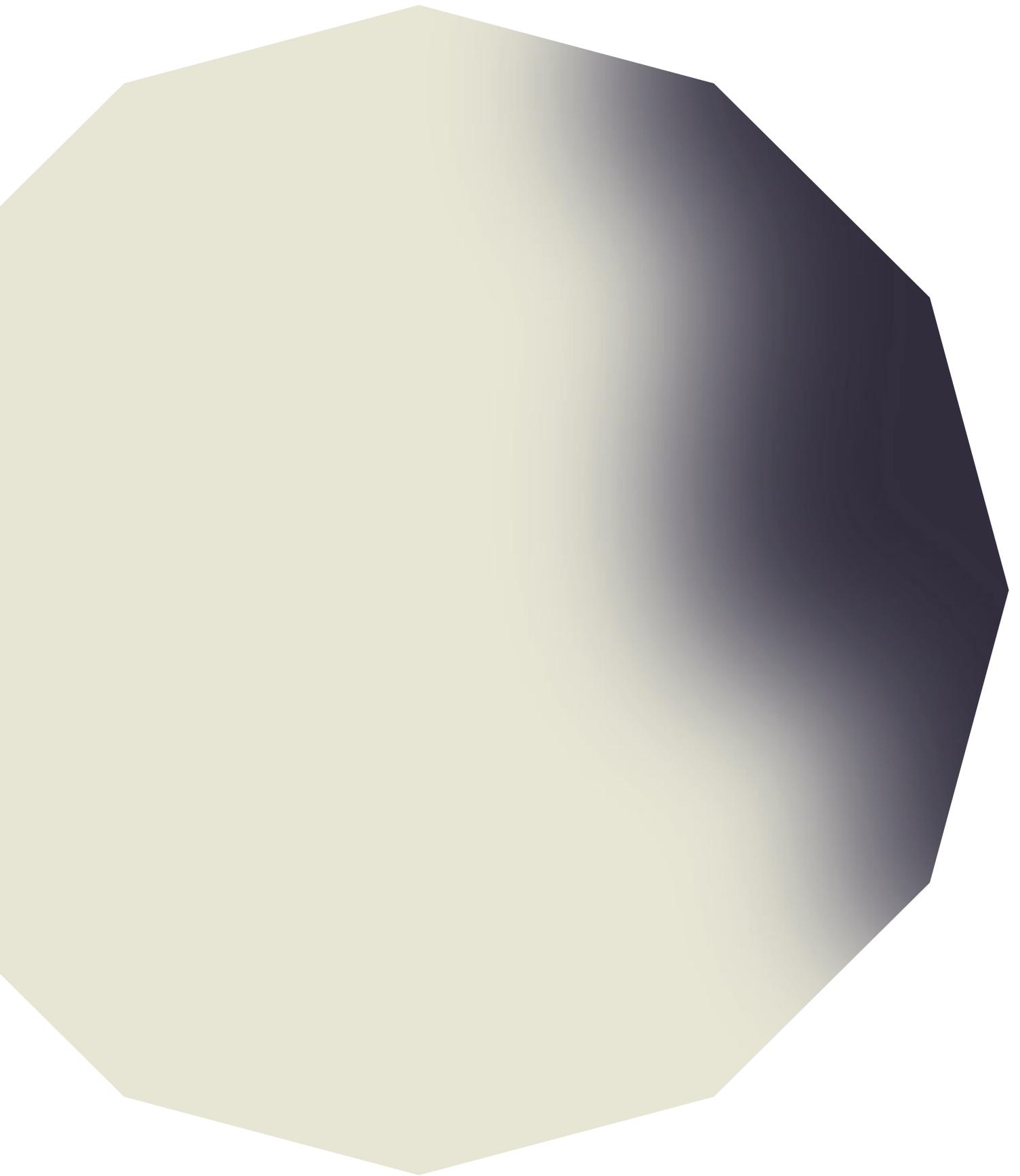
Redaktion: Leroy Böthel, Kathalena Essers, Sina Feldkamp,
Julia Klatt, Dario Schach, Frederik Schürhoff, Marat Trusov

Lektorat: Anna Schrepper

Videobearbeitung und -schnitt: Karla Stindt

Sensitivity Reading: Maurice Soulié

Layout: Tüddel Heimsoth (hallo@heimsoth.de)



06 Einleitung

Vorstellung der MBR ●

08 Damit sie nicht verzweifeln, sondern aktiv werden

14 Chronologie

16 Beratungsnetzwerk

Impulse und Beratungsgegenstände ●

18 Geschlechterreflexion in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

24 Feministische Errungenschaften müssen immer wieder verteidigt werden

30 Jenseits der Nazikeule. Demokratiefeindlichkeit und Menschenverachtung in der Coronaleugner*innen-Szene

36 Kritik Extremismustheorie

42 Bedingt kooperationsfähig. Zum Verhältnis von Mobiler Beratung und Polizei

Bedarfe und Leerstellen ●

48 So dynamisch wie Gesellschaft selbst. Leerstellen in der Beratungslandschaft als konstante Herausforderungen

54 Auf (post)migrantische Zivilgesellschaft zugehen. Interview mit Ali Şirin

58 Es braucht Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Interview mit Özge Erdoğan

64 Was wir uns für die nächsten 15 Jahre Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wünschen

Einleitung

Liebe*r Leser*in,

schön, dass unsere Broschüre „SEIT 15 JAHREN UNTERWEGS“ anlässlich des 15 jährigen Bestehens der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen (MBR NRW) den Weg zu Ihnen gefunden hat. Eine Redaktion aus allen Regionalteams hat ein Jahr lang Inhalte diskutiert, Gespräche geführt und Inhalte erstellt. Mit dieser Broschüre möchten wir unseren Weg bis hierher nachzeichnen, Themen und fachliche Debatten vorstellen, die uns die letzten Jahre begleitet haben, und unseren Blick auf kommende Herausforderungen, Entwicklungspotenziale und Bedarfe in der Mobilen Beratung richten.

In dem Produkt, das Sie in den Händen halten oder auf dem Bildschirm sehen, finden Sie Interviews und selbstverfasste Texte, einige Beiträge sind in ähnlicher Form bereits von uns veröffentlicht worden. Einige der hier veröffentlichten Interviews finden Sie auch als Videofassung auf unserem YouTube-Kanal.

Wir steigen ein mit einem Blick zurück: Nina Bramkamp und Michael Sturm blicken in einem Interview auf die Herausforderungen, Entwicklungen und Möglichkeiten der letzten 15 Jahre. Außerdem stellen wir in diesem ersten Teil der Broschüre unser engeres Beratungsnetzwerk vor und geben eine Übersicht über die wichtigsten Stationen unserer Entwicklung.

Der zweite Teil der Broschüre „Impulse und Beratungsgegenstände“ widmet sich Themen, die uns gegenwärtig und in Teilen auch schon länger in der Beratungspraxis begleiten und die es sich lohnt, vertieft anzuschauen. Dazu zählt der Blick nach innen auf Maßnahmen zur Geschlechterreflexion in der Mobilen Beratung. Julia Haas und Ronja Heukelbach vom Projekt Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen geben Einblick in die Entwicklungen ihres Projekts und vertiefen den Begriff des Antifeminismus. Anschließend widmen wir uns Werkzeugen zur Schärfung von Kritik an rechten Umtrieben und beschreiben, warum es nicht reicht, einfach nur „Nazis raus!“ zu rufen, was insbesondere im Kontext der Proteste der sogenannten Coronaleugner*innen deutlich wurde. Darauf folgt ein kritischer Blick auf die sogenannte Extremismustheorie, ihre Geschichte und wissen-

schaftliche Alternativen zu dem Begriff „Extremismus“. Der letzte Text des Kapitels behandelt das Themenfeld Mobile Beratung und Polizei. In den letzten Jahren konnten wir hier verschiedene Erfahrungen sammeln, die an dieser Stelle reflektiert werden.

Unter der Überschrift „Bedarfe und Leerstellen“ wollen wir Teile von dem abbilden, was aus unserer, aber auch aus der Sicht Dritter im Bereich der Beratungs- und Bildungsarbeit im Kontext Rechtsextremismus dringend benötigt wird. Neben einem Text, in dem wir Leerstellen in der Beratungslandschaft beleuchten, konnten wir Ali Şirin vom Bündnis Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich in Dortmund für ein Interview gewinnen. Er hilft uns, Antworten auf die Frage zu finden, was eine postmigrantische, selbstorganisierte Zivilgesellschaft von Strukturen wie der Mobilen Beratung braucht und gibt Impulse aus seiner Perspektive für die Weiterentwicklung unserer Arbeit. Gegenwärtig Konjunktur hat das Thema „türkischer Ultrationalismus“. Özge Erdoğan, Geschäftsführerin des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V., beschreibt, welche Dimensionen und Auswirkungen dieser für Betroffene in Deutschland hat und warum es für eine Gesamtgesellschaft wichtig ist, sich mit diesem auseinanderzusetzen.

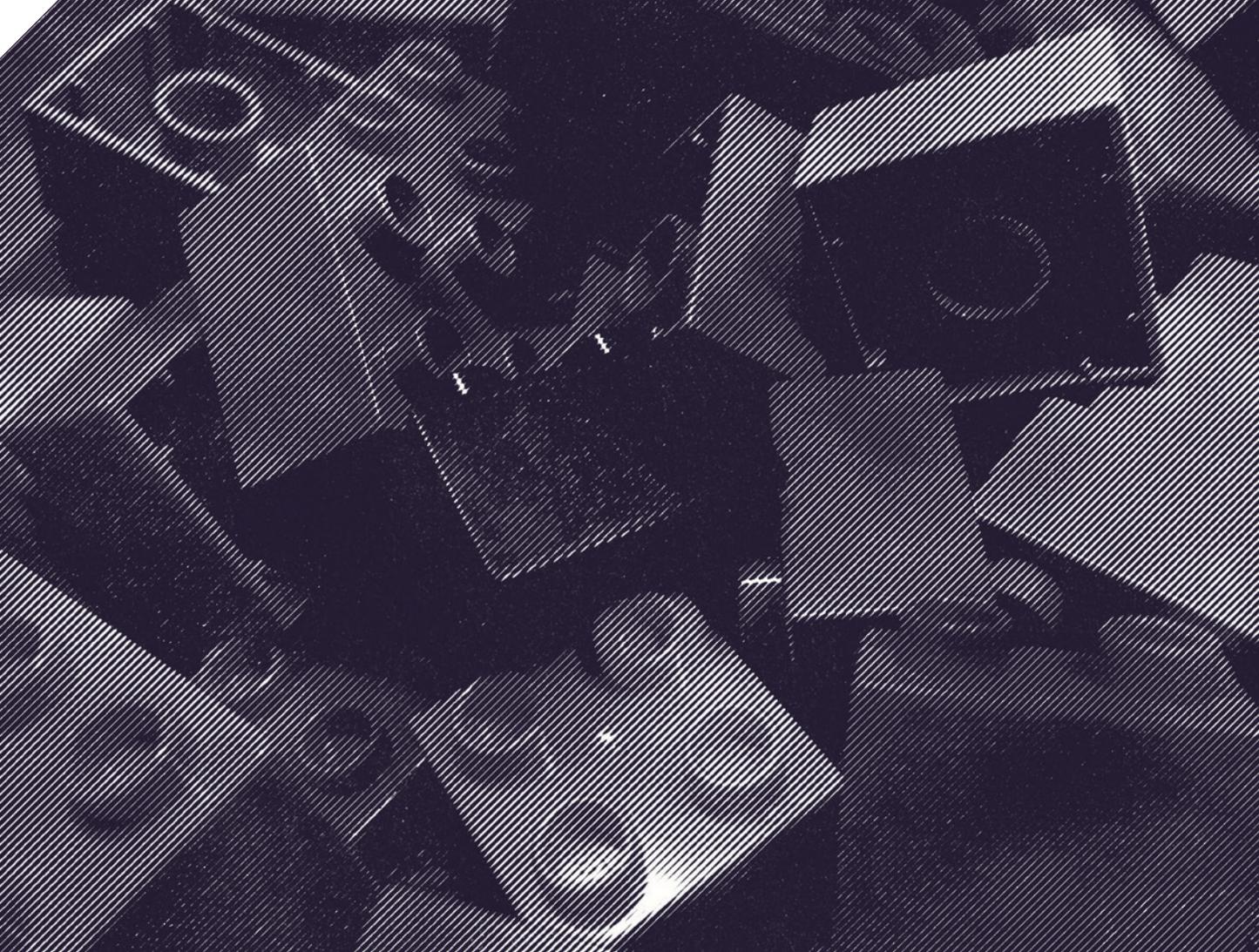
Für die letzten Seiten haben wir uns bei den Regionalteams umgehört und gefragt, was diese sich für die nächsten 15 Jahre wünschen. Ohne Inhalte vorwegnehmen zu wollen: Die Sorgen und Wünsche, aber auch Hoffnungen für das Netzwerk liegen doch recht nah beieinander.

Aufmerksame Leser*innen bemerken sicherlich auch die zahlreichen kleinen, lobenden Zitate, die Menschen aus unserem Netzwerk uns gewidmet haben. Diese sollen das Auge und die Gedanken auf einen wichtigen Aspekt von Jubiläen lenken: Feiern und sich feiern lassen gehören nun mal dazu.

Besonders bedanken möchten wir uns an dieser Stelle bei „Tüddel“ Heimsoth, Anna Schrepper, Karla Stindt, Maurice Soulié für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Broschüre und den begleitenden Videos.

Wir hoffen, Ihnen eine interessante Lektüre mit neuen Impulsen bieten zu können, und wünschen viel Freude beim Lesen.

Das Redaktionsteam



„Damit sie nicht verzweifeln, sondern aktiv werden.“

Interview mit Nina Bramkamp und Michael Sturm

Interview: Marat Trusov

Zum 15-jährigen Bestehen haben wir zwei Berater*innen der ersten Stunde der *Mobilen Beratung* in NRW (*MBR NRW*) interviewt. Nina Bramkamp hat 2008 die *Mobile Beratung* im Regierungsbezirk Düsseldorf aufgebaut. Inzwischen ist sie Geschäftsführerin der *Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.*, der Trägerin der *Mobilen Beratung* und weiterer Projekte wie der *Lokalen Partnerschaft für Demokratie*, *NRWeltoffen* und *Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen*. Michael Sturm ist seit 2008 Berater im Team der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* im Regierungsbezirk Münster (*mobim*). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Polizei und Protestgeschichte der Bundesrepublik, Geschichte der extremen Rechten in Deutschland und in Europa sowie Erinnerungskulturen und praktiken. Eine Videofassung des Interviews ist auf unserem YouTube-Kanal zu finden.



<http://bit.ly/mbrnrw15>

MBR: Liebe Frau Bramkamp, lieber Herr Sturm: Wie fühlen sich 15 Jahre MBR in NRW an?

Nina Bramkamp (NB): Es fühlt sich so an, als ob man verdammt alt ist. Und es fühlt sich gut an. Wir haben 15 Jahre geschafft, das war am Anfang nicht so klar. Aber rückblickend betrachtet: Gut!

Michael Sturm (MS): Die Prognosen waren damals recht negativ. Es hieß vielfach: „Mehr als zwei bis drei Jahre bis zum Ende der Förderphase macht ihr nicht. Danach ist der Ofen aus.“ Aber jetzt sind wir noch da. Das ist ein ziemlich gutes Gefühl. Ich kann mich erinnern, dass wir damals in Münster eine Pressekonferenz gemacht haben. Da ist die Frage gestellt worden, was wir uns für die Zukunft wünschen und wie wir uns in zehn Jahren sehen. Wir haben geantwortet, dass schon viel gewonnen sei, wenn wir die nächsten drei Jahre durchhalten.

MBR: Herr Sturm, Sie sind ja die konstanteste Person in der Mobilien Beratung, Sie waren von Anfang an mit dabei. Wie hat sich der Beginn der Mobilien Beratung in NRW gestaltet? Was kann man sich unter Mobiler Beratung in NRW 2008 vorstellen?

MS: *Mobile Beratung* in NRW hat, glaube ich, im September 2008 angefangen, wir waren damals schon fünf Teams. Wobei der Begriff Team relativ ist: Zumindest an zwei Standorten, konkret im RB Arnsberg und Detmold gab es in diesem Sinn kein Team, da hat jeweils nur eine Person *Mobile Beratung* gemacht. An den anderen Standorten, in Wuppertal, Münster und Köln, waren es immerhin zwei Personen, jeweils mit unterschiedlichen Stundenanteilen, aber nicht mehr als einer halben Stelle. Die finanzielle Ausstattung war in höchstem Maße prekär. Und es war natürlich vollkommen unklar, was in den folgenden Jahren passieren soll. In NRW gab es kein Konzept. In Ostdeutschland gab es schon länger *Mobile Beratung*,

von dort gab es Eindrücke und Ideen. Aber wie sich *Mobile Beratung* in NRW präsentieren soll, was sie leisten soll, was sie leisten kann, wie sie sich einfügt in schon bestehende Netzwerke und Strukturen, das war vollkommen unklar, auch wenn die, die in der *Mobilien Beratung* angefangen haben zu arbeiten, sich natürlich in unterschiedlichster Weise mit dem Thema Rechtsextremismus im weitesten Sinne schon beschäftigt hatten.

NB: Strukturen haben wir teilweise auch schon mitgebracht, durch Personen und Organisationen, und das war vielleicht auch ganz gut so.

MS: Auf alle Fälle. Wie sich später herausgestellt hat, war es eine Stärke, dass die Trägerstruktur sehr unterschiedlich gewesen ist. In Wuppertal war und ist bis heute die *Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz* die Trägerin der *Mobilien Beratung*. Dieser Verein brachte mit einer starken zivilgesellschaftlichen Perspektive, mit einer Anbindung an städtische Kultur, mit vielfacher Erfahrung in unterschiedlichen Projekten, aber auch in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus eine starke Expertise mit. In Arnsberg hat die Anbindung an die evangelische Kirche von Westfalen an einigen Stellen Türen aufgemacht. Die *Mobile Beratung* im Regierungsbezirk Köln wurde bei der auch damals gerade neu gegründeten *Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus* angesiedelt, die wiederum zum *NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln* gehörte. Mit Hans-Peter Killguss gab es auch dort schon viel Expertise. Im Regierungsbezirk Detmold war es das *AKE-Bildungswerk*, welches in der Auseinandersetzung mit dem *Collegium Humanum*, einem 2009 verbotenen Verein von Holocaustleugner*innen, zivilgesellschaftlich sehr aktiv war. Und es gab uns in Münster, mit der

„Ich schaue ganz stark auf das, was wir geschafft und aufgebaut haben.“

NINA BRAMKAMP

Anbindung an die Villa ten Hompel, die örtliche NS-Gedenkstätte. Kurz gesagt: Es gab sehr unterschiedliche

Zugänge und Perspektiven. Diese zusammenzubringen, war auf der einen Seite herausfordernd und spannend. Auf der anderen Seite

aber waren diese unterschiedlichen in den folgenden Jahren im Prozess der Etablierung sehr hilfreich.

NB: Die Ressourcen, die durch die unterschiedlichen Träger, Teams und Personen mitgebracht wurden, sind ein Gewinn gewesen für die *Mobile Beratung*. Um Zugänge zu finden, aber auch um Themen zu setzen und Kontakte zu finden, war diese Heterogenität sehr hilfreich. Und dieses Potenzial haben wir bei allen Herausforderungen, die vielleicht auch manchmal Probleme aufgeworfen haben, versucht immer zu sehen, zu nutzen und in die Beratung und andere Kontexte einzubringen.

MBR: Frau Bramkamp, Sie waren in der Mobilien Beratung von Beginn an als Beraterin tätig, inzwischen sind Sie Geschäftsführerin des Trägers Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz. Sie haben beschrieben, dass sich das mit den fünf Teams bei unterschiedlichen Trägern gelohnt hat. In anderen Konstellationen gibt es ein zentrales System, in dem ein Demokratiezentrum Beratungsdienste zusammenführt. Was sind die zentralen positiven Aspekte?

NB: Ich schaue ganz stark auf das, was wir geschafft und aufgebaut haben. Michi hatte es am Anfang gesagt: Es gab kein festes Konzept, keine Schablone, keine Form, in die diese Fünf-Team-Geschichte gepasst hätte. Wir haben alles aufgebaut und ich schaue darauf, wie wir es aufgebaut haben. Die Möglichkeit, dass Beraternehmer*innen auf Expertisen

von hauptamtlichen Berater*innen zurückgreifen können, macht unser Konzept nachhaltig sinnvoll. Ich bin davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass Menschen hauptamtlich in der *Mobilen Beratung* arbeiten, weil sie einerseits dadurch einen permanenten Bezug zum Thema haben, weil sie dadurch aber auch permanent in Vernetzung sind und Kontakte haben, die hilfreich für Beratungnehmer*innen sind. Aber auch für uns, wenn wir neu aufkommende Themenfelder bearbeiten müssen, ist das ein Vorteil. Hauptamtlichkeit bringt auch den Vorteil mit, dass man nicht nach dem Job angerufen wird, „Es gibt einen Fall, mach mal.“ Wir können dadurch, dass wir Recherche machen und in Vernetzung sind, auf einen Fundus zurückgreifen. Von daher halte ich das für die sinnvollste Variante, um Menschen umfassend unterstützen zu können.

MBR: Sie sind schon ein Stück weit auf die Herausforderungen zu sprechen gekommen, die in den letzten 15 Jahren aufgekommen sind. Hier nochmal detailliert hereingezoomt: Was waren konkret die Herausforderungen vor 15 Jahren und wie hat sich das entwickelt?

NB: Das waren extrem viele Herausforderungen; z. B. die Fördermittel, die immer benötigt wurden, weil wir stark in Anspruch genommen wurden, da wir uns sehr schnell etablieren konnten. Die Mittel sind dann auch gestiegen. Wir haben als einzelne Personen angefangen und heute sind wir vier Personen pro Team und können wesentlich mehr Unterstützung leisten. Das bedeutet aber auch mehr Personalkosten und Professionalisierung. Und auch gesellschaftliche Veränderungen bedeuten Herausforderungen. Gerade mit Blick auf das Aufkommen der *AfD*, die plötzlich als ‚europakritische‘ Partei aus dem Boden gehoben worden ist. Zuletzt Bürgerwehren, Querdenker*innen, Impfgegner*innen, etc. Es gab immer neue Entwicklungen, die man analysieren musste, mit denen man Umgangsmöglichkeiten finden musste.

Für uns selbst, aber natürlich auch um die Menschen unterstützen zu können, die sich an uns wenden.

MS: Am Anfang war die grundlegende Herausforderung, mit den begrenzten materiellen und finanziellen Ressourcen zurechtzukommen. Das waren damals 50.000 Euro beziehungsweise 45.000 Euro, die letztlich bei den einzelnen Teams angekommen sind. Damit konnten dann mit Ach und Krach vielleicht zwei halbe Stellen finanziert werden. Die Herausforderungen, die sich gestellt haben, die Anfragen, die sehr schnell kamen, der ganze Prozess, sich zu vernetzen, die Strukturen aufzubauen, sich bekannt zu machen, sind natürlich weit über das hinausgegangen, was zwei halbe Stellen abdecken konnten. Eine andere Herausforderung war von 2008 bis 2011, die Legitimation und Notwendigkeit von *Mobiler Beratung* gegenüber staatlichen Akteuren, den Ministerien, den Verwaltungen deutlich zu machen. Die Fortführung von *Mobiler Beratung* und die Weiterschreibung der Bundesprogramme war zum damaligen Zeitpunkt stark umkämpft. Eine Zäsur auch in der Frage der *Mobilen Beratung* in NRW war die Selbstenttarnung des *NSU*, weil hier deutlich geworden ist, was von vorneherein hätte deutlich sein können: Dass Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus bis hin zum Rechtsterrorismus eine ganz manifeste Bedrohung der Gesellschaft in der Bundesrepublik und derjenigen bedeuten, die von diesen Feindbildkonstruktionen betroffen sind. Die Selbstenttarnung des *NSU* hat dann dazu geführt, dass über Förderprogramme nochmal anders diskutiert wurde. Das Land ist damals in die Förderung eingestiegen und das Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus

des Landes NRW ist auf den Weg gebracht worden. Letzteres bis zur Verabschiedung zu bringen war ein mehrjähriger Prozess und auch das gründete auf den Folgen der Selbstenttarnung des *NSU*.

MBR: Wie hat sich die Szene hinsichtlich der Herausforderungen entwickelt in den 15 Jahren? Ist die Mobile Beratung dasselbe, was sie vor 15 Jahren war?

MS: Nein, das war sie nicht.

NB: Ne, ne, ne, definitiv nicht.

MS: Und das in verschiedener Hinsicht. Wir haben ja gerade die Heterogenität der Trägerschaft der *Mobilen Beratung* betont, wenn wir aber auf die Struktur der Teams damals bis weit in die 2010er-Jahre gucken, dann kann da wenig von Heterogenität die Rede sein. Das war eine rein männlich geprägte Veranstaltung, dass Mitarbeitende in der *Mobilen Beratung* gegendert haben oder es darum ging, verschiedene Geschlechterperspektiven einzubeziehen, war damals überhaupt nicht der Fall. Es war eine Ansammlung von weißen Männern, die da gearbeitet haben. Die Diversität

und Heterogenität der einzelnen Teams sind bis heute ausbaufähig. Das ist einer der Punkte, der damals vergleichsweise wenig reflektiert worden ist. Natürlich ist es immer wieder angesprochen worden. Dass da

„Die Selbstenttarnung des NSU hat dann dazu geführt, dass über Förderprogramme nochmal anders diskutiert wurde.“

MICHAEL STURM

ein manifestes Problem liegt, ist in den Diskussionen um vermeintliche und tatsächliche Sachzwänge des Weiterbestehens und der Finanzierung häufig hintenübergefallen. Das ist ein Punkt, bei dem es auch in der Rückschau – bei aller Freude über 15 Jahre *Mobile Beratung* in NRW – gilt, nochmal ausführlicher drüber nachzudenken. Wie sind solche Strukturen

entstanden? Wer hat in ihnen mitgewirkt und wer ist präsent? Wer wird in der Rolle gesehen, eine solche Arbeit zu machen, und wer nicht? Das ist eine strukturelle Herausforderung, die im Laufe der Jahre immer deutlicher geworden ist. Auf einer fachlichen Ebene – Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und die Frage, was wir überhaupt als unsere Handlungsfelder definieren – war das zunächst eine Auseinandersetzung mit Strukturen der extremen Rechten. 2008 und die Jahre danach waren von einer militant aktionistischen Demonstrationspolitik geprägt, wo es fast wöchentlich irgendwo in NRW irgendwelche Aufmärsche gegeben hat. Auch die NPD ist noch – zwar auf niedrigem Niveau – aktiver gewesen, es gab *pro NRW* als rechtspopulistische Partei, die aber nicht annähernd den Einfluss hatte wie die AfD heute. Damals war die Auseinandersetzung noch sehr stark fokussiert auf einen organisierten Rechtsextremismus, obwohl wir auch immer gesagt haben, dass Rassismus in der Mitte der Gesellschaft ein Problem ist. Die Situation heute stellt sich deutlich anders dar: Nach der Selbstenttarnung des NSU, nach dem Aufkommen der AfD seit 2013, nach den rassistischen Wellen 2014/2015, nach dem Erstarken der Querdenkerbewegung und der Verbreitung von Verschwörungsideologien – das ist nochmal ein neues, ein ganz anderes Setting.

NB: Das bedeutet, dass man sehr viel Flexibilität braucht. Da sind wir

wieder bei den Hauptamtlichen: Wir haben uns gegenseitig immer wieder auf einen Stand gebracht, was z. B. Parteien oder neue Gruppierungen angeht. Da ist die Vernetzung der fünf Teams extrem wichtig. Vernetzung ist aber nicht nur die interne Professionalisierung, sondern auch die Auseinandersetzung mit uns als *Mobiler Beratung*, die irgendwann relativ spät angestoßen wurde. In den ersten drei bis fünf Jahren war es kein Thema, dass auch Frauen in der *Mobilen Beratung* arbeiten, das kommt erst seit ein paar Jahren auf. Das hat sehr viel mit Professionalisierung und Selbstreflexion zu tun und auch da sind wir immer wieder herausgefordert.

MBR: Wir haben gerade über Vernetzung gesprochen und darüber, welche Rolle diese für die Mobile Beratung gespielt hat und nach wie vor spielt. Wie würden Sie die Akteur*innenlandschaft damals und heute beschreiben? Mit wem hat die Mobile Beratung auf fachlicher Ebene zu tun, wer sind die Verbündeten?

NB: Zahlreiche und immer wachsend. Wir schauen immer darauf, welche neuen Akteur*innen es gibt, auch da gibt es ja sehr viel Veränderung und Wachstum. In Teilen bröckeln Strukturen und Vernetzung natürlich auch. Vernetzung hat für die *Mobile Beratung* mehrere Ebenen: Die eine ist die gerade schon genannte interne Vernetzung, die sehr wichtig gewesen und immer noch ist. Durch

regelmäßige Treffen von Anfang an haben wir den Austausch gesucht und uns gegenseitig Infos und Impulse gegeben. Eine andere Ebene ist die Vernetzung mit Zivilgesellschaft und ihren Akteur*innen. Eine weitere Ebene ist die Vernetzung mit Opferberatung, Ausstiegsberatung, Antidiskriminierungsstellen, also allen, die in unserem Themenfeld arbeiten und das bedienen, was wir nicht bedienen. Diese Netzwerkarbeit haben wir von Anfang an intensiv betrieben und das war immer eine Grundlage der *Mobilen Beratung*. Vernetzung ist einer der wichtigsten Pfeiler der *Mobilen Beratung*.

MS: Die interne Vernetzung unter den fünf Teams der *Mobilen Beratung* ist eine Art Lebensversicherung gewesen. Es wäre ja auch denkbar gewesen, dass es zwischen den einzelnen Trägern zu massiven Konflikten kommt. Es gibt ja keinen Gesamtverein *Mobile Beratung*, der einen gemeinsamen Antrag stellt, und dann wird das an fünf Träger verteilt, sondern es sind formell fünf unterschiedliche Träger mit eigenen Interessen. Hier herrscht aber ein solidarischer Umgang untereinander und die Frage, wie wir gemeinsam die nächsten Herausforderungen angehen, gerade wenn es um existenzielle Fragen geht, steht im Mittelpunkt. Es hat von Anfang an die Bereitschaft und die Praxis gegeben, sich vertrauensvoll auszutauschen, zu vernetzen und man konnte sich aufeinander verlassen. Eine weitere Ebene ist die Vernetzung mit den bundesweiten Strukturen. In Ostdeutschland gab es das erste Beratungsteam seit 1995, weitere seit Anfang der 2000er-Jahre. Wenn wir die Unterstützung dieser Beratungsteams – sei es von *MOBIT*, von *Miteinander e. V.*, vom *Kulturbüro Sachsen*, von der *MBR Berlin*, von den Kolleg*innen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern – damals nicht gehabt hätten, dann hätten wir erhebliche Schwierigkeiten gehabt. Uns wurde die Hand ausgestreckt, trotz berechtigter Zweifel an Trägerkonstruktionen, die es in West-



NINA BRAMKAMP



MICHAEL STURM

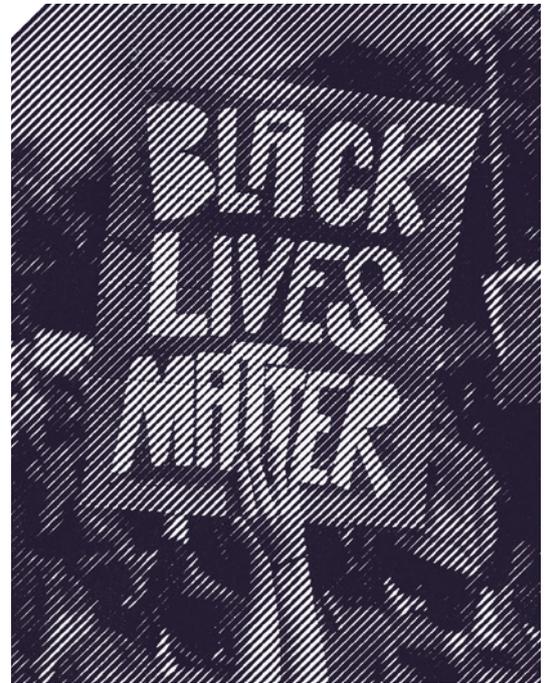
deutschland und speziell in NRW gab oder bis heute gibt. Ein Stichwort ist beispielsweise die Anbindung an kommunale Träger wie in Köln und Münster, was berechtigt Fragen nach der Unabhängigkeit von Beratung aufwirft. Das haben die Kolleg*innen thematisiert, haben uns aber gleichzeitig auch bei jeder Frage unterstützt. Es gab gemeinsame Treffen, wir konnten jederzeit bei den Kolleg*innen anrufen. Die haben wirklich Aufbauarbeit geleistet, was im Laufe der Jahre ausgeweitet wurde, so dass es jetzt den *Bundesverband Mobile Beratung* gibt und ganz viele Ebenen, auf denen wir miteinander vernetzt sind und Qualitätsentwicklung betreiben. Und auf denen wir immer wieder reflektieren: Was macht eigentlich *Mobile Beratung*? Auch wichtig: Opferberatung, Betroffenenberatung, aber auch Ausstiegs und Distanzierungsberatung gab es zu dem Zeitpunkt als wir angefangen haben auch noch nicht. Dass diese Beratungsstellen auch mit dazu gekommen sind, waren wichtige Meilensteine.

MBR: Sie haben schon angesprochen, dass die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in den letzten 15 Jahren dynamisch war. Das Feld hat sich verändert, die extreme Rechte hat sich verändert. Welche Rolle hat dabei die Mobile Beratung gespielt?

NB: Ich würde sagen, dass wir immer schnell auf Herausforderungen geguckt haben, wenn neue Gruppierungen aufkamen oder Themen gesetzt wurden, die rassistisch waren: Wer sind die Akteur*innen? Was für Strukturen gibt es da? Wir haben immer viel Analysen und Recherche betrieben und haben das möglichst durch Publikationen, Beratungs- und Vernetzungsgespräche oder Austausch weitergegeben. Aus unserer Sicht gab es dadurch relativ schnell die Möglichkeit, sich über neue Herausforderungen, die im Raum stehen, über den Wandel extrem rechter Akteur*innen und Themen zu informieren. Das ist eine der Rollen.

MS: Ich habe eine ambivalente Haltung. Bis heute habe ich phasenweise den Eindruck, dass es Entwicklungen gibt, die uns überrollen. Etwa der gesellschaftliche Rechtsruck und gesellschaftliche Entwicklungen im Kontext von Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus. Wie kann man da andere Akzente setzen oder andere Perspektiven einbringen? Wie kann man dagegen steuern? Das ist immer eine Herausforderung und immer wieder auch ein Moment des Zweifels oder vielleicht auch der Hilflosigkeit. Gleichzeitig glaube ich, dass wir durchgehend Angebote für zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure machen konnten, um ihre Perspektiven zu schärfen, zu erweitern. Wir konnten über die Jahre hinweg dieses Beratungsangebot immer weiter ausbauen und ausdifferenzieren und haben versucht, Räume für Austausch zu schaffen. Ganz konkret denke ich an die Bündnistagungen als Orte der Vernetzung. Diese haben wir über Jahre hinweg organisiert, meistens im Ruhrgebiet als zentralem Ort, wo viele Bündnisse, Akteur*innen aus NRW hinkommen konnten, aber auch an anderen Orten. Es hat immer das Bemühen gegeben, möglichst schnell auch mit Fokus auf die lokalen und regionalen Gegebenheiten auf Entwicklungen zu reagieren. Bis rein in die Provinz, in die Dörfer, abseits der Metropolen. Das war der Anspruch, den wir immer hatten, in vielen Phasen ist aber auch klar geworden, wie prekär wir aufgestellt sind.

NB: Es ist manchmal frustrierend, wenn man – trotz aller Bemühungen, trotz aller Schwerpunkte und Ressourcen, die man in lokale Projekte gesteckt hat – sieht, dass es nicht den Erfolg gibt, den man sich gewünscht hätte. Das ist etwas, was man ein Stückweit mit einbringen muss, dass so eine Frustration manchmal einfach da ist. Gesellschaftliche Dynamiken sind teilweise so schnell, dass wir als *Mobile Beratung* gar nicht hinterherkommen, wenn wir mit einer fundierten Analyse und Expertise in Fälle und Vernetzung gehen wollen. Und nicht



Auf einer Demonstration wird ein Schild mit der Aufschrift „Black Lives Matter“ hochgehalten.

nur mit einem Bauchgefühl oder: „Ich habe da was gelesen.“ Das macht es schwierig.

MS: Gleichzeitig hat es immer auch wahnsinnig faszinierende, positive und ermutigende Entwicklungen gegeben, mit denen *Mobile Beratung* wenig oder nichts zu tun hatte. Es ist wichtig, die Bedeutung der *Mobilien Beratung* nicht zu überhöhen und sich auch immer wieder ganz realistisch zu betrachten. Ich denke da an die *Black Lives Matter*-Proteste in 2020, aber auch die Selbstorganisation von Betroffenen und Opfern rechter oder rassistischer Gewalt – etwa die Betroffenen und Angehörigen der *NSU*-Morde, aber auch nach Hanau oder nach den rassistischen Anschlägen in München oder Halle. Da gab es immer schon Formen von Selbstorganisationen, die laut wurden, um den strukturellen Rassismus und das Versagen von Behörden anzuprangern, Gerechtigkeit einzufordern, Anerkennung und Sichtbarkeit einzufordern. Das sind Bewegungen und Akteur*innen, die vollkommen ohne *Mobile Beratung* auskommen und wo eine Form von laut werden und Emanzipation deutlich wird, bei der man sagen muss: Ok, wir haben da im Grunde überhaupt gar keine Rolle drin. Gerade diese

Entwicklung und die Präsenz dieser Akteur*innen finde ich unglaublich ermutigend.

MBR: Sprechen wir über die Bedarfe heute. Was wären die? Frau Bramkamp, an Sie als Geschäftsführerin: Was sind die strukturellen Bedarfe? Und an, Sie Herrn Sturm, als Berater: Was sind die fachlichen Bedarfe?

NB: Ich weiß gar nicht, ob es so aufzuteilen ist, denn das eine hängt auch immer mit dem anderen zusammen. Es braucht mehr finanzielle Ressourcen, um *Mobile Beratung* weiter ausbauen zu können und die Professionalisierung weiter unterstützen zu können, etwa durch Organisationsentwicklungsprozesse. Es braucht weiterhin Unterstützung von der *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechts-Extremismus und Rassismus*, von den Ministerien, von einem breiten Teil der Gesellschaft, aber auch der Politik. Lobbyarbeit hat ja schon immer eine wichtige Rolle für die *Mobile Beratung* gespielt. Da breite Unterstützung zu haben, vielleicht auch nochmal in konservativere Bereiche hinein, ist etwas, was nötig ist. Gerade wenn wir auf die heutigen Wahlergebnisse gucken.

MS: Würde ich absolut unterschreiben. Eine nachhaltige Absicherung der Arbeit ist notwendig. Gerade zu Beginn ist viel Arbeit in unsere Legitimation geflossen, wir sind viel um uns selbst gekreist. Sehr viele Ressourcen sind in die Auseinandersetzung um den Erhalt unserer Projekte geflossen. Darunter haben natürlich die notwendigen fachlichen Auseinandersetzungen gelitten. Wenn ich die ganze Zeit mit Ministerien und Politik sprechen und immer wieder deutlich machen muss, warum *Mobile Beratung* eigentlich notwendig ist, dann treten automatisch reflexive Fragen in den Hintergrund. Mit welchen Perspektiven arbeiten wir? Für wen sind wir ansprechbar? Für wen sind wir offensichtlich nicht ansprechbar? Wen erreichen wir mit unseren Angeboten? Wie sind wir als Team aufgestellt? Also wie divers, wie heterogen sind

wir, welche Perspektiven finden Eingang in unsere Arbeit und welche bleiben schon strukturell ausgeblendet? Um das zu diskutieren, um sich auch immer wieder selbst zu hinterfragen und weiterentwickeln zu können, braucht es Zeit und Raum. Wir sind schon länger davon weg, dass *Mobile Beratung* lediglich das Aufdecken und Benennen von nazistischen Strukturen ist. Es geht darum, in größeren gesellschaftlichen Kategorien zu denken und die Frage zu stellen, was Demokratie – Demokratieförderung ist ja eines unserer Anliegen – eigentlich heißt. Was heißt Teilhabe? Anerkennung? Gerechtigkeit? In unseren regionalen und lokalen Kontexten sind das wichtige Fragen, die die *Mobile Beratung* weiter verfolgen sollte.

MBR: Kommen wir zu unserer letzten Frage. Wenn wir das Interview zum 30-jährigen Bestehen führen würden: Wie würde die Mobile Beratung dann aussehen, was würden Sie mir erzählen?

NB: Also einige von uns würden kurz vor der Rente stehen ...

MS: ... möglicherweise hätte ich mich schon in die Rente verabschiedet ...

NB: ... ich ebenfalls. Dann könnten wir auch das Interview zum 30-Jährigen aus dem Rententeil machen. Wunschkonzert: Ich würde uns als etablierten, festen, nicht wegzudenkenden Player sehen. Mit guten Ressourcen und mit der Möglichkeit, eine umfassende Unterstützung in der Gesellschaft zu sein. Und ich würde mir natürlich wünschen, dass wir uns überflüssig machen. Dass wir keine Beratung mehr im Kontext extreme Rechte, Rassismus machen, sondern Beratung zu Kaninchen- und Dackelpflege, weil es das Problem nicht mehr gibt. Das wäre mein Wunsch, der leider sehr wahrscheinlich nicht in Erfüllung gehen wird. Deswegen würde ich die Realitätsfrage an Michi weitergeben.

MS: Ich wollte eigentlich auch gerade die Utopie beschreiben. Meine Hoff-

nung und mein Wunsch für die nächsten 15 Jahre sind, dass sich starke soziale Bewegungen entwickeln und wirkmächtig und deutungsmächtig werden, um dem aktuellen Rechtsruck und dem, was da kommen wird, nicht nur zu begegnen, sondern um ganz neue gesellschaftliche Perspektiven im Kontext von Demokratisierung, Gerechtigkeit, Anerkennung, Teilhabe, Sichtbarkeit in die Gesellschaft zu tragen und die Gesellschaft dadurch zu verändern. Ich fürchte, dass das in 15 Jahren nicht so sein wird, sondern dass wir tatsächlich mit Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Ideologien der Ungleichwertigkeit in unterschiedlichsten Formen womöglich noch stärker in staatlichen Strukturen und Regierungen konfrontiert sein könnten. Ich hoffe, dass wir als *Mobile Beratung* im Verbund mit den Opfer- und Betroffenenberatungen, den Servicestellen Antidiskriminierung, mit der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung, mit anderen Fachstellen wie *IDA-NRW* oder Forschungseinrichtungen wie der *FORENA*, den Raum und die Möglichkeiten haben, in die Gesellschaft zu intervenieren. Und gesellschaftliche Akteur*innen und Betroffene so zu unterstützen, dass sie auch selber weitermachen können und eben nicht verzweifeln, sondern im Gegenteil aktiv werden und sich behaupten gegenüber den Herausforderungen.

MBR: Vielen Dank für das Interview. Ich würde dann gleich mit euch einen Termin für in 15 Jahren ausmachen.

MS: Ich weiß nicht, ob ich da Zeit habe. Ich habe da vielleicht schon einen Termin.

NB: Würdest du eher Kaninchen oder Dackel, wenn du in Rente gehst?

MS: Also Katzen finde ich ganz gut.

Chronologie

Kompilation: Frederik Schürhoff



Der Referent des Bundesverbands Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Heiko Klare hält bei der Feier zum 10jährigen Bestehen der MBR in NRW einen Impulsvortrag zur Professionalisierung der Arbeit der Beratungsstellen.

FRIEDEMANN BRINGT, BUNDESVERBAND MOBILE BERATUNG
BLICK ZURÜCK NACH VORN - ZEHN JAHRE MOBILE BERATUNG
ZWISCHENBILANZ



- 1992** Gründung des bundesweit ersten *Mobilen Beratungsteams* in Brandenburg
- 2008** Gründung der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* in Nordrhein-Westfalen
- 2009** Gründung der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung *NinA NRW*
- 2010** Auftakt der landesweiten jährlichen Veranstaltungsreihe „Dagegen!... und dann?!“
- 2012** Gründung der Opferberatungsstellen *BackUp* und *Opferberatung Rheinland*
- 2013** Einstieg des Landes Nordrhein-Westfalen in die Förderung der *Mobilen Beratung*
- 2014** Gründung des Bundesverbands *Mobile Beratung e. V.*
- 2017** Grundsatzpapier des *Bundesverbands Mobile Beratung* zu inhaltlichen und methodischen Grundsätzen
- 2017** Einrichtung einer koordinierenden Stelle für die Teams der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* in NRW
- 2018** Zehnjähriges Bestehen der *MBR NRW*
- 2021** Schwerpunktprojekt „Antifeminismus und Geschlechterverhältnisse in der (extremen) Rechten“ innerhalb der *Mobilen Beratung* in NRW
- 2022** Organisationsentwicklungsprozess der *MBR NRW*
- 2023** Erweiterung der koordinierenden Stelle der *MBR NRW* zur „Fachstelle für Koordination, Netzwerk und Wissensmanagement“

Beratungsnetzwerk

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Die *Mobile Beratung* leistet Hilfe zur Selbsthilfe und versucht, die vor Ort vorhandenen Ressourcen zu aktivieren und zu vernetzen, um langfristige Wirkungen gegen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu erzielen. *Mobile Beratung* hilft, Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, miteinander zu vernetzen. Des Weiteren analysiert und dokumentiert die *Mobile Beratung* fortlaufend extrem rechte Vorkommnisse und Strukturen in den Regierungsbezirken und sensibilisiert hinsichtlich der Entwicklung ausgrenzender und diskriminierender Einstellungen – explizit auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen gibt es in jedem Regierungsbezirk ein Regionalteam, auf Landesebene leistet eine Fachstelle für Koordination und Netzwerkmanagement unterstützende Arbeit.

Fachstelle für Koordination und Netzwerkmanagement in der MBR NRW c/o Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.



Bendahler Str. 29
42285 Wuppertal
info@mobile-beratung-nrw.de

Regierungsbezirk Arnsberg Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg c/o Amt für Jugendarbeit der Ev. Kirche von Westfalen



Iserlohner Str. 25
58239 Schwerte
Tel.: 02304 – 755 4141
info@mbr-arnsberg.de
www.mbr-arnsberg.de

Regierungsbezirk Detmold

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Detmold/OWL c/o Arbeit und Leben im Kreis Herford DGB/VHS e. V.



Kreishaus Str. 6
32051 Herford
Tel.: 05221 – 174 5725
Tel.: 05221 – 174 5726
info@mbr-owl.de
www.mbr-owl.de

Regierungsbezirk Düsseldorf

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Düsseldorf c/o Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.



Bendahler Str. 29
42285 Wuppertal
Tel.: 0202 – 254 3006
info@mbr-duesseldorf.de
www.mbr-duesseldorf.de

Regierungsbezirk Köln

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS- Dokumentationszentrum der Stadt Köln



Appellhofplatz 23 – 25
50667 Köln
Tel.: 0221 – 221 27162
Fax: 0221 – 221 25512
mbr@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Regierungsbezirk Münster

**Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster.
Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel**



Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
Tel.: 0251 – 492 7109
kontakt@mobim.info
www.mobim.info

**Beratung für Betroffene rechter und
rassistischer Gewalt**

Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die Mitarbeiter*innen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle in Westfalen und im Rheinland.

Westfalen

**BackUp – Beratungsstelle für
Betroffene rechter Gewalt**



Stefanstraße 2
44135 Dortmund
Tel.: 0231 – 956 524 82
Tel.: 0172 – 10 454 32 (helpline)
contact@backup-nrw.org
www.backup-nrw.org

Rheinland

OBR - Opferberatung Rheinland



Beratung und Unterstützung
für Betroffene rechtsextremer
und rassistischer Gewalt

Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel.: 0178 – 8113900
info@opferberatung-rheinland.de
www.opferberatung-rheinland.de

NinA NRW (Neue Wege in der Ausstiegsarbeit)



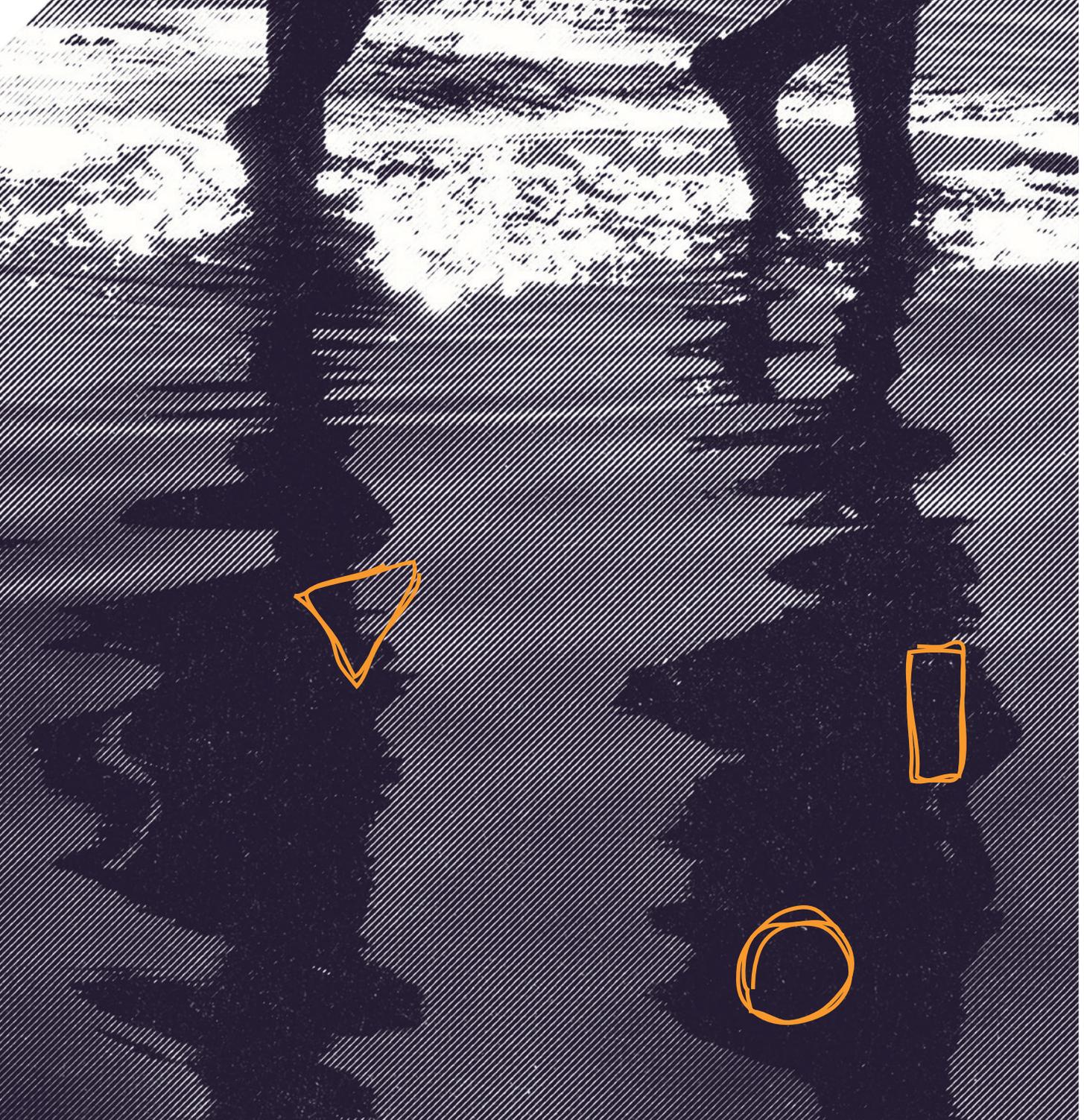
Das Projekt NinA NRW bietet seit 2009 Ausstiegs- und Distanzierungsberatung für Jugendliche und Erwachsene mit extrem rechten Einstellungen an. NinA NRW unterstützt hierbei Personen mit sowie ohne Anbindung an organisierte

Strukturen durch ein permanentes Beratungsangebot, das auf die individuellen Bedürfnisse der Ausstiegs- und Distanzierungswilligen ausgerichtet ist und sich an deren Lebenswelt orientiert. Dementsprechend umfasst das Angebot ausdrücklich auch die Beratung von Frauen. Ein niedrigschwelliger Zugang wird durch die aufsuchende und kostenlose Beratungsarbeit in ganz NRW ermöglicht.

NinA NRW

Am Steintor 3
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361 – 30210
Tel.: 0176 – 93119765
nina.nrw@reinit.de
www.nina-nrw.de





„Geschlechterreflexion in der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.“

Autorin: Kathalena Essers

Genese einer Maßnahmenentwicklung seit 2019

„Wir wollen in einem sexismusfreien Umfeld arbeiten!“

Dieses in weiter Ferne scheinende Ziel steht auf einer Moderationskarte an einer grauen Pinnwand.¹ Darunter weitere gelbe Karten mit Zielen zur Frage geschlechterreflektierter Arbeit in der Mobilen Beratung NRW. Die Pinnwand steht in einem großen Gruppenraum mitten in Wuppertal. Hier treffen sich die Mobilen Berater*innen 2022 zur alljährlichen Klausurtagung. Doch wie kam es überhaupt dazu, dieses große Ziel zu formulieren?

Ausgangspunkt war die Frage nach einem solidarisches Umgang mit Sexismuserfahrungen von Berater*innen in den Regionalteams der Mobilen Beratung NRW in einer gemeinsamen Supervision Ende 2019. Auch in Begegnungen mit Beratungsnehmenden kam es immer wieder zu Situationen, in denen nicht-männliche Berater*innen sich unwohl gefühlt haben, ungerecht behandelt oder diskriminiert wurden. Aus diesem ersten Gespräch darüber, was es bedeutet, von Sexismus betroffen zu sein und als Mobile Berater*in zu arbeiten, entwickelte sich ein nicht immer geradlinig verlaufender Prozess, der aus moderierten Austauschrunden, Impulsen aus einem in 2021 bestehenden Projekt im Rahmen der Mobilen Beratung und mittlerweile einem durch eine Arbeitsgruppe entwickelten Maßnahmenpaket besteht.

Als Mobile Berater*innen befinden wir uns in einem männlich geprägten Arbeitsfeld zu einem Thema, das gesellschaftlich vor allem als männliche Domäne wahrgenommen wird. Immer wieder gibt es bei Beratungsnehmenden Verwunderung darüber, dass ihnen Personen gegenüber sitzen, die nicht männlich positioniert sind. So erscheint es durchaus folgerichtig, dass wir uns mit der Relevanz von Geschlechterreflexion für unsere Arbeit auseinandersetzen. Im Folgenden wollen wir den Prozess, dessen Auswirkungen und Blicke in die Zukunft teilen.

Mobile Beratung in Patriarchalen Verhältnissen. Warum Geschlechterreflexion unumgänglich für unsere Arbeit ist

Mobile Beratung hat zum Ziel demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und so das Erstarken (extrem) rechter Positionen und Akteure zu erschweren oder gar zu verhindern. All das soll in Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt geschehen.

In den letzten 15 Jahren Mobiler Beratung in NRW hat sich immer mehr die Perspektive in unserer Arbeit verfestigt, dass extrem rechte Strukturen in enger Verbindung zu gesamtgesellschaftlichen Strukturen stehen. Mit Blick auf Geschlechterverhältnisse in unserer Teamzusammenarbeit, der Zusammenarbeit mit Beratungsnehmenden und auf unseren Beratungsgegenstand ist es so unumgänglich, die kritische Auseinandersetzung mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen zu suchen. Diese Strukturen bedingen, dass Sexismus kein individualisiertes Problem von Betroffenen darstellt, sondern patriarchale Gesellschaftsstrukturen Menschen aufgrund von Geschlechtszuschreibungen oder -identitäten sowie sexueller Orientierung bestimmte Positionen zuweisen. Diese gehen mit (strukturellen) Privilegien oder Benachteiligungen einher. Das bedeutet mit Blick auf Berater*innen, dass Menschen mit unterschiedlichen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen sowohl persönlich verschiedene Erfahrungen gemacht haben, diese aber eben auch strukturelle Ursachen aufweisen, sich immer wieder reproduzieren und in allen Lebensbereichen vorhanden sind. Wir kommen im Team also nicht drum herum, uns darüber auszutauschen, was unsere verschiedenen Positionierungen für einen Unterschied in unserer Arbeit machen. Welche Privilegien wir besitzen oder welche Benachteiligungen wir als von Sexismus Betroffene durch Kolleg*innen, Beratungsnehmende oder Kooperationspartner*innen erfahren, hat eine Auswirkung auf unsere Zusammenarbeit und

¹ Teile dieses Textes sind bereits in diesem Beitrag erschienen:

Essers, Kathalena / Haas, Julia (2023): Muss Mobile Beratung feministisch sein? Antifeminismus als Beratungsgegenstand und die Auswirkungen auf geschlechterreflektierte Beratungsarbeit. In: Bringt, Friedemann / Mayer, Marion / Warrach, Nora / Lehnert, Esther (Hrsg.): *Beratung zu Rechtsextremismus – Konzepte – Herausforderungen – intersektionale Perspektiven*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 150-163.

Weiterführende Literatur: Sickendiek, Ursel (2020): *Feministische Beratung. Diversität und soziale Ungleichheit in Beratungstheorie und praxis*. Tübingen: dgvt.

Bundesforum Männer (2022): *Männer gut beraten – Ein Leitfaden zur geschlechterreflektierten Beratung von Jungen, Männern und Vätern*. https://bundesforum-maenner.de/wp-content/uploads/2022/05/220616_BFM_Leitfaden_web_2.pdf

Frauen* beraten Frauen* (2010): *In Anerkennung der Differenz. Feministische Beratung und Psychotherapie*. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Gröning, Katharina (2019): *Geschlechterreflexive Beratung: Entwicklungslinien, Positionen und Praxen von Sozialberatung und feministischer Beratung*. In: Kortendiek, Beate / Riegraf, Birgit / Sabisch, Katja (Hrsg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 973-981.

unsere Beratungstätigkeit. Seit 2015 steigt der Anteil an weiblichen Berater*innen in allen Teams der Mobile Beratung in NRW. Mittlerweile arbeitet kein Team mehr in einem rein männlichen Zusammenhang, auch ohne weibliche Berater*innen spielen patriarchale Verhältnisse aber natürlich eine Rolle für unsere Arbeit.

Richten wir unsere Perspektive auf unsere Beratungsnehmenden kommen Antifeminismus » **Spotlight Interview** auf Seite 24 als Kernideologem extrem rechter Ideologie zum einen und Sexismus in unserer Gesamtgesellschaft zum anderen auf den Plan. So mehren sich in den vergangenen Jahren Beratungsnehmende aus dem Feld der feministischen Gleichstellungsarbeit, sexismuskritischer Bildungsarbeit, queerer Sozialarbeit und weiteren Feldern, die mit Anfeindungen durch die extreme Rechte konfrontiert sind, deren Arbeit aus antifeministischen Motiven in Frage gestellt oder gar angegriffen wird. Auch im Verhältnis von Berater*innen zu Beratungsnehmenden kann Sexismus eine Rolle spielen, sowohl wenn Beratungsnehmende FLINTA²-Berater*innen weniger ernst nehmen als ihre männlich (gelesenen) Kolleg*innen. Aber eben auch, wenn eine geschlechterreflektierte Perspektive auf Anliegen von Beratungsnehmenden nochmal neue Perspektiven eröffnet. Dabei kann es um den schweren Stand einer Sozialarbeiterin in einem von Männern dominierten Träger gehen, um die Frage, warum die Anliegen von queeren Jugendlichen, die sich gegen Rassismus engagieren wollen, in ihrer Schule weniger gehört werden als die der männlichen Schülerverbindung. Ebenso um die richtigen Maßnahmen für eine Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle im Umgang mit sogenannten „LebensschützerInnen“, die ihre Beratungsnehmenden belästigen bis angreifen oder um die passenden Strategien im Umgang mit rechten Anfeindungen gegenüber einem schwulen Paar im Nachbar*innenumfeld.

Schauen wir zuletzt auf unseren Beratungsgegenstand, ist es Fakt, dass Frauen, die in der extremen Rechten aktiv sind, lange Zeit nicht ernst oder wahrgenommen wurden. Dank der Arbeit von einzelnen Rechtsextremismusforscher*innen, Journalist*innen und Bildungsarbeiter*innen, die sich in Netzwerken wie „Frauen und Rechtsextremismus“ und dem (fempi)³ zusammengeschlossen haben, gibt es seit Anfang der 2000er-Jahre eine steigende Sensibilität für Frauen in der extremen Rechten. Auch das

Thema Antifeminismus als zentrales Agitationsfeld mit „Scharnierfunktion“ in konservative Milieus war lange unterschätzt. Ebenfalls seit 2019 beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe des Bundesverbandes Mobile Beratung schwerpunktmäßig mit diesem Thema und auch in NRW wurde das Thema offensiv gesetzt.

Entwicklung in den Teams

Diese Zustandsbeschreibung unserer Arbeit ist auch Produkt der Auseinandersetzung in den Regionalteams sowie gemeinsam mit allen Kolleg*innen in verschiedensten Formaten zur Frage des Verhältnisses von Beratungsarbeit und Geschlecht.

Spätestens ab 2019 wurde immer wieder offenkundig, dass unsere eigenen Arbeitsstrukturen eine gleichberechtigte Teilhabe von allen Berater*innen nicht immer gewährleisten, hier mit Fokus auf die Kategorie Geschlecht, andere Differenzkategorien spielen aber natürlich ebenso eine Rolle. Dies war der Anlass, kritisch auf unsere Arbeitsstrukturen zu schauen und uns zu fragen, welche Maßnahmen oder grundlegenden Änderungen es braucht, damit alle Berater*innen sich unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung im Arbeitsfeld wohl und angekommen fühlen können. Zum anderen stand die Frage im Raum, wie auch sexistisches Verhalten von sowie gegenüber Beratungsnehmenden thematisiert und im besten Fall verhindert werden kann.

Wie bereits beschrieben verlief dieser Prozess nicht immer geradlinig. Es gab Auseinandersetzungen über ein Wie, Wann und Wo des Prozesses bis hin zur Frage, ob wir uns überhaupt gemeinsam in einem Prozess befinden. Wir stellten als Mobile Berater*innen in NRW fest, dass eine gemeinsame Auseinandersetzung mit Fragen der Geschlechterreflexion in unserer Arbeit auch Grenzen hat, dass es um eine enge Auseinandersetzung an unserem Arbeitsfeld und unseren konkreten Herausforderungen sowohl in den Regionalteams als auch in der konkreten Beratung gehen muss. Denn häufig stand die Frage im Raum: „Was bedeuten diese Verhältnisse denn jetzt ganz konkret für unsere Beratungsarbeit?“

Möglichst konkrete Absprachen und Maßnahmen halfen letztendlich im Jahr 2023 ein Maßnahmenpapier fertigzustellen, in dem unterschiedliche Aspekte gebündelt wurden. Die Maßnahmen wurden teils bereits vor 2019 umgesetzt, wie Teams in Beratung,

² Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans* und agender Personen.

³ Mehr zum Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus hier: <http://frauen-und-rechtsextremismus.de>. Mehr zum Netzwerk feministische Perspektive & Interventionen gegen die (extreme) Rechte hier: <https://fempinetzwerk.wordpress.com>.

gemäß den Standards des BMB, wenn möglich geschlechterparitätisch zu besetzen. Andere Maßnahmen wie die Umsetzung geschlechterreflektierter Beratungsansätze wollen wir ab sofort versuchen umzusetzen.

Aber wie sollen wir das jetzt ganz konkret machen?

1. Geschlechterparitätische Beratung

„Die Beratung in (meist) gemischtgeschlechtlichen und multiprofessionellen Teams gewährleistet das ‚Vier-Augen-Prinzip‘ und ermöglicht, unterschiedliche Perspektiven auf Fall und Akteur_innen nutzbar zu machen. Die MBTs streben zudem an, Mitarbeiter_innen mit verschiedenen ‚Identitätspositionen‘ zu beschäftigen, um die Diversität der Teams zu fördern.“ (Grundsatzpapier BMB 2001, S. 35)

Spätestens seit der Veröffentlichung des Grundsatzpapiers Mobile Beratung des BMB in 2017 versuchen alle Teams der Mobilen Beratung in NRW dem Anspruch gerecht zu werden, in geschlechterparitätischen Teams zu beraten. Teils sind in den Teams mittlerweile mehr FLINTA* als Männer beschäftigt. Dennoch gab es in der Vergangenheit und auch heute Teams, in denen nur eine FLINTA*-Berater*in arbeitet. Daraus ergeben sich Herausforderungen, denn vor allem seit mehr als zwei Berater*innen pro Team beschäftigt werden, steigt die Zahl an Beratungen stark an. Wenn nun die Verantwortung der Geschlechterparität nur auf einer Schulter lastet, kann es schnell zu Überforderungs oder Überarbeitungssituationen kommen. Hier wurde im Laufe der letzten Jahre deutlich, dass nicht um jeden Preis eine geschlechterparitätische Besetzung durchgesetzt werden sollte. Zum einen müssen die Ressourcen der FLINTA*-Berater*innen berücksichtigt werden, zum anderen gibt es neben dem Geschlecht weitere Eigenschaften und vor allem Fähigkeiten oder Expertisen einer Berater*in, die ebenso beachtet werden müssen. Geschlechtsidentitäten dürfen nicht essentialisiert und zu einem Wert an sich gemacht werden. Die gemachten Sexismuserfahrungen oder andere Diskriminierungserfahrungen

können einen Mehrwert in Beratung erwirken, garantieren aber eben keine Fähigkeit oder Kompetenz an sich. Dieser reflektierte Umgang mit den eigenen Positionierungen und denen unserer Kolleg*innen ist nicht immer widerspruchsfrei und eine stetige Weiterentwicklung und Diskussion zu diesen Standards erscheint uns zentral.

2. Geschlechterreflektiertes Feedback

Im Rahmen der Erarbeitung eines Leitfadens zum kollegialen Feedback in Beratungs- und Bildungsarbeit nahmen wir auch geschlechterreflektierte Fragen auf, um ein regelmäßiges Gespräch über geschlechtsspezifische Erfahrungen in Beratung zu ermöglichen, ohne dass Betroffene diesen Raum immer wieder einfordern müssen. So ergeben sich im Team immer wieder produktive Gespräche über herausfordernde, aber auch gelungene Situationen in denen Sexismus thematisiert, geschlechterreflektiert beraten oder solidarisch miteinander gehandelt wurde.

3. Geschlechterplena

Seit 2019 war die erste implementierte Maßnahme, sich unter den Berater*innen geschlechtergetrennt auszutauschen, wobei die Runden jeweils unterschiedliche Ausrichtungen verfolgen, die mit der Verabschiedung des Maßnahmenpapiers in 2023 nochmal expliziert wurden. Im „FLINTA*-Plenum“ geht es gezielt um den losen, anlassbezogenen und solidarischen Austausch zu Sexismuserfahrungen im Kontext der Tätigkeit als Mobile Berater*in. Wohin gegen das „Männer-Plenum“ kollegialen Austausch und eine fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Geschlecht für unsere Beratungsarbeit zum Ziel hat.

Dieser wichtige Unterschied zur Reflexion von Benachteiligungen auf der einen und Privilegien auf

» Ergänzend zu diesem Beitrag empfehlen wir auch folgenden Text zu lesen, der einen wichtigen Beitrag zur hier dargestellten Auseinandersetzung geleistet hat: Haas, Julia/Gold, Ilja (2022): **Beratung und Geschlecht – ein Einblick der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen in Herausforderungen und Umgangsweisen. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1, S. 63–75.**

der anderen Seite war nicht von Anfang an deutlich und musste in verschiedenen Gesprächen herausgestellt werden. Dabei gab es immer den Versuch, solidarisch und gemeinsam an diesen Themen zu arbeiten.

Im Verlauf des Prozesses wurde ein dritter Raum nach den getrennten Plena eingerichtet. In diesem können gemeinsame Themen mit der gesamten Runde geteilt werden. Darüber hinaus werden Ort und Zeit bestimmt, zu denen über etwaige Konflikte oder Herausforderungen lösungsorientiert gesprochen werden kann. Diese Austauschräume sollen extern moderiert werden, um allen Berater*innen eine gleichberechtigte Teilnahme zu ermöglichen. Gezielt soll es dabei nicht um eine emotionale Auseinandersetzung gehen, wie sie beispielsweise in den Regionalteams im Rahmen von Supervisionen stattfinden kann, sondern um die stetige Weiterentwicklung einer geteilten geschlechterreflektierten Perspektive auf unsere Beratungsarbeit.

4. Geschlechterreflektiert beraten und Bildungsarbeit gestalten

In unserem Arbeitsfeld ist ein wichtiger Grundsatz die angenommene Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen ungeachtet verschiedenster Differenzkategorien. Ziel unserer Arbeit ist es, diejenigen zu unterstützen, die sich dafür einsetzen, dass ein Klima im Sozialraum geschaffen wird, unter dem dieser Grundsatz gelten kann.

Wenn wir in diesem Rahmen ernst nehmen, dass wir in einer wie oben beschriebenen patriarchalen Gesellschaft leben, kommen wir nicht umhin, auch eine geschlechterreflektierte Perspektive in unserer Beratung einfließen zu lassen. Diese darf Beratungsnehmende nicht auf ihre Geschlechtsidentität beschränken, muss aber gleichzeitig ihre spezifischen Erfahrungen und strukturelle Begebenheiten mit einbeziehen. Hier sei angemerkt, dass dies natürlich für jede strukturelle Diskriminierungsform gilt, von der Menschen betroffen sein können. Es geht immer um eine umfassende Erfassung unserer Beratungsnehmenden, ihrer Lebensumstände und dem Sozialraum, in dem sie aktiv sind oder werden wollen. Ein ressourcenorientierter Blick auf unsere Beratungsnehmenden lässt aus unserer Sicht nichts anderes zu, als auch ihre Benachteiligungen zu sehen und einzuordnen, dass die Phänomene, mit denen sie sich beschäftigen (Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und andere Ungleichwertigkeitsvorstellungen) strukturell verankert sind und gleichzeitig konkrete und persönliche Auswirkungen auf Menschen in ihrem Alltag haben.

So entsteht eine Perspektive, die unsere Beratungsnehmenden in ihrer spezifischen Lebensrealität handlungsfähig und -sicher machen soll und gleichzeitig gesellschaftliche Verhältnisse so beschreiben kann, dass die alleinige Verantwortung zu ihrer Veränderung nicht auf Individuen lastet, insbesondere nicht auf Betroffenen von Diskriminierung und rechter Gewalt.

Konkret gibt es für geschlechterreflektierte Bildungsarbeit im Kontext Rechtsextremismus viel Material und Literatur, die von den Teams in der Vorbereitung von Weiterbildungen oder Seminaren, die im Rahmen von Beratungsfällen veranstaltet werden, genutzt werden können.

Vor allem in der Frage, wie eine geschlechterreflektierte Beratungspraxis in unserem Arbeitsfeld aussehen kann, stehen wir noch am Anfang einer Auseinandersetzung. Zwar gibt es vor allem aus dem Feld von feministischen Frauen- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen sowie spezifischen Beratungsangeboten für Männer Impulse für eine solche Praxis, eins zu eins ist diese allerdings nicht anwendbar. Um diesen Transfer zu gestalten, wollen wir stetig Impulse von Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen einholen, um unsere Beratungspraxis gemeinsam weiterzuentwickeln.

In einem sexismusfreien Umfeld arbeiten in einer patriarchalen Gesellschaft?

Viel ist passiert seit den Anfängen dieses Prozesses, der nicht immer als solcher wahrnehmbar gewesen ist, gleichzeitig befinden wir uns weiterhin in einer Welt, in der patriarchale Verhältnisse präsent und lebensbestimmend für alle Menschen unserer Gesellschaft sind. Da erscheint das eingangs formulierte Ziel, in einem sexismusfreien Umfeld zu arbeiten, oft in weiter Ferne. Denn klar ist, wir können nicht allein durch geschlechterreflektierte Beratung patriarchale Strukturen und unsere Gesellschaft im Ganzen verändern. Was wir können, ist gemeinsam mit Berater*innen, Beratungsnehmenden und Kooperationspartner*innen zu lernen und vor allem diskriminierende Verhaltensweisen und Denkmuster zu verlernen. Und auch wenn diese Prozesse nicht ohne Anstrengungen und Frustrationen aller Beteiligter umsetzbar sind, glauben wir, dass durch das professionelle (und sicherlich auch persönliche) Anliegen, das aus dem genannten Ziel spricht, ein besseres Miteinander für alle werden kann.

Ziele Geschlechterreflektion

**Geschlechter-
reflektierte Beratung
und Bildungsarbeit**

**Geschlechtsensible
Zusammenarbeit**

**Sexismusfreies
Umfeld**

**Belastende Situationen
sichtbar machen,
Strukturen für guten
Umgang**

**Gemeinsame Problem-
wahrnehmung und soli-
darisches Handeln**

Geschlechterreflektierte Beratung:

Ansätze geschlechterreflektierter Beratung finden sich sowohl in den Erziehungswissenschaften, Beratungswissenschaften und aus Praktiker*innenperspektive. Wichtige Impulsgeber*innen waren und sind Beratungsprojekte, die aus der (zweiten) Frauenbewegung hervorgegangen sind. Parallel dazu entwickelten sich auch geschlechterreflektierte Beratungsansätze für Männer. Grundlegend für diese Ansätze ist die Suche nach sozialen, geschlechtsspezifischen Erklärungsmustern für zunächst individuell erscheinende (psychische) Herausforderungen. Also die Idee, dass in Geschlechterrollen und -verhältnissen unter anderem hilfreiche Ansatzpunkte liegen können, um Problemlagen von Beratungsnehmer*innen zu erklären. Dabei sehen vor allem Projekte wie Frauenberatungsstellen, queere Beratungsstellen oder Schwangerschaftskonfliktberatungen immer auch die Verbindung zwischen der direkten Unterstützung von Beratungsnehmenden und gesellschaftlichen Anerkennungskämpfen.



Feministische Errungenschaften müssen immer wieder verteidigt werden.

Interview mit dem Projekt Spotlight

Interview: Julia Klatt

Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen

Spotlight ist ein Projekt der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.

Ziel ist es, die Gefahren und antidemokratischen Dynamiken von Antifeminismus sichtbar zu machen und ihnen entgegenzuwirken. Die *Mobile Beratung* arbeitet seit jeher eng mit *Spotlight* zusammen. Im Rahmen des 15-jährigen Jubiläums werfen wir gemeinsam mit *Spotlight* einen Blick zurück auf die Genese des Projekts.

Julia Klatt ist Mobile Beraterin im Regierungsbezirk Köln.

Julia Haas (JH) hat Soziologie studiert und dabei den Schwerpunkt u. a. auf geschlechterpolitische Ideologien und Aktivistinnen der extremen Rechten gelegt. Bevor das Projekt *Spotlight* an den Start ging, war sie einige Jahre als Mobile Beraterin tätig.

Ronja Heukelbach (RH) ist Erziehungswissenschaftlerin und hat einen Master in Empowerment Studies. Sie war lange für die Recherche und Dokumentation rechter AkteurInnen im RB Köln sowie in Form einer Elternzeitvertretung als Mobile Beraterin tätig. Seit dem Sommer 2023 verstärkt sie *Spotlight*.

MBR: Julia, auf deine Initiative hin wurde Spotlight ins Leben gerufen. Kannst du uns etwas zur Genese sagen?

JH: Antifeminismus als genuiner Bestandteil extrem rechter Denkweisen war auch bei meiner Tätigkeit bei der *MBR Düsseldorf* schon immer präsent. Mit der Kollegin Kathalena Essers der *Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münsterland* und anderen bundesweiten *MBR*-Kolleg*innen haben wir 2019 im *Bundesverband Mobile Beratung* die AG „Antifeminismus in der Beratungsarbeit“ ins Leben gerufen. Mitte 2021 wurden Fördergelder frei und wir als Wuppertaler Initiative haben die günstige Gelegenheit ergriffen und ein entsprechendes Projekt, angegliedert an die *Mobilien Beratung NRW*, beantragt. Es ging darum, Antifeminismus als Beratungsgegenstand in der *MBR* sichtbar(er) zu machen. Ich wollte herauszufinden, was die Kolleg*innen brauchen, um sich mit dem Thema verstärkt beschäftigen zu können und was sie befähigt, gute Beratung zu Antifeminismus leisten zu können. Dazu habe ich Fachaustausche organisiert, bei denen grundlegend der Begriff Antifeminismus diskutiert werden konnte. Der zweite Arm des Teilprojektes war, das Thema Antifeminismus stärker

in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir haben beispielsweise eine Pageflow-Story entwickelt, die ein multimediales Storytelling mit Videos und Bildern ermöglicht; salopp formuliert, eine Art „informative Bravo Lovestory“. Von A kamen wir nach B und haben schließlich durch die Unterstützung der Landeskoordinierungsstelle ein eigenständiges Projekt mit dem Titel „Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen“ beantragen können. Über das erste Jahr des Projektes hinweg wurden die Ergebnisse der Online-Umfrage zu Bedarfen und Erfahrungen im Feld ausgewertet und in einem Bericht zusammengefasst. Die vier identifizierten Handlungsfelder, an denen sich unser Projekt orientiert, sind: 1. Qualifizierung und Wissensvermittlung, 2. Öffentlichkeitsarbeit und Informationsbereitstellung, 3. Vernetzung und Austausch, 4. Unterstützung der Handelnden bei der Auseinandersetzung mit Antifeminismus und (Verweis)Beratung für Betroffene von antifeministischen Angriffen. Seit dem

Jahr 2023 wird *Spotlight* zusätzlich vom *Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration (MKJFGFI)* des Landes NRW gefördert.

MBR: Ronja, wo begegnete und begegnet dir Antifeminismus in der Beratungsarbeit?

RH: Bei der Recherche zu rechten AkteurInnen¹ gibt es unfassbar viel zum Thema Antifeminismus, angefangen von der rechten Frauen-Gruppierung *Lukreta* über Diskussionen zu Schwangerschaftsabbrüchen bis hin zur Auseinandersetzung mit der Frauenquote. In Erinnerung geblieben ist mir auch ein Beratungsfall, in dem eine Frauenberatungsstelle mit antifeministischen und rassistischen Aussagen von Klientinnen konfrontiert wurde. Die dabei getätigte Ethnisierung sexualisierter Gewalt ist gängige Verknüpfung, die uns immer wieder begegnet. Ansonsten ist Antifeminismus oft unterschwellig Thema, z. B. in Workshops zur extremen Rechten oder auch in Qualifizierungs- und Begleitungsprozessen. Dabei geht es oft um Auslassungen und ein – absichtliches oder unabsichtliches – Unsichtbarmachen von rechten Aktivistinnen. Ein gutes Beispiel ist der Blick auf das *NSU*-Kerntrio: So berichteten manche Medien, dass Beate Zschäpe an Verhandlungstagen gestylt war, aber nicht welche Ideologieelemente sie vertritt. Aktivismus von Frauen in der extremen Rechten wird ständig verharmlos; der „richtige“ Nazi ist dann

¹ Da rechte und antifeministische Vorstellungen auf einer binären Geschlechterlogik aufbauen und keine weiteren Geschlechter zulassen, werden AkteurInnen aus diesem Spektrum mit Binnen-I gegendert.

eben doch wieder der Mann. Ebenso unterbelichtet ist, welche Rolle der Antifeminismus für rechte Frauen spielt.

JH: Das gilt auch für die Beratungsarbeit. Hier ist es wichtig, zu reflektieren, wo Blicke geschärft werden müssen, wie der Umgang mit Beratungsnehmenden ist und wie Geschehnisse analysiert werden. Die Fälle sind da, sie wurden nur lange Zeit nicht „bespielt“. Vielen Leuten ist gar nicht bewusst, was Antifeminismus ist und ob sie davon betroffen sind. Sie fragen sich nach einem Vorfall: „War das nun ein antifeministischer Angriff und habe ich damit verbunden ‚das Recht‘, Beratung in Anspruch zu nehmen?“ Genau da setzt *Spotlight* an: Den Begriff Antifeminismus zu (er)klären und zu vermitteln, dass es hierfür Hilfsangebote gibt.

MBR: Mit Blick auf die Arbeit der MBR, wie sieht dann eine gute Beratung in solchen Fällen aus?

JH: Antifeminismus ernst nehmen bedeutet aktives Zuhören, sensibles Nachfragen in Erzählungen, die in Richtung Antifeminismus gehen, und auch die Komponenten beleuchten, die vielleicht nicht so offensichtlich sind. Oft können Beratungsnehmende nicht genau beschreiben, was sie erfahren haben. Die Unterstützung durch die Beratung kann hilfreich sein, Worte zu finden für das, wovon sie betroffen sind, und für die Strukturen, in denen sie sich bewegen bzw. denen sie gegenüberstehen. Vielen Fällen im Bereich Antifeminismus ist letztlich mit den gleichen Werkzeugen und Analyseverfahren zu begegnen, wie anderen Beratungsanlässen in der Mobilen Beratung auch.

MBR: Wo berühren sich über die Verweisberatung hinaus MBR und Spotlight?

JH: *Spotlight* unterstützt eher auf dem multiplikatorischen Weg: Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Die *MBR* macht die Beratungsarbeit

vor Ort. So kann zum einen die *MBR* auf Grundlagen eines kollegialen Austausches von der Expertise von *Spotlight* profitieren und *Spotlight* wiederum die Erfahrungen der *MBR* aufnehmen.

RH: Ich denke auch an den Austausch von Rechercheergebnissen. So beispielsweise die homo- und queerfeindlichen Aktionen einiger rechter AkteurInnen gegen den CSD an einigen Orten in NRW. Oder die „Stolzmonat“-Kampagne mit der Agenda „Gegen Regenbogenmist und Genderirrsinn“ als Reaktion auf den Pride Month im Juni. Da kann es hilfreich sein, dass man sich gegenseitig auf Vorfälle aufmerksam macht und einen gemeinsamen Blick entwickelt.

MBR: Welche Rolle spielt Antifeminismus in der extremen Rechten heute?

JH: Etwas runtergebrochen beruht extrem rechtes Denken auf dem Glauben an eine Volksgemeinschaft. Bildhaft gesprochen ist man als Teil dieser gefühlten Schicksalsgemeinschaft nur ein Rädchen im Getriebe. Um das Getriebe am Laufen zu halten, müssen alle Rädchen am richtigen Platz sein und ihre Aufgabe erfüllen. Geschlecht und Ethnie sind klare Platzanweiser in diesem Konstrukt und darüber wird eine eindeutige Identität geformt. Es bedarf also eindeutigen Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, die sich in ihrer Verschiedenheit ergänzen und für die Reproduktion zuständig sind. Feminismus, der diese eindeutig konnotierten Rollen in Frage stellt, ist der extremen Rechten quasi zwangsläufig ein Dorn im Auge. Und wenn nun in neueren Debatten die biologischen Gegebenheiten von nur zwei Geschlechtern in Frage gestellt werden, gerät das ganze rechte Denksystem ins Wanken. Das ist eine unheimliche Bedrohung der „natürlichen“ Identität. So wird Antifeminismus zur selbstverständlichen und logischen Agenda von extrem rechten AkteurInnen, die an vielen Stellen mit Rassismus gekoppelt ist. Auf die Ver-

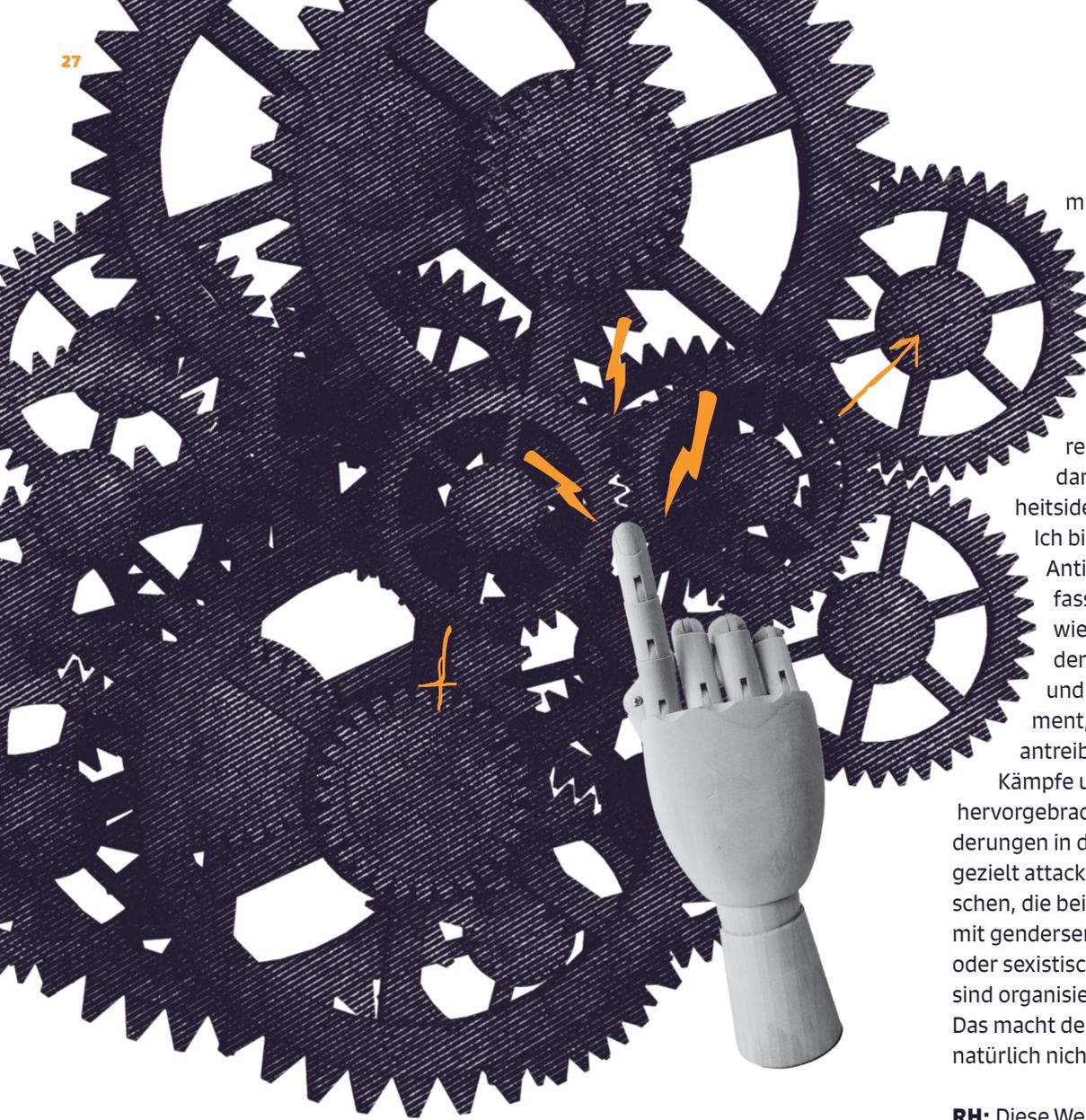
schiebung von sexualisierter Gewalt auf „die Anderen“ hat Ronja ja schon verwiesen. Rechte Aktivist*innen rund um *Lukreta* sprechen dann von „importierter Gewalt“. Hier gibt es auch einen Link zu Teilen einer „aufgeklärten Mehrheitsgesellschaft“, die liberale Werte gegen die vermeintlich reaktionären Zugewanderten zu verteidigen sucht.

Im Kern antifeministischer Denkmuster steckt die Verhinderung der Teilhabe aller – das steht meinem Verständnis einer demokratischen Gesellschaft entgegen. Antifeminismus ist also wie andere Ungleichwertigkeitsideologeme antidemokratisch.

MBR: Antifeminismus wird eine Scharnierfunktion zugeschrieben. Was ist damit gemeint?

JH: Antifeminismus ist als Thema ein Scharnier zwischen der extremen Rechten und beispielsweise christlichen Fundamentalist*innen oder anderen konservativen Kreisen. Ein FAZ-Journalist schreibt teilweise ebenso antifeministische Texte wie die ehemalige Tagesschau-Moderatorin Eva Hermann oder Birgit Kelle, die als eine der antifeministischen Figuren publizistisch tätig ist. Am Beispiel der „Demo für alle“ lässt sich eindrücklich durchdeklinieren, dass Antifeminismus ein sehr starkes Bindeglied sein kann. In Baden-Württemberg sollte vor einigen Jahren der Bildungsplan geändert werden, um Sexualerziehung offener zu gestalten und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulen stärker sichtbar zu machen und damit vielfältigere Identitätsangebote für Schüler*innen zu schaffen. Dagegen hat sich breiter Protest formiert, von Hedwig von Beverfoerde, die sehr stark in christlichfundamentalistischen Kreisen unterwegs ist, die „Demo für alle“ mitorganisiert hat und mit ihrer *Bürgerinitiative Familienschutz* Teil des Bündnisses *Zivile Koalition* ist, bis hin zur AfD-Politikerin Beatrix von Storch, die eben jene *Zivile Koalition* mitgegründet hat. Manchmal sind





„Etwas runtergebrochen beruht extrem rechtes Denken auf dem Glauben an eine Volksgemeinschaft. Bildhaft gesprochen ist man als Teil dieser gefühlten Schicksalsgemeinschaft nur ein Rädchen im Getriebe.“

JULIA HAAS

solche Allianzen nicht immer gleich offensichtlich. Rechte Aktivist*innen sprechen beispielsweise viel von „Kinderschutz“, um mit rechtem, antifeministischem und antipluralistischem Denken im Mainstream anzudocken und einen Meinungskorridor in eine bestimmte Richtung zu schaffen.

MBR: Ist Antifeminismus dann quasi auch ein Einstieg in andere Ideologiefragmente?

JH: Das kann durchaus so sein, ohne jetzt die Metapher von der „Einstiegsdroge“ oder dem unabsichtlichen „Abrutschen“ in die rechte Szene zu bemühen. Aber der junge Typ, der sich

mit den Männlichkeitsvorstellungen eines Influencers wie Andrew Tate identifizieren kann und in ihnen eine klare Handlungsanweisung sieht, kommt schnell in Berührung mit rechten AkteurInnen und damit weiteren Ungleichheitsideologien.

Ich bin vorsichtig, den Begriff Antifeminismus zu weit zu fassen, und betone immer wieder den dahinterliegenden Organisationsgrad und den politischen Moment, der Antifeminist*innen antreibt. Durch feministische Kämpfe und Errungenschaften hervorgebrachte strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft werden gezielt attackiert. Nicht alle Menschen, die beispielsweise ein Problem mit gendersensibler Sprache haben oder sexistisches Verhalten zeigen, sind organisierte Antifeminist*innen. Das macht den erkennbaren Sexismus natürlich nicht unschuldiger.

RH: Diese Welt, die Antifeminist*innen haben wollen, ist für eine kleine Gruppe weißer heterosexueller cis Männer gedacht, die in ein bestimmtes Männlichkeitsbild passen und einen entsprechenden Körperbau und Mindset haben. Doch was bedeutet das für alle anderen? Darin steckt so viel Beängstigendes.

MBR: Wo seht ihr dabei die Aufgabe von Spotlight?

JH: Wir sprechen hier von vernetzten, kampagnenartig agierenden AkteurInnen. Genau das muss ein Projekt wie *Spotlight* zum Thema bzw. auf politischer Ebene sichtbar machen. So können wir auch Sprachrohr für potentiell Betroffene sein. Und zugespitzt gesagt: *Spotlight* gibt es, damit andere Institutionen ihre eigentliche Arbeit machen können. Also beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte, die durch antifeministischen Gegenwind an ihren eigentlichen Aufgaben

gehindert werden. Wir und die Mobile Beratung müssen vermitteln: Es gibt Institutionen, die dich unterstützen, damit du weiter deinen Weg gehen kannst.

RH: Und hier gilt auf jeden Fall den Betroffenen zu sagen: Nicht du bist das Problem. Also egal wie du z. B. deine Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte gestaltetest, ob du z. B. Begriffe wie Antifeminismus und Patriarchat in Texten verwendest oder nicht, du stehst trotzdem im Fokus von antifeministischen AkteurInnen. Und das liegt einfach daran, dass Antifeminist*innen Gleichstellung und alle Versuche, diese institutionell und strukturell zu verankern, ablehnen. Die Arbeit von *Spotlight* versucht somit auch empowernde Elemente zu berücksichtigen. Das Ziel wäre, dass es irgendwann kein Kampf mehr ist, z. B. Gleichstellungsbeauftragte zu sein. Es ist bitter, dass diese Arbeit nicht überall anerkannt wird und die Problematiken von Antifeminismus nicht überall gesehen werden.

MBR: Ihr beschreibt den Kampf gegen Antifeminismus also auch als Abwehr und Verteidigungskampf. Was sind die Räume, in denen das ausgehandelt wird?

JH: Wenn wir Antifeminismus als Patriarchatsverteidigung begreifen, dann würde ich schon sagen, dass an vielen Stellen immer wieder feministische Errungenschaften verteidigt werden müssen. Der Weg, der aus einer patriarchalen Gesellschaft heraus erkämpft wurde, ist ja noch lange nicht am Ende. Wir befinden uns in einer Situation, in der wir für eine gleichberechtigte Gesellschaft eigentlich weitergehen müssten und nun vielerorts damit beschäftigt sind, die antifeministischen Stimmen, die alles wieder zurückdrehen wollen, abzuwehren.

RH: Viele Dinge sind auch gar nicht so präsent. Bei der durchaus berechtigten Empörung über das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen in den

USA gerät mitunter in Vergessenheit, dass Schwangerschaftsabbrüche auch in Deutschland immer noch illegal sind. Oder wenn es darum geht: Wie kann ich rausgehen, wen kann ich öffentlich lieben und wie kann ich mein Geschlecht darstellen ohne zur Zielscheibe zu werden und Angriffen ausgesetzt zu sein? Hier spielt auch mit rein, wie ich auf verletzendende Sprache reagiere und wer mir hilft, wenn ich angegriffen werde. Diese Fragen stellen sich für queere, trans oder inter Personen ganz anders als für andere. Und hoffentlich werden all diese Fragen in Zukunft überfällig sein, weil es gesellschaftlich keine Rolle mehr spielt, wie wir leben und lieben. Wenn man es runterbricht, sind es also auch alltägliche Räume, in denen ein ständiger Aushandlungsprozess mit beispielsweise Sexismus als Ideologiefragment von Antifeminismus stattfindet oder stattfinden sollte: Wer ist wo wie in einem Unternehmen repräsentiert? Gibt's eine gläserne Decke? Wie kann Werbung gestaltet werden? Wie werden weiblich assoziierte Körper gezeigt und sexualisiert? Wer kann dargestellt werden, ohne danach einen Shitstorm abzukriegen? Hier wird auch deutlich, dass Antifeminismus immer sexistisch ist. Wichtig ist nur, nicht jeder Sexismus ist automatisch auch antifeministisch. Und die Auseinandersetzung mit Sexismus oder auch Queerfeindlichkeit kann präventiv gegen Antifeminismus wirken.

MBR: Abschließend zurück zur Beratungsarbeit. Wie kann ein geschlechterreflektierter Ansatz hilfreich in der Arbeit gegen Antifeminismus sein?

RH: Bei mir ploppt direkt eine Situation auf, in der ich einen Vortrag gemeinsam mit einem männlich gelesenen Kollegen gehalten habe und ich habe im Anschluss gemerkt, dass alle fachlichen Rückfragen an eben diesen Kollegen gingen. Ich habe dann mit Fachbegriffen um mich geworfen, bis die Leute gemerkt haben: Aha, die kann das auch. Aber es geht auch

Fragen wie: Wer kümmert sich um emotionale Themen im Team? Wie wird Carearbeit am Arbeitsplatz aufgeteilt und wahrgenommen?

JH: Wenn wir ergänzend zum Vorhingesagten davon ausgehen, dass es antipatriarchale Kämpfe sind, die wir an vielen Stellen führen müssen, dann gilt dies ebenso für Kämpfe um Gleichberechtigung und Antisexismus im Team. Auch bei einer guten Arbeitsatmosphäre kommen sexistische Situationen vor.

Für eine Institution wie die *MBR* macht es auch jenseits des Thema Antifeminismus Sinn, geschlechterreflektiert zu arbeiten und geschlechterreflexiv auf die Beratungsebene zu schauen. Konkret kann das bedeuten, bei der Beratung einer Frauenberatungsstelle sensibel nachzufragen, ob es okay ist, wenn ein männlich gelesener Kollege die Beratung durchführt. Es heißt aber auch, eigene Verhaltensweisen zu hinterfragen. Männlich sozialisierten Personen fallen bestimmte Strukturen, die jahrelang gefestigt und uns an vielen Stellen anerzogen wurden, manchmal gar nicht auf. Da braucht es eine solidarische Streitkultur. Letztlich würde ich nicht behaupten, dass eine gute Beratung zum Thema Antifeminismus zwangsläufig einer feministischen Grundhaltung bedarf, sondern vielmehr einer fundierten, geschlechterreflektierenden Beratungsarbeit, die viele feministische Anliegen wie Gleichberechtigung, sexismuskritische Perspektiven oder geschlechtliche Vielfalt bereits mitdenkt und so Beratung im Themenfeld Antifeminismus besser macht.





VERENA SCHÄFFER
Bündnis 90/Die Grünen

Die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ist der Rechtsextremismus. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen unerlässlich. Die Mobile Beratung leistet mit der Unterstützung bei rechtsextremen Vorfällen, der Präventionsarbeit und der Stärkung der Zivilgesellschaft einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Demokratie und ist daher nicht mehr wegzudenken. Danke für die unermüdliche Arbeit und alles Gute.



PATRIK ARNOLD
LAG Fanprojekte

Wenn es die „Mobilen“ nicht geben würde, müssten sie dringend erfunden werden. Die Fachexpertise sowie die Beratungskompetenz der Mitarbeiter*innen suchen im Netzwerk ihresgleichen. Als sozialpädagogische Fanprojekte in NRW profitieren wir regelmäßig vom persönlichen und institutionellen Austausch sowie den Rechercheergebnissen, die auch für unsere praktische Arbeit einen enormen Mehrwert darstellen. #Zukunftgemeinsamgestalten



Jenseits der Nazikeule. Demokratiefeindlichkeit und Menschenverachtung in der Coronaleugner*innen-Szene

Autor: Dario Schach

Dario Schach ist Fachreferent der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.

In leicht abgeänderter Form erstveröffentlicht in der Broschüre „Verstrickungen“, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL/Regierungsbezirk Detmold, 2023

Schon mit dem ersten Aufkommen der Corona-Proteste Frühjahr 2020 ging ein Raunen durch zivilgesellschaftliche Initiativen, wie es denn mit diesen zu halten sei. Vielerorts regte sich Widerstand. Gleichzeitig bemerkten Aktive, dass sich kein Konsens über die Problematisierung abzeichnen würde – im Gegenteil: Viele wurden im sozialen Nahumfeld mit Verschwörungserzählungen und teils absurden, teils offen menschenverachtenden Positionen konfrontiert und standen vor der großen Herausforderung, eine fundierte Kritik zu formulieren. Sprüche wie „Nazis raus“ wurden gerufen und Distanzierungen von Rechtsextremist*innen gefordert. Allerdings griffen diese Sprüche nicht nur der Parolen inhärenten und zwangsläufigen Verkürzung wegen nicht, sondern auch, weil die Nazikeule häufig ins Leere schlug: Obwohl Rechtsextremist*innen häufig an den Protesten teilnahmen oder diese mitunter sogar organisierten, waren die Protestierenden in der Masse oftmals keine gefestigten Rechtsextremist*innen, sondern kamen aus der Breite der Gesellschaft.

Mediale Berichterstattung trug oft nichts zu Schärfung des Diskurses bei: Zu häufig ging es darum, welcher Nazi an welcher Demonstration teilgenommen habe und welche Demonstration von diesen unterwandert sei. Fragen wie diese zielen allerdings in die falsche Richtung. Sie sollten stattdessen lauten: Warum sind Coronaleugner*innen-Proteste eigentlich interessant für Nazis? Warum ist es für die Organisator*innen der Corona-Proteste so schwierig, sich glaubhaft von diesen zu distanzieren? Welche problematischen Inhalte werden auf den Corona-Protesten vermittelt? Und was haben diese mit extrem rechter Ideologie gemeinsam?

Der folgende Text ist im Ausgang der pandemischen Corona-Phase mit dem Ziel erstveröffentlicht worden, Werkzeuge bereitzustellen, mit Hilfe derer Corona-Proteste eingeordnet und aus einer demokratisch-zivilgesellschaftlichen Perspektive kritisch betrachtet werden können. Mit dem deutlichen Absinken der Infektionszahlen und der damit verbundenen gesellschaftlichen Normalisierung sind auch die Mobilisierungsfähigkeit und folglich die demonstrativen Aktivitäten von Coronaleugner*innen zurückgegangen. Dementsprechend trifft die folgende Analyse ein Phänomen, welches nicht mehr akut scheint. Gleichzeitig bestehen die Netzwerke der Coronaleugner*innen weiter. Ihre Argumentationsmuster und Diskursstrategien haben Eingang in breite Bevölkerungskreise gefunden, werden uns immer wieder begegnen und in krisenhaften Zeiten verstärkt auftreten.

Verschwörungserzählungen

Wesentliches Merkmal von Coronaleugner*innen ist der Hang zu Verschwörungserzählungen. Während diese ein wichtiger Bestandteil extrem rechter Weltbilder sind, finden sie auch gesamtgesellschaftlich große Verbreitung, können sie auf individueller Ebene doch entlastende Funktionen haben. Über Verschwörungserzählungen wird in der Regel versucht, „das große Ganze“ zu erklären. Für ihre Anhänger*innen können Verschwörungserzählungen somit in gewisser Weise eine chaotische, oftmals aus den Fugen geratene Welt sortieren. Ein ebenso prominentes wie Beispiel für eine Verschwörungserzählung zur Pandemie ist die unwahre Annahme, dass Bill Gates eine Zwangsimpfung für alle Bürger*innen weltweit wolle, um damit der Weltbevölkerung heimlich Mikrochips zu implantieren. Falschbehauptungen wie diese mögen absurd erscheinen, sind aber trotzdem ernst zu nehmen. Sie sind der Nährboden für Verschwörungserzählungen und den daraus resultierenden Weltbildern. Mit ihnen gehen Antisemitismus, Wissenschafts- und Demokratiefeindlichkeit sowie eine erhöhte Gewaltbereitschaft gegen diejenigen, die als Urheber*innen oder zumindest Mitträger*innen der Verschwörung gehalten werden, einher. Gleichzeitig wird von Teilen der Coronaleugner*innen-Szene ein stark individualisierter Freiheitsbegriff propagiert, der gesellschaftliche Solidarität und Verantwortung füreinander zurückweist und Grundrechte gegeneinander auszuspielen versucht.

Antisemitismus und Verharmlosung der Shoah

Die meisten Verschwörungserzählungen sind im Kern antisemitisch. In der Pandemie sind zwei Muster prägend:

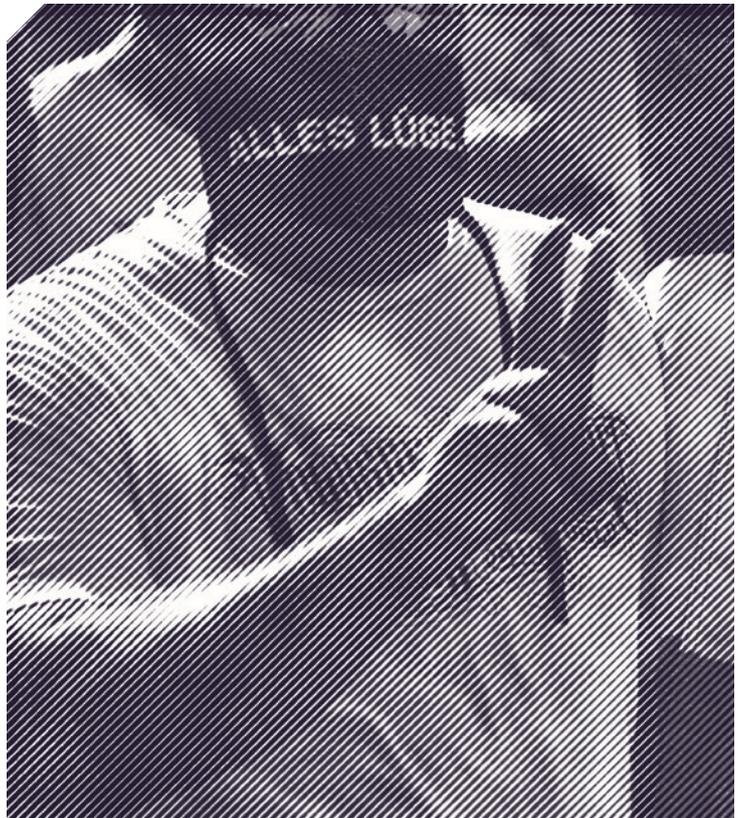
Zum einen die Idee, dass Jüdinnen*Juden hinter der Pandemie steckten oder von dieser profitierten. Eine berühmte Falschbehauptung ist die, dass der jüdische US-Milliardär und Philanthrop George Soros das pandemische Geschehen nutzte oder initiiert hätte, um eine „neue Weltordnung“ (NWO) zu installieren. Ein Narrativ, dass an gängige antisemitische Klischees anknüpft, wonach „die Juden“ die Welt im Heimlichen beherrschten oder dies anstrebten. Eine ähnliche viel genutzte Chiffre für das Bestreben nach Weltherrschaft und Etablierung eines neuen politischen und wirtschaftlichen Systems ist „Great Reset“.

Zum anderen wird auf den Demonstrationen und in den Chats von Coronaleugner*innen immer wieder der Nationalsozialismus verharmlost, indem die eigene von Restriktionen geprägte Situation mit der Shoa verglichen wird. So geschehen beispielsweise in Paderborn, wo eine Demonstrantin einen kaum zu übersehenen gelben „Judenstern“ trug, auf dem „ungeimpft“ stand, und sich mit Jüdinnen*Juden gleichsetzte, die während des Nationalsozialismus einen solchen mit der Aufschrift „Jude“ tragen mussten.

Wissenschaftsfeindlichkeit

Seit seinem ersten Aufkommen Ende 2019 stellt die Eindämmung des Coronavirus die Weltgemeinschaft vor eine große Herausforderung. Eine wichtige Rolle spielt dabei Wissenschaft. Wissenschaftliche Erkenntnisse führen dazu, dass das Virus und seine Verbreitung besser verstanden werden, Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie entwickelt und bewertet werden und Impfstoffe in Rekordzeit erforscht werden. Dabei gibt es nicht die eine wissenschaftliche Position, sondern innerwissenschaftliche Debatten und Auseinandersetzungen, Erkenntnisse werden korrigiert oder mitunter zurückgerufen. Wissenschaftliche Aussagen zeichnen sich dadurch aus, dass sie falsifizierbar, also grundsätzlich widerlegbar sind. Das bedeutet auf der anderen Seite jedoch nicht, dass Beliebigkeit Einzug hält und jede Idee gleichberechtigt neben der anderen stehen kann. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden über Annahmen gewonnen, die beispielsweise über Experimente belegt werden. Dieser Vorgang muss insofern transparent sein, als Dritte grundsätzlich nachvollziehen können müssen, warum diese oder jene Aussage getroffen wurde.

Wissenschaftsfeindliche Positionen von Coronaleugner*innen drücken sich unterschiedlich aus. Nicht selten führen die oben genannten Prinzipien, die auch Widersprüchliches, Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen zulassen, dazu, dass diese gänzlich abgelehnt werden. Das kann dann etwa die Bereitschaft zu risikohafterem Verhalten erhöhen, etwa indem weniger oder keine Masken getragen werden oder bei Coronasymptomen nicht getestet wird. Es kann auch dazu führen, dass Menschen sich unseriösen und unwissenschaftlichen Akteur*innen zuwenden, die vermeintlich einfache Antworten anbieten. Diese beinhalten dann häufig Verschwörungserzählungen und fördern Verhalten, das individuell und gesamtgesellschaftlich gefährlich ist. Gleichzeitig wollen Anhänger*innen auch häufig, dass unwissenschaftliche oder wissenschaftliche Randpositionen als im wissenschaftlichen Diskurs



Ein Rechtsextremist trägt auf einer pro-russischen Demonstration im September 2022 eine Maske mit der Aufschrift „Alles Lüge“

gleichberechtigt repräsentiert werden. So wird gefordert, dass neben gesellschaftlich und politisch anerkannten Wissenschaftler*innen auch solche beispielsweise in der medialen Berichterstattung repräsentiert sind, die konträre Meinungen vertreten und das Coronavirus etwa als Grippe verharmlosen. Wenn beispielsweise gefordert wird, dass neben einer seriösen Wissenschaftlerin der Corona-Verharmloser Sucharit Bhakdi auf einem Podium vertreten ist, dann entsteht das Bild, dass hier zwei gleichwertige Meinungen gegeneinanderstehen. Diese Fehldarstellung nennt man falsche Ausgewogenheit („false balance“), womit gemeint ist, dass Minderheitenmeinungen über mediale Repräsentanz Aufwertung erhalten, die sich nicht aus ihrem wissenschaftlichen Gehalt ableitet. Der Mikrobiologie-Professor im Ruhestand Bhakdi forschte und publizierte allerdings nicht zu Coronaviren. Dennoch stellte er sich in der Pandemie als Experte dar, kritisierte die staatlichen Coronaschutzmaßnahmen, verbreitete Falschinformationen und Verschwörungserzählungen und beteiligte sich an großangelegten Desinformationskampagnen. Dabei bediente er sich pseudowissenschaftlichen Erkenntnissen, die aufgrund ihrer nicht wissenschaftlichen Standards von Expert*innen kritisiert wurden. Diese oftmals nur auf dem ersten Blick wissenschaftlichen Einlassungen führen dazu, dass das Vertrauen bedeutender Teile der Bevölkerung in wissenschaftliche Erkenntnisse nachhaltig zerstört wird.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass Wissenschaftler*innen nicht dafür zuständig sind, politische Entscheidungen zu treffen. Wissenschaft kann und muss hingegen befragt werden. Beispielsweise kann die Frage gestellt werden, ob Maßnahme A oder B zur Eindämmung des Virus effektiver ist. Pandemieforscher*innen aus verschiedenen Disziplinen können dann aus ihrer Perspektive antworten und eine Maßnahme empfehlen, dabei kann es durchaus sein, dass diese auch untereinander nicht einer Meinung sind. Es liegt dann an politischen Machtträger*innen unter Einbezug der wissenschaftlichen Empfehlungen, aber auch mit Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Einflussgrößen wie beispielsweise Kosten oder Akzeptanz in der Bevölkerung eine Entscheidung zu treffen.

Demokratiefeindlichkeit

Eine weitere problematische Einstellung ist die an vielen Stellen beobachtbare Demokratiefeindlichkeit. Diese drückt sich zum einen in einer populistischen Basiserzählung aus, wonach „die da oben mit uns hier unten“ sowieso machten, was sie wollten. Eine solche Deutung ist nicht neu und nicht auf Corona beschränkt. Rechtspopulistische Parteien wie die AfD nutzen solche Einstellungen, um sich selbst als Systemopposition zu positionieren und als Vertreterin des „kleinen Mannes“ zu generieren. Wenn solche Erzählungen Anklang in breiten Teilen der Bevölkerung finden, kann dies dazu führen, dass die Ablehnung beispielsweise bestimmter Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu einer Ablehnung demokratischer Institutionen führt. Dabei werden diese nicht selten mit diktatorischen Regimen verglichen. Aus einer solchen fundamentalen Abwehrposition gegen den Staat heraus liegt die Legitimierung und Anwendung von Gewalt nicht fern. Ein Beispiel für den Versuch, Macht in die eigenen Hände zu nehmen, ereignete sich 2020 in Berlin. Am 29. August 2020 überrannten mehrere hundert Personen am Rande einer Demonstration von Coronaleugner*innen Absperrungen am Reichstagsgebäude, sammelten sich auf den Treppen und konnten sich öffentlichkeitswirksam präsentieren. In der Selbstdarstellung der Störer*innen ein gescheiterter Revolutionsversuch. Aber nicht nur Institutionen, auch gewählte Repräsentant*innen geraten in die Zielauswahl. So geschehen zum Beispiel Anfang Januar 2022, als etwa hundert Coronaleugner*innen vor das Privathaus der Landrätin des Kreises Minden-Lübbecke zogen. Dort wollte man „ein bisschen Krach“ vor dem Haus der als „Gau-Leiterin“ beschimpften Politikerin machen. Erst wenige Meter vor dem Haus konnte die Polizei die emotionalisierte Menge stoppen.

Zu beobachten ist auch, dass eine sachliche Auseinandersetzung mit politischen Entscheidungen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr stattfindet und die Selbstinszenierung als Systemopposition in den Mittelpunkt rückt. In solchen Situationen werden gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen pauschal „denen da oben“ als verantwortlich zugerechnet.

Gewaltbereitschaft

Coronaleugner*innen fallen immer wieder durch politisch motivierte Gewalttaten auf. Die Einordnung einer Gewalttat als politisch kann über die (Selbst-)Verortung der Täter*innen beispielsweise als Mitglied einer extrem rechten Organisation oder Partei, die Auswahl der Angegriffenen als Repräsentant*innen einer herbeifantasierten Corona-Diktatur oder durch Tatumstände stattfinden. Letzteres war beispielsweise der Fall, als im September 2021 ein 20-jähriger Mitarbeiter einer Tankstelle in Idar-Oberstein in Rheinland-Pfalz erschossen wurde. Psychologischen Einschätzungen zufolge schoss der Täter, da er in dem Mitarbeiter – der ihn zuvor zur Einhaltung der Maskenpflicht aufgefordert hatte – einen „Stellvertreter für ein persönliches Feindbild“, nämlich die Corona-Maßnahmen, sah. Expert*innen sehen von dem Täter ein gefestigtes rechtes Weltbild vertreten. Aber auch niedrigschwelligere Gewalttaten werden immer wieder dokumentiert. In Bielefeld etwa wurden im Mai 2022 aus einer Coronaleugner*innen-Demonstration Gegenprotestierende von *Fridays For Future* angegriffen. Gewalt ging aber auch in OWL von Menschen aus, die sich weigerten, der in bestimmten Bereichen vorgeschriebenen Maskenpflicht nachzukommen, und die von Umstehenden oder damit Beauftragten darauf hingewiesen wurden. Studien belegen, dass diejenigen, die an Verschwörungserzählungen glauben, auch eher bereit sind, Gewalt anzuwenden oder diese zu befürworten. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig verwunderlich, dass von Coronaleugner*innen, bei denen der Glaube an Verschwörungserzählungen Kernelement ist, immer wieder Gewalt ausgeht. Auch in der extremen Rechten hat die Anwendung nicht-staatlicher Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener Ziele einen hohen und ideologisch verankerten Stellenwert, hier gibt man sich also die Klinke in die Hand.

Antisolidarischer Freiheitsbegriff

Ein häufig präsentiertes Schlagwort von Coronaleugner*innen ist „Freiheit“. Unter diesem einen sich die unterschiedlichsten und mitunter widersprüchlichsten Szenen, Gruppen und Einzelpersonen. Allerdings funktioniert „Freiheit“ hier als Containerbegriff, dem wegen seiner Größe eine inhaltlich präzise Füllung abhanden geht. Schaut man etwas näher auf die Begriffsgeschichte, so lässt sich feststellen, dass es die eine Freiheit gar nicht gibt. Im Gegenteil: Mitunter gibt es widerstreitende Freiheitsvorstellungen. Eine grundlegende Unterscheidung stellt das Begriffspaar von positiver und negativer Freiheit dar. Positive Freiheit bezeichnet die Freiheit *zu*, also die Freiheit, das zu tun, was man will. Negative Freiheit ist die Freiheit *von*, also die Freiheit von äußeren Einflussnahmen. Wer erstere unbedingt einfordert, also etwa die individuelle Entscheidung, im öffentlichen Nahverkehr keine Maske zu tragen, als freiheitlich vor sich herträgt, ignoriert, dass dadurch die negative Freiheit anderer – etwa von einer Infektion verschont zu bleiben – mit Füßen getreten wird. Julia Becker, Professorin für Sozialpsychologie an der Universität Osnabrück, weist auf den Zusammenhang zwischen „der Bereitschaft, an den Protesten gegen die Restriktionen teilzunehmen“ und der Zustimmung zu Sozialdarwinismus, „also dem Gedanken, dass nur die Stärkeren ein Recht auf das Überleben haben“, hin. Protestierende stimmten „stärker der Einstellung zu, dass etwa ältere Menschen und solche mit Vorerkrankungen durchaus an COVID-19 sterben dürften.“ Sie bezeichnet Coronaleugner*innen als „libertäre Egoisten“ und Narzisst*innen, die „ihre eigene Freiheit über die Bedürfnisse anderer Menschen“ stellten. Diffus Freiheit für alle zu fordern, impliziert also häufig, die Freiheit anderer einzuschränken. Mit Bezug auf die Corona-Pandemie bedeutet dies beispielsweise, Risikopatient*innen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit zu nehmen und damit ihre Freiheit erheblich einzuschränken.

Die Freiheit der*des Einzelnen ist übrigens verfassungsrechtlich geschützt. Im Grundgesetz verankerte Freiheitsrechte haben die Funktion, bestimmte Handlungs- und Entscheidungsfreiheiten zu garantieren und Eingriffe des Staates in diese Freiheiten abzuwehren. Freiheitsrechte sind beispielsweise das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Meinungsfreiheit. Sie gehören zu den Grundrechten, die in den Artikeln 1 bis 19 im Grundgesetz verankert sind. Dies ist auch der Grund, warum Coronaleugner*innen gerne – im wörtlichen Sinne – das Grundgesetz vor sich hertragen. Neben Freiheitsrechten zählen auch Gleichheitsrechte zu den Grundrechten.

Alle Grundrechte sind gleichwertig. Kollidiert aber beispielsweise ein Grundrecht mit einem anderen Grundrecht, ermöglicht das Grundgesetz eine Abwägung zwischen den Grundrechten und eine Einschränkung eines Grundrechtes zugunsten eines anderen Grundrechtes. Im Zweifel entscheiden Gerichte, ob eine Grundrechtseinschränkung verhältnismäßig und damit rechtmäßig ist oder nicht.

Fazit

Festhalten lässt sich: Corona-Demonstrationen sind problematisch, weil die dort vertretenen Inhalte häufig menschenverachtend, demokratie- und wissenschaftsfeindlich sind. Dadurch besteht eine ideologische Anschlussfähigkeit – in Teilen auch Deckungsgleichheit – an die extreme Rechte. Sich von letzterer glaubhaft zu distanzieren, würde auch eine Distanzierung von eigenen Kerninhalten bedeuten, was aus naheliegenden Gründen nicht möglich ist. Dementsprechend finden auf diesen Demonstrationen auch Neonazis immer wieder ihren Raum, mitunter sind sie sogar selbst Teil der Szene und organisatorisch involviert.

Für eine demokratisch orientierte Zivilgesellschaft bedeutet dies, die Coronaleugner*innen-Szene kritisch und mit geschärften Argumenten zu beobachten und sich gegen menschenverachtende Tendenzen zu positionieren. Mit unserer kurzen Einordnung wollen wir dabei unterstützen.

Eine präzise Analyse und Benennung problematischer Einstellungen erlaubt es letzten Endes auch, die eigenen kritischen Positionen zu Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie, aber auch anderen gesellschaftlichen Diskursen und politischen Entscheidungen zu schärfen. Denn selbstverständlich ist Aufgabe einer demokratischen Zivilgesellschaft, politische Entscheidungen zu hinterfragen und nicht als gegeben anzunehmen, sondern diese aufzugreifen, kritisch zu diskutieren und sich dazu zu verhalten. Verschiedene Initiativen versuchten genau diesen Weg zu gehen und eine solidarische Kritik an Maßnahmen und Verhältnissen zu formulieren, ohne dabei menschenverachtende Ideologie zu verbreiten. Beispiele dafür sind „Solidarisch geht anders!“ und die Kampagne „Zero Covid“.





STELLA SHCHERBATOVA
NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln

Die MBR ist eine wichtige Hilfe in meiner Arbeit als psychosoziale Beraterin für Betroffene von Antisemitismus. Die flexiblen und zielgerichteten Interventionen ermöglichen es mir, präventive Maßnahmen gegen extremistische Tendenzen effektiv umzusetzen. Sie vertiefen mein Verständnis für die Dynamiken des Rechtsextremismus und geben mir konkrete Werkzeuge an die Hand, um aktiv in verschiedenen Communities zu arbeiten. Die MBR ist ein wertvoller Partner, um die Zivilgesellschaft zu unterstützen und gemeinsam gegen antisemitische Strömungen vorzugehen.



DANIELA VAHRENHOLT &
SABINE WEISSENBERG
Partnerschaften für Demokratie Herten

Die MBR hat uns seit Beginn der Projektlaufphase, der Partnerschaft für Demokratie Herten, mit ihrem kritischen Blick von außen bei der Weiterentwicklung unserer Arbeit begleitet. Besonders hilfreich für uns war ihre Expertise über Dynamiken rechter Tendenzen in der Region. Der Austausch unterstützte uns dabei politische und gesellschaftliche Entwicklungen einzuordnen und geeignete Maßnahmen zu entwickeln. Die gemeinsame Reflexion aktueller Herausforderungen bot uns neue Perspektiven und bereicherte unsere Arbeit maßgeblich.



Kritik der Extremismustheorie

Mit drei Impulsen bilden wir im Folgenden unterschiedliche kritische Perspektiven auf die sogenannte Extremismustheorie ab. Jannik Kohl ist Mobiler Berater im Regierungsbezirk Detmold. Dario Schach ist Fachreferent der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW.

Zum historischen Kontext des Begriffs „Rechtsextremismus“

Autor: Jannik Kohl

So alt wie der Begriff Rechtsextremismus selbst ist die Frage, was und wer mit dem Begriff eigentlich gemeint ist. Es scheint, als ob jede*r eine eigene Vorstellung davon hat, was Rechtsextremismus eigentlich sei – was nicht verwundert, da keine einheitliche Begriffsdefinition existiert. Feststeht: Der Begriff stellt für uns – trotz seiner Unschärfe – ein wichtiges Werkzeug dar die Welt, in der wir leben, zu sortieren. Seine Ursprünge hat der Rechtsextremismus-Begriff in den 1970er-Jahren, als er als Arbeitsbegriff für die Verwaltungspraxis in den Verfassungsschutzämtern eingeführt wurde.¹ Trotz seiner gut fünfzigjährigen Geschichte in bundesdeutschen Amtsstuben ist der Begriff alles andere als verstaubt: Unser Alltagsverständnis von Rechtsextremismus wird maßgeblich von dieser amtlichen Definition geprägt.

Als Konstrukt der Verfassungsschutzämter stellt Rechtsextremismus einen Aspekt des Extremismus-Konzepts dar, dessen Ausgangspunkt die freiheitlich demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist. Demnach gelten Bestrebungen von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen als extremistisch, – die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben.“² Diesem Verständnis von Extremismus liegt eine Vorstellung von politischen Strömungen und Lagern zugrunde, die von den Vertreter*innen dieses Konzepts als Hufeisen-Modell veranschaulicht wurde: Das Zentrum dieses Hufeisens besteht aus einer politischen Mitte, von der die Vorannahme besteht, sie stünde mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung und könne mit dieser somit gewissermaßen gleichgesetzt werden. Davon abgehend werden die beiden sich einander annähernden Enden des Hufeisens als Bereiche verstanden, die dem Links- und Rechtsextremismus entsprechen und daher der freiheitlich demokratischen Grundordnung feindlich gegenüberstehen.

Sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in brei-

ten Teilen der Zivilgesellschaft ruft diese Darstellung regelmäßig Kritik, mitunter auch entschiedene Ablehnung hervor. Zum einen, da mit dem Extremismus-Konzept die Gleichsetzung von linken und rechten Bewegungen einhergeht – also von zwei politischen Lagern, die sich in ihrer Geschichte, in ihren Weltanschauungen und den damit verbundenen Zielen und Werten diametral entgegenstehen. Während Kernelement von sich als links verstehenden politischen Bewegungen die Überzeugung ist, dass alle Menschen gleich an Rechten geboren sind, steht die Ungleichwertigkeit von Menschen im Zentrum von rechten Ideologien. Zum anderen wird an der Extremismustheorie kritisiert, dass die als nicht-extrem gelabelte politische Mitte aus dem Blick gerät: Die sogenannte Mitte der Gesellschaft wird mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung gleichgesetzt. Sie symbolisiert „das Gute“, das von den „extremistischen Rändern“ bedroht wird und das es vor ebendiesen Rändern zu schützen gilt. In diesem Modell erhält die Kategorie der politischen Mitte in gewisser Weise eine Art Freifahrtsschein: Menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungen, die sich ebenfalls in weiten Teilen der sogenannten Mitte der Gesellschaft wiederfinden, sind so kaum diskutier- und kritisierbar.

In Bezug auf die Proteste der Coronaleugner*innen-Szene wurde diese Perspektive unter anderem im Juni 2021 deutlich, als NRW-Innenminister Herbert Reul den Sonderbericht zu Verschwörungsmethoden und „Corona-Leugnern“ des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes vorstellte und dabei zu folgender Einschätzung kam: „Von rechts, von links, von Islamisten, von Rassisten, von Corona-Leugnern, online im Internet. Die Mitte wird angegriffen. Wir werden bombardiert mit Verschwörungsmethoden, mit falschen Nachrichten, mit Wissenschaftsfeindlichkeit, Homofeindlichkeit, Misstrauen.“³

¹ Einen lesenswerten Überblick über die Geschichte der Extremismus-Doktrin und des Hufeisen-Modells bietet Daniel Keil in seinem Artikel »Politik(wissenschaft) als Mythos – Die Extremismustheorie und das Hufeisen« (2020) an. Der Artikel erschien im Buch »Extrem Unbrauchbar – Über Gleichsetzungen von links und rechts«, herausgegeben von Eva Berendsen, Katharina Rhein und Tom David Uhlig.

² Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein- Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein- Westfalen - VSG NRW -) Vom 20.12.1994 (Fn 1), Artikel I, § 3 Aufgaben (1).¹

³ Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Minister Reul stellt Verfassungsschutzbericht und bundesweit erstes Corona-Lagebild vor <https://www.land.nrw/pressemitteilung/minister-reul-stellt-verfassungsschutzbericht-und-bundesweit-erstes-corona-lagebild>

Zu sozialwissenschaftlichen Perspektiven auf den Begriff „Rechtsextremismus“

Autor: Jannik Kohl

Ein rein innen- und sicherheitspolitisches Verständnis von Extremismus fokussiert weniger auf demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft, sondern nimmt vor allem gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete Handlungen in den Blick. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss bringt diese Schiefelage folgendermaßen auf den Punkt: „Der amtliche Extremismus-Begriff zielt auf Handlungen bzw. Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Er klammert die dem Verhalten zugrunde liegenden politischen Einstellungen aus. Das ist auch unabdingbar, da das Grundgesetz Meinungsfreiheit gewährleistet. Eine staatliche Zensur der Gedanken wäre verfassungswidrig. Sozialwissenschaftliche Analysen über Verbreitung und Ursachen des Rechtsextremismus müssen sich aber auch auf rechtsextremistische Einstellungen beziehen und danach fragen, wie sie entstehen und unter welchen Bedingungen sie in konkrete Praxis münden.“⁴ Demnach liegt der deutliche Fokus des Verfassungsschutzes auf Menschen, die in der Vergangenheit zumeist durch extrem rechte Handlungen – sei es durch die Teilnahme an extrem rechten Demonstrationen, durch rassistische Beleidigungen, Bedrohungen von Andersdenkenden oder die Mitgliedschaft in extrem rechten Organisationen und Parteien – die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden auf sich gezogen haben.

Dem Extremismus-Modell stellt Richard Stöss ein sozialwissenschaftliches Konzept gegenüber, das Rechtsextremismus als einen „Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten“ (Stöss 2010, 19) versteht. Obwohl Rechtsextremismus keiner einheitlichen Ideologie folge, arbeitet Stöss vier wesentliche Kernmerkmale des Rechtsextremismus heraus: einen übersteigerten Nationalismus mit einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten oder Völkern, die Ablehnung der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen, die Feindschaft gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme sowie ein völkisches Leitbild, das auf der Vorstellung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft basiert (siehe Stöss 2010, 19/20). Zentraler Bestandteil in seinem Verständnis von Rechtsextremismus ist demnach die Anerkennung, dass sich Rechtsextremismus sowohl auf einer Handlungsebene als auch

auf einer Einstellungsebene manifestieren kann. In anderen Worten: Menschen können sich rechtsextrem verhalten, indem sie beispielsweise rechtsextreme Parteien wählen, Mitglied einer rechtsextremen Organisation sind oder sich an rechtsextremen Demonstrationen beteiligen. Unabhängig davon können sie rechtsextremen Einstellungen anhängen, indem sie beispielsweise antisemitische, rassistische, sexistische oder andere rechte ideologische Fragmente vertreten. Wichtig dabei ist, dass das Vorhandensein extrem rechter Ideologiefragmente nicht zwingend mit einem rechten Selbstverständnis einhergehen muss. Die Existenz extrem rechter Ideologeme – beispielsweise der Ungleichwertigkeit von Menschen – äußert sich mitunter recht niedrigschwellig, etwa im Vorhandensein von Vorurteilen gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer je (angenommenen) Herkunft, geschlechtlichen oder religiösen Identität. Gerade bei alltäglichen Diskriminierungsformen und Vorurteilen zeigt sich, dass das Vorhandensein einzelner rechter Ideologiefragmente in Individuen nicht zwangsweise Ausdruck einer bestimmten bewussten politischen Überzeugung bedeuten muss, sondern auch unbewusstes Resultat der eigenen Sozialisations- und Erziehungserfahrung sein kann. Die Verbreitung dieser Einstellungen werden seit Jahren sozialwissenschaftlich erhoben und in den sogenannten Mitte-Studien veröffentlicht.

⁴ Richard Stöss (2010): Rechtsextremismus im Wandel, S. 21.

Warum man links und rechts nicht gleichsetzen darf. Zur Nutzlosigkeit der Extremismustheorie im Kontext von Zivilgesellschaft und *Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus*

Autor: Dario Schach

„Wenn ihr gegen Rechtsextremismus arbeitet, warum macht ihr dann nicht auch was gegen Linksextremismus?“ „Findet ihr Linksextremismus genauso schlimm wie Rechtsextremismus?“ Mit solchen und ähnlichen Aussagen werden wir als *Mobile Beratung* gegen Rechtsextremismus immer wieder konfrontiert. Im folgenden Text wollen wir zeigen, warum es für eine demokratiefördernde zivilgesellschaftliche Arbeit und somit auch für unsere Beratungspraxis nicht zielführend ist, mit Vergleichen oder Gleichsetzungen von „links“ und „rechts“ zu hantieren. Darüber hinaus wollen wir darstellen, warum es für ein demokratisches Engagement sogar kontraproduktiv und lähmend sein kann, wenn wir solchen Vergleichen oder Gleichsetzungen folgen. Erste Station der Kritik ist die Darstellung und Einordnung der sogenannten „Extremismustheorie“.

Gesellschaft ist mehr als ein Hufeisen

Die sogenannte „Extremismustheorie“ ist in der Gesellschaft genauso tief verankert, wie wenig reflektiert. Ihren Vertreter*innen nach lässt sich unsere Gesellschaft als eine demokratische Mitte abbilden, an deren Rändern sich links und rechts Extremist*innen befinden. Wahlweise wird hierfür das Bild einer Linie herangezogen, deren Enden links und rechts die demokratische Mitte einschließen. Oder aber die extremistischen Enden neigen sich einander zu, so dass die Form eines Hufeisens entsteht. In diesem Bild befinden sich die Enden näher zueinander als zur demokratischen Mitte. Die normative Kernaussage ist in beiden Bildern dieselbe: Es gibt eine gute, demokratische und deshalb erstrebenswerte Mitte. Diese wird bedroht von Extremist*innen von links und rechts, gegen die es sich zu wehren gilt. Die Mitte wird dabei mit Begriffen wie Demokratie, freiheitliche demokratische Grundordnung und Neutralität bedacht. Mit den beiden Rändern werden antidemokratische, freiheitsfeindliche und ablehnenswerte Attribute assoziiert. Dabei ähneln sie sich in ihrem Streben gegen die gute Mitte mehr, als sie mit ihr Gemeinsamkeiten haben. So weit, so einfach. Die Extremismustheorie erweist sich jedoch auf mehreren Ebenen als unzulänglich. Zum einen erkennt sie durch die Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ auf einer politischen Ebene, dass sich die

Ideologien in ihren Grundsätzen und Überzeugungen diametral entgegenstehen. Zum anderen – und diesem Aspekt möchte sich der Artikel primär zuwenden – stellt das Modell die Komplexität von Gesellschaft zu vereinfacht dar. Es ist zu einfach, als hiermit die Komplexität einer de facto bunten und diversen Gesellschaft in einer Weise erklärt würde, die uns helfen könnte, diese demokratischer, menschenrechtsorientierter und gerechter zu gestalten. Wenn wir diese Werte vertreten und vorantreiben wollen, kommen wir nicht umhin zu fragen, wodurch sie gefährdet werden. Ein wesentlicher Teil der Antwort hierauf lautet: Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, soziale Ungerechtigkeit; Ausdrucksformen von Ungleichheitsstreben, tief verankert in der breiten Gesellschaft und vorangetrieben durch extrem rechte Kräfte. Die Frage, die sich also stellt, ist nicht, wie sich eine vermeintlich gute Mitte gegen Extremist*innen wehren kann, sondern wie wir eine Gesellschaft strukturieren können, in der ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen keinen Platz finden. Beratungsstellen können die Antwort hierauf nicht geben, mehr noch: Vermutlich existiert sie nicht in der Klarheit, wie wir sie gerne hätten:

Die Frage, die sich also stellt, ist nicht, wie sich eine vermeintlich gute Mitte gegen Extremist*innen wehren kann, sondern wie wir eine Gesellschaft strukturieren können, in der ungerechtfertigte Ungleichbehandlungen keinen Platz finden

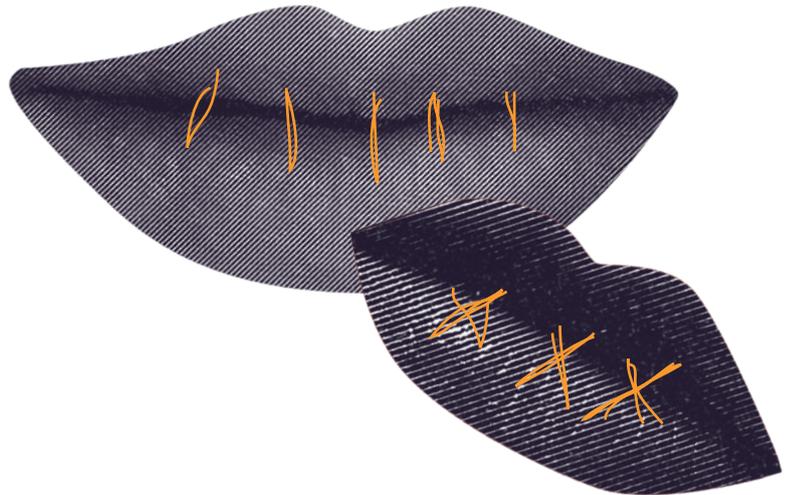
Wer eine gerechte Gesellschaft will, muss x tun. Vielmehr sind die Antworten Ergebnisse stetiger und nicht endender Aushandlungsprozesse, von Konsens, Kompromiss und Streit, bei gleichzeitiger Achtung grundlegender Vereinbarungen wie etwa der Achtung von Menschenrechten. Kurz gesagt: Von Demokratie in ihrem besten Sinn. Diese Prozesse sind allerdings kompliziert, anstrengend und oftmals schwierig nachzuvollziehen – keine einfache Sache also. Die Rolle der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* ist es, diejenigen, die sich gegen menschenverachtende Einstellungen engagieren und an demokratischen Prozessen beteiligen wollen, zu unterstützen.

Wem nützt das Bild der Hufeisentheorie?

Abgesehen davon, dass das Bild von Gesellschaft als Hufeisen Erklärungen vereinfacht, gibt es auch Akteur*innen, denen eine solche Perspektive explizit nutzt. Allen voran: Die extreme Rechte. Was sich zunächst paradox anhört, wird bei näherer Betrachtung plausibel. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet der rechtsextreme, damals noch Vorsitzende der *AfD* in Brandenburg Andreas Kalbitz. In einem 2019 geführten Interview mit dem Journalisten Thilo Jung versucht dieser ihn mehrfach mit seinen rechtsextremen Aktivitäten zu konfrontieren. Kalbitz entgeht dem, indem er darauf hinweist, dass staatliche Behörden die von Jung genannte Gruppierung und auch ihn selbst nicht als rechtsextrem führen und er damit nicht rechtsextrem sei. Somit laufen die Konfrontationsversuche des Journalisten ins Leere. Auch wenn Kalbitz mit seinem Bezug auf behördliche Kategorien damals recht gehabt haben mag, wird das entscheidende Problem außen vor gelassen: Rechtsextremist*innen wie Andreas Kalbitz vertreten ein zutiefst rassistisches und auf Ungleichheit beruhendes Menschenbild, das die Ausgrenzung aller zum Ziel hat, die nicht in eine weiße, heteronormative Mehrheitsgesellschaft passen. Für eine kritische Auseinandersetzung wäre es also hilfreicher, nicht zu versuchen, große Begriffe wie „Extremismus“ zu bemühen, um bestimmte Einstellungen und Verhalten zu problematisieren, sondern inhaltliche Positionen zu diskutieren und beispielsweise zu fragen, ob Andreas Kalbitz universale Menschenrechte ablehnt.

Wem schadet das Bild der Hufeisentheorie?

Neben dem Umstand, dass die Hufeisentheorie den Blick auf problematische Einstellungen verstellt, schadet sie auch aktiv verschiedenen Teilen der Gesellschaft. Häufig wird eine inhaltliche Problematisierung der extremen Rechten umgangen.



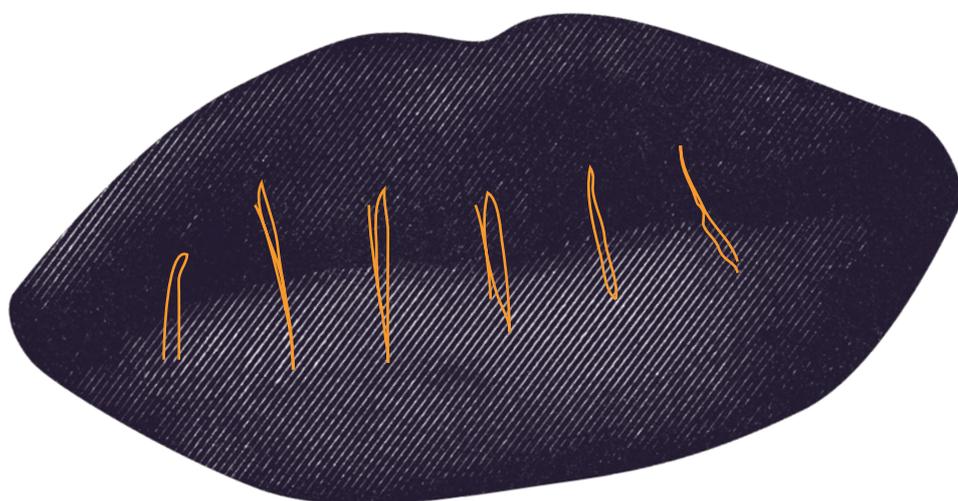
Dabei wird auch der Blick auf rassistische Einstellungen verstellt, die in der breiten Gesellschaft, der sogenannten Mitte, Zustimmung finden und für diese ein wesentliches Strukturprinzip darstellen. Wo rassistische Einstellungen nur den bösen Nazis zugeschrieben werden, wird eine breite gesellschaftliche Debatte über die eigenen Vorurteile verunmöglicht. Folgenreich war das beispielsweise für diejenigen, die Opfer des Terrornetzwerks *NSU* wurden, und deren Angehörige. Das Nicht-reden-Wollen und Nicht-reden-Müssen über Rassismus hat dazu geführt, dass sowohl für die Sicherheitsbehörden, aber auch für Medien und die weiße Öffentlichkeit Rassismus als Tatmotiv undenkbar war. Im Gegenteil wurden die Angehörigen der Opfer ein zweites Mal zu Betroffenen gemacht, indem unter rassistischen Vorannahmen in deren Richtung ermittelt wurde und diese einem erheblichen Ermittlungsdruck ausgesetzt waren. Die Hufeisentheorie, die den kritischen Blick auf Rassismus verstellt, trägt also dazu bei, dass Betroffene von Rassismus weniger gehört und unterstützt werden. Das gilt für die rassistisch motivierten Morde des *NSU* genauso wie für alltagsrassistische Verhaltensweisen. Neben dem Schaden, den Betroffene von Rassismus durch die Extremismustheorie erleiden, sind häufig auch diejenigen Ziele extremismustheoretischer Angriffe, die sich aktiv für eine demokratische, antirassistische und antifaschistische Gesellschaft einsetzen. Aufzeigen lässt sich dies am Beispiel eines *Bündnisses gegen Rechts* in einer Mittelstadt im Norden Nordrhein-Westfalens. Eine Einwohnerin hatte dort Anfang der 2020er ein *Bündnis gegen Rechts* gegründet. Zu der Auftaktveranstaltung – auf der unterschiedliche Facetten und Gefahren rechter Herausforderungen diskutiert wurden – waren neben zivilgesellschaftlichen Ak-

teur*innen auch alle demokratischen Parteien eingeladen. Der Einladung sind auch alle gefolgt – mit Ausnahme einer bürgerlichen Partei. Deren Vorsitzender hatte unter anderem mit Verweis darauf, dass sich das neu gegründete Bündnis nicht explizit gegen Antifaschismus positioniere, die Einladung ausgeschlagen. Antifaschismus sei ihm zufolge eine neue Form bzw. der Deckmantel von Faschismus. An dieser Argumentation zeigt sich, welche absurden Züge die Extremismustheorie entwickeln kann: Die Gründung eines *Bündnisses gegen Rechts*, dessen Gründungsanlass per se ein antifaschistischer ist, wird dafür kritisiert, dass es sich nicht gegen Antifaschismus positioniere. Das Beispiel macht deutlich, dass die Forderung nach einer gleichartigen Distanz zu Faschismus wie von Antifaschismus nicht funktionieren kann. Eine solche ist nur schwer denkbar, schließlich gehören Ausgrenzung und Gewalt zur Kernideologie von Faschismus. Faschistische Teile von Gesellschaft können nicht als Teil von demokratischen Aushandlungsprozessen einbezogen werden, eine antifaschistische Grundhaltung aber sollte Teil der Staatsräson sein. Darüber hinaus wird auch hier eine inhaltliche Auseinandersetzung um demokratische Werte und solche, die nicht mit einer gerechten Gesellschaft für alle vereinbar sind, mit dem Verweis auf die Extremismustheorie vermieden. Im konkreten Beispiel gab es ein gutes Ende: Inzwischen sitzt auch die genannte bürgerliche Partei mit am Tisch, obwohl das Bündnis seine Ausrichtung nicht verändert hat.

Ein weiteres Beispiel für eine Gruppe von Akteur*innen, die Gefahr läuft, durch die Extremismustheorie in ihrem Handeln eingeschränkt zu werden, zeigt sich mit Blick auf Schule. Nicht selten sind es Schüler*innen, die sich an ihren Schulen gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren. Wenn

diesen unter den Vorannahmen einer Extremismustheorie begegnet wird, werden sich zwangsläufig die Fragen stellen: Ist das jetzt noch in Ordnung oder schon linksextremistisch? Können wir das als Schule durchgehen lassen oder sollten wir einschreiten? Wichtig für die Einordnung solcher Fragen ist, dass Jugendkulturen schnell als abweichend von der Mitte wahrgenommen werden. Dadurch kann ein Klima der Unsicherheit und des Misstrauens an der Schule entstehen und dieses dazu führen, dass Handlungssicherheit und Selbstwirksamkeitsempfinden von Schüler*innen herabgesetzt werden. Im schlechtesten Fall stoppt ein solches Umfeld im Grunde begrüßenswerte Aktivitäten. Davon abgesehen zeigt sich in der Praxis auch, dass solche Fragen keinen praktischen Nutzen haben. Ein großer Begriff wie „Linksextremismus“ trägt nichts zu einer Problemanalyse bei. Auch hier gilt: Hilfreich ist es, möglichst konkret problematisches Verhalten zu benennen. Die Erfahrungen der *Mobilen Beratung* sowie die der Kolleg*innen in unserem Beratungsnetzwerk zeigen, dass Probleme an Schulen, die dem vermeintlichen Phänomen „Linksextremismus“ zugeordnet werden könnten, in der alltäglichen Schulpraxis keine nennenswerte Rolle spielen.

Erstveröffentlichung: Broschüre „Perspektiven“, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus OWL / Regierungsbezirk Detmold, 2020





Bedingt kooperationsfähig. Zum Verhältnis von Mobiler Beratung und Polizei

Autor: Leroy Böthel

Leroy Böthel ist Mobiler Berater im Regierungsbezirk Arnsberg.

Ein „unpolitischer Mittelalter-Fan“ im Polizeidienst

Seit April 2021 muss sich der Polizeibeamte Thorsten W. aus dem westfälischen Hamm vor dem Oberlandesgericht Stuttgart aufgrund einer mutmaßlichen Unterstützung der rechtsterroristischen *Gruppe S.* verantworten. Knapp zwei Monate vorher, am 14. Februar, wurde W. an seinem Wohnort festgenommen. Am selben Tag folgte eine Vernehmung in den Räumen des Dortmunder Staatsschutzes und eine Durchsuchung seiner Wohnung, bevor er nach Stuttgart-Stammheim in die Untersuchungshaft verbracht wurde. Im Prozess gegen die *Gruppe S.* waren ursprünglich zwölf Männer angeklagt, die unter anderem Anschläge auf Muslim*innen und politische Gegner*innen geplant haben sollen und damit – so die Anklageschrift – „bürgerkriegsähnliche Zustände“ hervorrufen wollten.¹ W. inszenierte sich schon zu Beginn des Prozesses als „unpolitischer Mittelalter-Fan“, der eher zufällig und über den persönlichen Kontakt zum ebenfalls angeklagten Thomas N. auf einem Treffen der *Gruppe S.* gelandet sei. Dass es nicht um Mittelalter-Reenactment, sondern um potenzielle Anschlagziele ging („Jetzt die Moscheen angehen“), wurde ihm angeblich erst im Laufe des Treffens gewahr. Verlassen konnte er dieses dann allerdings nicht direkt – sein Auto sei zugeparkt gewesen.

Inwiefern von einer konkreten Unterstützung der *Gruppe S.* durch W. gesprochen werden kann, ist noch Gegenstand des Gerichtsverfahrens.² Unabhängig davon besteht über W.s politische Gesinnung nach allem, was im Zuge des Prozesses ans Licht gekommen ist, kein Zweifel: Bei der Hausdurchsuchung wurden Propagandamaterial der *Identitären Bewegung*, große Mengen an NS-Devotionalien und ein Hakenkreuz aus Bügelperlen gefunden. An seinem Balkon hingen, von außen gut sichtbar, die Reichsflagge und die Wirmerflagge. Auf der Mittelkonsole seines Autos klebte ein Reichsadler, das EU-Symbol auf seinem Kennzeichen überklebte er in Reichsbürger-Manier mit einer schwarz-weiß-roten Flagge. Die *Antifaschistische Aktion Hamm* berichtete überdies von Kontakten W.s zur Neona-

zi-Kaderpartei *Nationalistische Front* bereits Anfang der 1990er-Jahre.³ Auch auf der Dienststelle trug er mitunter einen Thor Steinar-Pullover und las dort die *Junge Freiheit*.⁴

W. hatte seit 1994 im mittleren verwaltungstechnischen Dienst der Polizei Hamm gearbeitet. Seit dem Jahr 2003 verfügte er über einen kleinen Waffenschein und war in Besitz von entsprechend deklarierten Waffen, zudem auch mehrerer Schwerter und Äxte. Eine vorgeschriebene Zuverlässigkeitsprüfung erfolgte bei W. allerdings nie, sodass der Waffenschein eigentlich hätte entzogen werden müssen. Dass dies nie geschah und auch darüber hinaus W. keine dienstlichen Konsequenzen für seine politische Haltung erfuhr, bedauerte der damalige Hammer Polizeipräsident Erich Sievert kurz nach W.s Verhaftung: „Mit dem Wissen von heute hätten wir früher Konsequenzen ziehen müssen.“⁵

Forderungen nach Aufklärung und Kritik an rassistischen Polizeipraktiken

Es war auch die Verstrickung W.s, die – neben weiteren Verbindungen des Komplexes nach NRW – dazu führte, dass sich die *Mobile Beratung NRW* im Frühjahr 2021 zusammen mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf, der Fachstelle *mobirex* aus Baden-Württemberg, dem *Antirassistischen Bildungsforum Rheinland* und *NSU Watch* an der Prozessbeobachtung zum *Gruppe S.*-Prozess beteiligte. Der Fall W. fügt sich in eine Reihe von Verbindungen von Polizist*innen zu extrem rechten und rechtsterroristischen Gruppierungen: *Nordkreuz*, *NSU 2.0*, *Ku-Klux-Klan*. Schlagwörter reichen, denn allzu vertraut sind die Vorfälle der letzten Jahre. Ebenso wurden auch bei der Polizei in NRW mehrere Chatgruppen mit rechten, rassistischen und antisemitischen Inhalten aufgedeckt. Von diesen Manifestationen nicht gänzlich zu trennen, aber doch mit einer eigenen Dynamik versehen sind die alltäglichen rassistischen Polizeipraktiken, die sich beispielsweise im Racial Profiling niederschlagen.⁶ Beide Ebenen, extreme Rechte in der Polizei und

¹ <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/Pressemitteilung-vom-13-11-2020.html>.

² Die Bundesanwaltschaft sieht dies als erwiesen an und forderte in ihrem Plädoyer vom 5. Oktober 2023 drei Jahre und drei Monate Haft sowie eine Entfernung W.s aus dem Polizeidienst.

³ <https://aah.noblogs.org/?p=2091>

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/politik/nrw-polizei-terrorismus-rechtsextremismus-gruppe-s-1.4809938>.

⁵ https://www.mobile-beratung-nrw.de/projekte/prozessbeobachtung-gruppe-s?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=147&cHash=71c7aafc71cf547af3c730dfc1c0435e.

⁶ Vgl. die Studie „Racial Profiling“ – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz“ (2013) des Deutschen Instituts für Menschenrechte: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/_migrated/tx_commerce/Studie_Racial_Profiling_Menschenrechtswidrige_Personenkontrollen_nach_Bundespolizeigesetz.pdf.



Am 10. Jahrestag des Mordes an Mehmet Kubaşık durch den NSU gedenken Angehörige am Tatort dem Opfer. Mit über 400 Menschen ziehen sie schweigend durch die Stadt. Die Familie wurde von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und über Jahre stigmatisiert.

die Auswirkungen rassistischen Polizeihandelns, prägen auch das Verhältnis *Mobiler Beratung* zur Polizei.

Das Selbst- und Beratungsverständnis der *Mobilen Beratung NRW* ist durch eine parteinehmende Haltung für jene geprägt, die von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und anderen Macht- und Diskriminierungsverhältnissen im Alltag, aber auch auf struktureller und institutioneller Ebene betroffen sind. Dies bedeutet für uns auch, grundsätzlich die Perspektiven, Wahrnehmungen und Forderungen jener ernst zu nehmen, die von diskriminierenden, mithin gewaltvollen Erfahrungen mit der Polizei, aber auch mit anderen Einrichtungen und Behörden berichten. Die *Mobile Beratung NRW* teilt deshalb die Kritik an rassistischen Ausprägungen der Polizeiarbeit und fordert Aufklärung über extrem rechte Netzwerke und Akteur*innen innerhalb der sogenannten Sicherheitsbehörden. Artikuliert wurde dies auch in einem 2021 veröffentlichten Positionspapier,⁷ in dem auch Forderungen nach unabhängigen wissenschaftlichen Studien und unabhängigen Beschwerdestellen festgehalten sind. Zusammen mit der Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit

ARIC NRW e. V., der westfälischen Betroffenenberatungsstelle *BackUp* und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatungsstelle *NinA NRW* folgte im August 2022 eine gemeinsam organisierte Tagung zum Thema „#Polizeiproblem? Die Polizei in NRW zwischen Rassismus und Reformen“.⁸ Formuliert wurde dort von den Veranstaltenden auch eine Kritik am Bericht der im Oktober 2020 beim Innenministerium eingerichteten *Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW*: Der verwendete Rechtsextremismus-Begriff sei viel zu stark auf organisierte Formen gemünzt, gerade rassistische oder antisemitische Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze lassen sich hiermit nur unzureichend beschreiben. Ebenso fehle eine umfassende Einbindung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Betroffenen im Rahmen der durchgeführten Expert*inneninterviews. Die besagte Tagung in der Duisburger *Kulturkirche Liebfrauen* stand allerdings vor allem unter dem Eindruck der Tötung von Mouhamed Lamine Dramé, der wenige Tage zuvor in der Dortmunder Nordstadt von Polizeibeamt*innen erschossen wurde. Auf der Podiumsdiskussion am Ende der Veranstaltung machten so unter anderem

Gamze Kubaşık, Tochter des vom *NSU* ermordeten Mehmet Kubaşık, sowie Dr. Mehmet Daimağüler, Antiziganismusbeauftragter der Bundesregierung, ihre Wut über die Zustände in der Polizei deutlich.

Formen der Zusammenarbeit

So elementar diese Positionierungen im Positionspapier und auf öffentlichen Veranstaltungen für die *Mobile Beratung* auch sind, so ist sie in NRW auch seit 15 Jahren Teil einer staatlich geförderten Beratungslandschaft und sieht sich in diesem Zusammenhang natürlich auch Erwartungen seitens staatlicher Akteur*innen gegenüber. So ist in den vergangenen Jahren unter dem Eindruck der zahlreichen Vorfälle auf bundes- und landespolitischer Ebene der Wunsch größer geworden, die „Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden“⁹ auszubauen. Schon im 2016 verabschiedeten „Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ des Landes NRW wird so im „Handlungsfeld Polizei“ die „Weiterführung der Kooperation der Polizei NRW mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus sowie den Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt“ als Maßnahme formuliert.¹⁰ Und auch im bereits erwähnten Bericht der *Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW* finden sich vergleichbare Forderungen nach einer stärkeren Zusammenarbeit. Im Begriff der „Kooperation“ wird allerdings auch schon deutlich, wo die Grenzen der Zusammenarbeit liegen: Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wie es der Begriff impliziert, ist mit einer derart machtvollen staatlichen Organisation für zivilgesellschaftliche Beratungsstellen nicht möglich. Vielmehr muss es darum gehen, Partner*innen in dem Monolith zu finden, die aus einem eigenen Interesse heraus die Zusammenarbeit suchen. Die *Mobile Beratung* war in den vergangenen Jahren deshalb mit ganz unterschiedlichen Ebenen und Einrichtungen der Polizei in Kontakt, schwerpunktmäßig allerdings mit der *Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV)* und in jüngerer Vergangenheit auch mit den neugeschaffenen „Extremismusbeauftragten“ der Polizeipräsidien. Hieraus entstanden Fortbildungs- und Workshopangebote, sowohl an der

HSPV als auch an einzelnen Polizeidienststellen. Für die *Mobile Beratung* ergeben sich durch die Beteiligung an derartigen Formaten auch Einblicke in eine von außen kaum zu durchschauende Institution und somit Erkenntnisse, die auch in der Beratung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen von Nutzen sein können.

„Professionalisierung“ der Polizei durch Fortbildungen mit der *Mobilien Beratung*?

In welcher Form solche Formate seitens der Polizei für die Außendarstellung genutzt werden, lässt sich allerdings nur bedingt kontrollieren. Deutlich wurde das auch in Hamm, wo rund elf Monate nach der Verhaftung Thorsten W.s das Regionalteam der *MBR* eine Fortbildung mit Tutor*innen der Polizei durchführte. Deren Aufgabe besteht unter anderem in der Begleitung von Berufsanfänger*innen auf der Wache oder im Streifendienst – also in einem Bereich, in dem sehr prägend erste Eindrücke des Arbeitsalltags verarbeitet und interpretiert werden. Thema der Fortbildung, die zusammen mit einer freiberuflichen politischen Bildnerin durchgeführt wurde, war dementsprechend auch die Entstehung von stereotypen und diskriminierenden Vorurteilen sowie deren Relevanz für die polizeiliche Arbeit. Klares Ziel der Referent*innen war es dabei, einen Rahmen zum kollegialen Austausch herzustellen. Eine spezifisch polizeiliche Form von Kollegialität, der Korpsgeist, ist für politische Bildungsformate sicherlich eine Herausforderung. Zugleich liegt darin aber auch eine Ressource, die es ermöglicht, innerhalb der Gruppe einen offenen Austausch zu den genannten Themen zu initiieren. Die Anfrage ging vom Extremismusbeauftragten der Polizei Hamm aus, der Polizeipräsident hielt am Tag der Fortbildung eine kurze Begrüßungsrede. Um Thorsten W. ging es in der Fortbildung allerhöchstens am Rande mal, auch wenn allen Beteiligten klar war, dass seine mutmaßliche Unterstützung der *Gruppe S.* auch ursächlich für dieses Format war. In der Pressemitteilung, die zwei Tage nach der Fortbildung veröffentlicht wurde, findet sich ebenfalls kein Wort über W. Stattdessen wird betont, dass es das Ziel solcher Formate sei, „die Selbstreflexion des Umgangs mit eigenen Stereotypen und Vorurteilen

⁷ https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/medien/Pressemitteilungen/2021_Stellungnahme_der_Mobilien_Beratung_NRW_Sicherheitsbeh%C3%B6rden.pdf

⁸ https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/dokumente/Veranstaltung_Polizeiproblem_Die_Polizei_in_Nordrhein_Westfalen_zwischen_Rassismus_und_Reformen.pdf

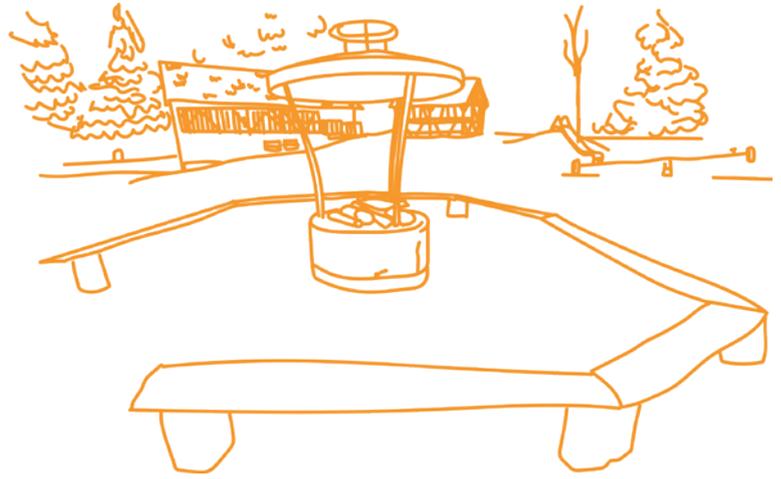
⁹ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/04/studie-zusammenarbeit-sicherheitsbehoerden.html#:~:text=Wichtigste%20Botschaft%20der%20Studie%3A%20Bestehende,dabei%2C%20vorurteilsgeleitete%20Straftaten%20zu%20verhindern.>

¹⁰ <https://www.lks.nrw.de/sites/default/files/2021-07/Handlungskonzept-03-web-1.pdf>.

gerade im Umgang mit Minderheiten und Randgruppen in der Gesellschaft zu fördern, um das Vorgehen im Einsatz weiter zu professionalisieren“. Klar muss sein, dass weder die *Mobile Beratung* noch andere zivilgesellschaftliche Beratungsstellen und politische Bildner*innen die Arbeit der Polizei „verbessern“ können. Ein Erfolg wäre es schon, zivilgesellschaftliche Perspektiven auf polizeiliches Handeln und Betroffenenperspektiven in einzelne Ebenen des Systems zu transportieren. *Mobile Beratung* versteht sich hier trotz des beschriebenen Machtgefälles nicht als Dienstleisterin, sondern setzt in Fortbildungsformaten selbstbewusst eigene Themen und Rahmenbedingungen.

Grenzen der Kritikfähigkeit

Wie fragil diese Öffnungsversuche der Polizei im Allgemeinen sind und was im Besonderen Betroffene von Rassismus für Widerstände erfahren, wenn sie ihre Perspektiven und ihr Wissen in den Komplex einbringen wollen, zeigte im Mai 2023 die Entwicklung rund um die Dozentin Bahar Aslan. Sie hatte in einem Twitter-Beitrag rassistische Polizeikontrollen kritisiert und verlor kurz darauf ihren Lehrauftrag an der *Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV)*. Vorweg gegangen war ein Shitstorm, in dem Aslans Aussagen bewusst fehlinterpretiert wurden und die Dozentin mit rassistischen und sexistischen Aussagen überzogen wurde. Auch der NRW-Landesverband der *Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)* positionierte sich schnell und öffentlichkeitswirksam gegen eine weitere Beschäftigung Aslans. Exemplarisch wird so deutlich, was die Polizeiforscher Benjamin Derin und Tobias Singelstein meinen, wenn sie die Polizei als „empfindliche Organisation“ beschreiben: „Die Polizei sieht sich zunehmend als Prügelknabe oder zu Unrecht misstrauisch beäugt und tritt mit dieser Haltung in die gesellschaftliche Debatte – diese Selbstwahrnehmung entspricht aber in keiner Weise den realen Zuständen. Die Polizei ist in vielerlei Hinsicht machtvoll und privilegiert wie selten zuvor und bleibt es auch dann, wenn sie kritisiert wird oder Fehlverhalten ihrer Angehörigen zur Diskussion stehen.“¹¹ In einer öffentlichen Solidaritätsbekundung für Aslan, die auch von der *Mobilien Beratung NRW* unterzeichnet wurde, wird zudem auf die verrutschten Maßstäbe in dieser Frage verwiesen: „Während nicht wenige Polizeibeamte, die in rechten Chatgruppen den Holocaust geleugnet, Hakenkreuze versendet und den Tod von Flüchtlingskindern bejubelt haben, ihren



**Treffpunkt der rechtsextremen Gruppe S.:
Gerichtszeichnung des Grillplatzes an der
Sägemühle Hummelgautsche in Alldorf.**

Dienst weiter fortführen, wird eine kritische Lehrerin 48 Stunden nach einem unglücklichen Tweet ohne Anhörung von ihrem Lehrauftrag entbunden“.¹² Erst auf gerichtlichem Wege bekam Aslan ihren Lehrauftrag zurück. Die Kündigung sei nicht ausreichend begründet gewesen urteilte im September 2023 das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen und gab Aslan damit vorläufig Recht.

Die *Mobile Beratung NRW* ist Bahar Aslan in solidarischer Weise verbunden. Die Wucht der Debatte rund um ihre kritischen Äußerungen und auch der Umstand, dass sie als migrantisierte Frau in besonderer Weise mit Hass und Hetze überzogen wurde, zeigen die engen Grenzen auf, in denen die Auseinandersetzung der Polizei mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Diskriminierungsformen verläuft. Auch wenn wir nicht in gleicher Weise und aus derselben Position heraus mit der Polizei zusammenarbeiten wie Bahar Aslan, ergeben sich dadurch doch auch Fragezeichen für das zukünftige Verhältnis von Polizei und *Mobilien Beratung*. Und diese Fragezeichen mehren sich mit jeder neu enttarnten Chat-Gruppe. Klar ist: Der Widerspruch, der sich an vielen Stellen aufgrund der staatlichen Finanzierung und der zivilgesellschaftlichen Verortung der *Mobilien Beratung* ergibt, wird nicht aufzulösen sein. Für uns steht aber genauso fest, dass obwohl *Mobile Beratung* aufgrund dieser Verknüpfungen in der Rolle des Dritten in diesem Thema aktiv ist, sie sich nicht auf „Neutralität“ oder „Unparteilichkeit“ kaprizieren darf. Sondern sie muss auch weiterhin in der Zusammenarbeit mit polizeilichen Akteur*innen selbstbewusst Kritik an deren Handeln artikulieren – sei es, wie in den vergangenen Jahren häufiger, durch öffentliche Positionierungen oder in der direkten Auseinandersetzung mit polizeilichen Akteur*innen, vis-a-vis in Fortbildungs- und Dialogformaten.

¹¹ Derin, Benjamin / Singelstein, Tobias (2022): Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation. Berlin: Econ, S. 290.

¹² <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-05/bahar-aslan-polizei-entlassung-offener-brief>.



RUPRECHT POLENZ
 CDU (MdB von 1994 bis 2013)

Die Mobile Beratung leistet in NRW seit 15 Jahren (leider) unverzichtbare Arbeit gegen Rechtsextremismus. Leider ist diese Arbeit bitter nötig. Rechtsextremismus wird in seinen Gefahren für unsere Demokratie krass unterschätzt. Die MBR NRW verdient alle Unterstützung, damit möglichst viele zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus Rückhalt bekommen.



MICHAEL MOSER
 Ev. Kirche von Westfalen

Bei den vielfältigen und immer häufigeren Anfragen über und zum Umgang mit rechter Agitation oder demokratiefeindlichen Haltungen im kirchlichen Raum bin ich in meiner Arbeit immer wieder auf die Expertise der Mobilen Beratung angewiesen. In den Teams gibt es zum Glück immer eine Person, die über das mir fehlende Detailwissen verfügt, aktuelle Entwicklungen verfolgt oder konkrete Empfehlungen im Umgang mit akuten Herausforderungen hat. Vielen Dank für eure Unterstützung und die gute Zusammenarbeit!



So dynamisch wie Gesellschaft selbst. Leerstellen in der Beratungslandschaft als konstante Herausforderungen.

Autoren: Marat Trusov und Dario Schach

Marat Trusov und Dario Schach sind Fachreferenten der
Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Die Beratung im Themenfeld extreme Rechte spielt seit mehreren Jahren eine zunehmend große Rolle in NRW. Wenn zu Beginn der 2010er-Jahre nur wenige Angebote in diesem Feld zu verorten waren, so findet man im Jahr 2023 eine breite, zunehmend differenzierte Landschaft an Beratungsangeboten und Fachstellen vor.



Zu dieser Ausdifferenzierung hat beigetragen, dass Zielgruppen die vorhandenen Angebote wahr- und angenommen haben und Bedarfe klar artikuliert wurden. Letztere versuchen wiederum Beratungsstellen zu übersetzen und als fachliche Entwicklungen in den Diskurs einzubringen. Eine breite Vernetzung der Akteur*innen sorgt dabei für eine effektivere und damit ressourcenschonende Aufteilung von Arbeitsschwerpunkten und Zuständigkeiten. Trotz solcher im Grunde positiven Entwicklungen machen Beratungsnehmende und Berater*innen auch die Erfahrung, dass nicht alle Unterstützungsbedarfe passgenau bearbeitet werden können. Die Beratungslandschaft in ihrer heutigen Form weist Leerstellen auf.

Im folgenden Text werden wir aus der Perspektive der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* einen Blick auf die Frage werfen, wo diese Leerstellen zu verorten sind und wie sie gefüllt werden könnten. Grundlagen bilden die Erfahrungen der Berater*innen in den Regionen, aber auch die landesweite Beratungs- und Netzwerkarbeit.

Sichtbarkeit von Leerstellen durch Beratungsbedarfe

Die Auseinandersetzung mit den Leerstellen in der Beratungs- und Unterstützungslandschaft ist

in erster Linie eine Auseinandersetzung mit den Bedarfen der Beratungsnehmenden. Diese sind nicht konstant und unterliegen gesellschaftlichen Dynamiken, wie auch den Entwicklungen der extremen Rechten vor Ort. Diesen Bedarfen gerecht zu werden, erfordert von der *MBR* eine hohe Flexibilität und fachliche Mobilität, da die Herausforderungen in den meisten Fällen komplex sind und sich nur schwer verallgemeinern lassen. In der Praxis des Beratungsnetzwerks der *MBR* kommt es häufig zu Anfragen, für die gänzlich oder hauptsächlich eine andere Beratungsinstitution zuständig ist. [Die Übersicht zu den Beratungsnetzwerken findest du auf Seite 16](#)

Wenn sich bei einem Regionalteam der *Mobilen Beratung* beispielsweise eine Person meldet, die Betroffene rechter Gewalt geworden ist und zu Fragen zum Umgang mit staatlichen Stellen wie Polizei und Staatsanwaltschaft beraten werden möchte, verweisen die Teams der *MBR* auf die zuständige Opferberatungsstelle. Nicht selten haben Personen, die sich bei uns melden, bereits einen weiten Weg von Kontaktaufnahmen zu unterschiedlichen Institutionen, Behörden und Beratungsstellen hinter sich, der den Leidensdruck erhöht. In solchen Situationen versuchen wir den Anfragenden eine „warme Übergabe“ zu ermöglichen. Bei dieser werden die Anfragenden nicht einfach weitergeschickt, da damit ein erhöhter Koordinationsaufwand verbunden ist, was zu einem

Gefühl von Mut- und Machtlosigkeit führen kann. Um eine niedrighschwellige Übergabe gewährleisten zu können, klären wir mit Kolleg*innen anderer Beratungsstellen deswegen auf kurzem Weg Zuständigkeiten, können konkrete Ansprechpersonen und Kontaktdaten und manchmal auch schon Termine vermitteln. Dadurch wird die Gefahr für zusätzliche Frustrationserfahrungen minimiert. Um ein solches Verfahren zu ermöglichen, ist ein regelmäßiger und enger Austausch zwischen den Beratungsstellen notwendig. Bei solchen Treffen werden gesellschaftliche Entwicklungen und damit einhergehende Zuständigkeitsprofile besprochen, ein gemeinsames Verständnis hinsichtlich der Ausrichtung auf die Bedarfe der Beratungsnehmenden ist die Grundlage. Ein Vorteil dieser Art der Verweisberatung ist, dass Leerstellen in der Beratungslandschaft sichtbar werden. Wenn keine der Beratungsstellen „richtig“ ist oder auf Grund fehlender Ressourcen Fälle nicht übernommen werden können, wird dies im Austausch schnell deutlich. Einige dieser Leerstellen führen wir im Folgenden näher aus.

Psychosoziale Beratung mit Schwerpunkt auf extreme Rechte, Rassismus- und Antisemitismuskritik

Extrem rechte und menschenfeindliche Einstellungen entwickeln ihre Wirkungsmacht jenseits ideologischer Programmatik und betreffen nicht nur die politischen Gegner*innen und rassistisch markierte Feindbilder. In vielen Fällen sind diese Einstellungen auch eine gravierende Belastung für die Angehörigen und Bezugspersonen im sozialen Umfeld. Für diese Zielgruppe ist es notwendig, eine qualifizierte Beratung anbieten zu können. Die bei *NinA NRW* verankerte Angehörigenberatung sowie das Elternberatungsnetzwerk von *IDA-NRW* sind in dem Kontext als wichtige Anlaufstellen zu nennen, die Angehörigen rechter Personen eine Unterstützung anbieten können. Gleichwohl die fachliche Beratung und Unterstützung eine Entlastung bietet und die Handlungsfähigkeit der Beratungsnehmenden erhöht wird, können sich im Rahmen von Beratungsprozessen weitergehende Bedarfe an psychosozialer Beratung entwickeln, die im familientherapeutischen Bereich liegen. Diese Art der beraterischen Leistung ist mit den momentan vorhandenen Ressourcen kaum zu bewerkstelligen.

Communitybasierte Angebote für von Rassismus Betroffene

Für einige Beratungsnehmende von Opferberatungsstellen und *Mobiler Beratung* ergeben sich nach oder parallel zu laufenden Beratungen Pro-

zesse, bei denen sie weitergehende Unterstützung benötigen, damit Handlungssicherheit aufgebaut oder aufrechterhalten werden kann. Vor allem in Kontexten, in denen individuelle Betroffenheit eine große Rolle spielt, sind der Beratung nachgelagerte Prozesse wichtig. Die durch den fachlichen Rahmen der Beratungsinstitutionen begrenzten Arbeitsfelder decken diese Bedarfe mitunter nicht ab. Dieser Rahmen führt auch dazu, dass einige Beratungsanfragen kategorisch nicht im Verantwortungsbereich von Opfer- oder *Mobiler Beratung* liegen. Etwa wenn es zu nicht-gewalttätigen rassistischen Vorfällen kam und die betroffenen Personen einen individuellen Umgang mit Situationen finden wollen. Eine Möglichkeit, den hier zu Tage tretenden Bedarfen zu begegnen, stellen die Schaffung und der Ausbau communitybasierter Beratungsangebote gegen Rassismus dar. Einige Migrant*innen- und andere Selbstorganisationen stellen seit Jahren Unterstützungsangebote bereit, im Rahmen eines Modellvorhabens unterstützt die Bundesregierung seit Kurzem einige dieser Stellen. Vorteile sind dabei ein empowernder Ansatz und eine besondere Sensibilität für die Bedarfe der Betroffenen. Hier wie auch an anderen Stellen gilt, dass eine enge Vernetzung mit bestehenden Beratungsstrukturen der Gefahr vorbeugt, dass Doppelstrukturen entstehen und zugleich Verweisberatungen effektiv und im oben genannten Sinn als „warme Übergaben“ gestaltet werden können.

Pädagogische Angebote und modulare Bildungsformate im schulischen Kontext

Die Arbeit der *MBR* findet oft im schulischen Kontext statt. Schulen bieten als Sozialisations- und Bildungsstätten viele Möglichkeiten zur Entwicklung und persönlichen Entfaltung, sind aber auch von struktureller und individueller Diskriminierung geprägt. Bei Beratungen in diesem Kontext ist die Frage nach modularen Bildungsformaten für Schüler*innen ein ständiger Begleiter. Sehr häufig werden dabei kurzzeitpädagogische Bildungsangebote angefragt, meist entlang klassischer Themenbereiche, beispielsweise Codes und Symbole der extremen Rechten oder zum Umgang mit rechten Argumentationsstrategien. Wenn kurzzeitpädagogische Maßnahmen in nachhaltig verankerte Prozesse, die beispielsweise mit der *MBR* erarbeitet werden können, eingebettet sind, können diese eine maximale Wirkung entfalten. Es gibt bereits unterschiedliche etablierte und hochwertige Angebote in diesem Arbeitsfeld, etwa die Projektstage des *Netzwerks für Demokratie und Courage (NDC)*, welches in NRW beim *Landesjugendring* angesiedelt ist, oder die Workshops von *SCHLAU NRW* zu sexu-

eller, geschlechtlicher und romantischer Vielfalt. Die von uns wahrgenommenen Bedarfe übersteigen die Ressourcen hier jedoch erheblich, zudem ist der ländliche Raum nicht immer abgedeckt. Daneben existieren unterschiedliche regionale Angebote. Um die hier vorhandenen Expertisen besser adressieren können, fehlt es jedoch häufig an einer Übersicht und einer überregionalen Bündelung der Angebotsstruktur.

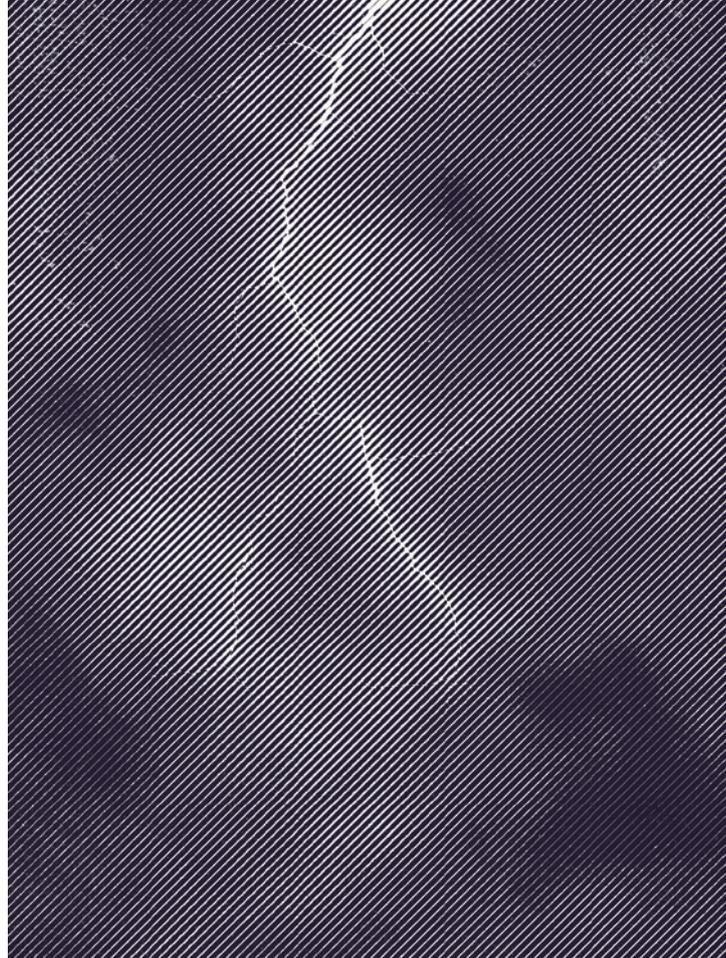
Beratung zum Thema Hatespeech

Hatespeech als Zeichen für eine sinkende Hemmschwelle in Bezug auf die Anwendung einer diskriminierenden Sprache gehört seit längerer Zeit zu den Themen, die von den bestehenden Beratungsstrukturen aufgrund der begrenzten Ressourcen nur unzureichend bearbeitet werden können. Die Anwendung von sprachlicher und bildlicher Gewalt hat eine konkrete und weitreichende Auswirkung für Betroffene – diese können von einem verringerten Selbstbewusstsein bis hin zu suizidalen Gedanken führen. Projekte wie *HateAid*, die Unterstützung für Betroffene von Hatespeech bieten, dokumentieren seit Jahren eine konstante Zunahme von Beratungsanfragen. Dass im Jahr 2023 Kürzungen der Projektgelder angekündigt wurden, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar und trägt zur Verunsicherung der Landschaft bei. Unterstützung im digitalen Raum ersetzt in vielen Fällen jedoch keine Unterstützung vor Ort, auch hier sind intensive Netzwerk- und Kooperationsprozesse unabdingbar, die ein für Betroffene kohärentes Gesamtangebot abbilden.

Vernetzung

Interne Vernetzung

Seit der Aufnahme ihrer Arbeit im Jahr 2008 stehen die Teams der *Mobilen Beratung* in NRW trotz ihrer heterogenen Trägerschaften in enger Vernetzung zueinander. Diese spiegelt sich wesentlich in gemeinsamen fachlichen Standards und der engen Kooperation der fünf Teams wider. Über die Grenzen der formal voneinander unabhängigen Teams hinweg wird dabei Fachexpertise und Knowhow ausgetauscht. Kritische Diskussionen dienen dabei der Reflexion und Optimierung. Beratungsnehmenden zugutekommt eine durch diese Prozesse optimierte Beratung. Getragen werden diese unter anderem durch ein koordiniertes Wissensmanagement und ein gemeinsames Kommunikationssystem. Der enge Austausch in (Fach-)Arbeitsgruppen und vertrauensbasierte Kommunikationswege ermöglichen eine breite und effektive Rezeption des vorhandenen Wissens. Die damit verbundene Koordinations-



arbeit bedarf nicht zu unterschätzender Ressourcen und wird auch in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen.

Vernetzung in der Beratungs- und Unterstützungslandschaft

Neben der nach innen gerichteten Vernetzungsarbeit stellt die nach außen gerichtete Vernetzung einen wichtigen Baustein der Arbeit der *MBR* in NRW dar. Beratungsnehmende profitieren von einem gut funktionierendem Beratungsnetzwerk, in dem die fünf Teams der *MBR* mit den beiden Opferberatungsstellen und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung *NinA NRW* im Sinne von Kooperationsberatungen und der oben genannten warmen Übergaben eng zusammenarbeiten. Auch darüber hinaus bestehen Kooperationen mit den *Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit* und spezifizierten Fachstellen in den Bereichen Sport, Antifeminismus sowie mit wissenschaftlichen Einrichtungen. Die durch die *Landeskoordinierungsstelle (LKS)* abgestimmten Aktivitäten nehmen dabei einen direkten und positiven Einfluss auf die Arbeit des Beratungsnetzwerks. Mit dem von der *LKS* initiierten und getragenen *Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus* trägt die Landesregierung dazu bei, unterschiedliche Akteur*innen im Themenfeld zusammenzubringen und ermöglicht eine breitere Vernetzung auf Landesebene. Durch eine derart umfassende Vernetzung entstehen aber auch Herausforderungen: Neue Perspektiven und

eine qualifiziertere Verweisstruktur führen häufig zu einer Generierung neuer Beratungsfälle. Bei der gegenwärtigen Ressourcenlage in den Teams der *Mobilen Beratung* und im Beratungsnetzwerk einer dadurch erhöhten Nachfrage gerecht zu werden, ist nur schwer zu bewerkstelligen.

Vernetzung zur Vermeidung von Doppelstrukturen

Über die benannte Akteur*innenlandschaft hinaus besteht der Bedarf nach einer besseren interministeriellen Koordination und Kommunikation bei Schaffung neuer Angebote. So lassen sich Doppelstrukturen vermeiden und neue Angebote durch Unterstützung bestehender Angebote besser in die Landschaft integrieren. Beratungsnehmenden erleichtert dies die Suche nach passenden Angeboten sowie die Kontaktaufnahme.

In einem demokratischen Gemeinwesen wird engagierte Zivilgesellschaft durch die extreme Rechte immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. Sei es das Erstarken extrem rechter Parteien und Gruppen, wie der *Alternative für Deutschland* oder *Pegida*, die Entstehung neuer vigilantistischer Organisationsformen, wie die *Bruderschaft Deutschland* oder den *Steeler Jungs*, die Etablierung von verschwörungsideologischen Bewegungen im Kontext der Covid-19-Pandemie – die Liste ließe sich lange fortführen. Die damit verbundenen Dynamiken provozieren einen Reaktions- und Handlungsbedarf seitens Betroffener und der demokratischen Zivilgesellschaft. Ein Fehler wäre es, diesem Bedarf mit der ständigen Schaffung neuer Angebote zu begegnen. Bis neue Angebote eine verlässliche Expertise entwickeln können und sich im Feld positioniert haben vergehen in der Regel einige Jahre. Gleichzeitig unterliegen nicht wenige Phänomene im Kontext Rechtsextremismus und Rassismus starken Dynamiken, die auch mit einem Rückgang bestimmter Entwicklungen verbunden sein können. So hat das Phänomen der sogenannten Coronaleugner*innen in pandemischen Zeiten massiv die Öffentlichkeit geprägt und zu Polarisierung geführt. Mit dem Ausgang des pandemischen Zustands ging jedoch auch die Dringlichkeit dieser Entwicklung zurück, wenngleich die neugeknüpften rechten Netzwerke weiter bestehen. Das bestehende Beratungsnetzwerk bietet eine stabile Basis, um auf diese Dynamiken fachlich reagieren zu können. Um die in Zeiten akuter Krisendynamiken benötigte Resilienz ausbauen und Ressourcen auch kurzfristig bereithalten zu können, bedarf es jedoch einer Aufstockung der bestehenden personellen und materiellen Ressourcen und Entfernung von einer projektorientierten Perspektive. Nur mit langfristigen Strategien kann auch kurzfristigen Herausforderungen nachhaltig

und nicht zuletzt wirtschaftlich sinnvoll begegnet werden. Die Schaffung neuer Strukturen ist ungleich ressourcenaufwändiger.

Fazit

Die Beratungs- und Unterstützungslandschaft im Kontext Rassismus, Antisemitismus und extreme Rechte ist in NRW breit aufgestellt und agiert seit Jahren in einem hochfunktionalen Netzwerk. Es ist möglich, sowohl ein dauerhaft stabiles Angebot anzubieten als auch auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Die Lage ist dennoch prekär. So lässt sich die gute Arbeit im Netzwerk nicht *wegen*, sondern *trotz* der Rahmenbedingungen aufrechterhalten. Konkret lässt sich hier die hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiter*innen in oft befristeten Arbeitsverhältnissen nennen, aber auch die strukturellen Probleme für die Träger, die aus der Förderlogik der nach wie vor als Projekte angelegten Strukturen entspringen.

Von außen wird das Netzwerk an Beratungsstellen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und sperrigen Namen als verhältnismäßig komplex wahrgenommen. In dieser Komplexität liegt aber unserer Ansicht nach gerade seine Stärke, da wir nur so unserem Beratungsgegenstand gerecht werden können. Versuche, mit vermeintlich innovativen Konzepten wie einer „phänomenübergreifenden Extremismusprävention“ oder Chat-Beratungen die spezifischen Herausforderungen durch extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus abzuschleifen und Beratungsleistungen „von der Stange“ anzubieten, tendieren eher zum Gegenteil. Da die an die Beratungs- und Unterstützungslandschaft gerichteten Bedarfe mit den mitunter schnellen gesellschaftlichen Dynamiken korrespondieren, gilt es der Frage nach Leerstellen regelmäßig nachzugehen. Ein gutes Beispiel für die Bemühungen des Landes NRW ist hier die von der *Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus* Anfang 2023 organisierte Tagung zu Leerstellen im Netzwerk. Dieser Text soll dazu beitragen, diesen Diskurs weiterzuführen, und Dritte dazu anregen, weitere Leerstellen und Kritikpunkte in und an unserem Feld zu benennen.



ELENA FRANZ

Partnerschaft für Demokratie Herne

Über zwei Jahre hat uns die Mobile Beratung engmaschig bei der Erarbeitung eines Strategieplans zu unterschiedlichen Themen von Diskriminierung und Rechtsextremismus unterstützt. Mit einer großen fachlichen und menschlichen Kompetenz haben die Mitarbeitenden es geschafft, Ruhe und Struktur in einen Prozess zu bringen, der mitten in eine Pandemie fiel und von vielen kontroversen Diskussionen geprägt war. Der gesamte Prozess und das Endergebnis wurden durch diese Zusammenarbeit enorm bereichert.



TIM ACKERMANN

Soziologe, DGB Bildungswerk NRW e. V.,
Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS).

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche braucht eine starke Zivilgesellschaft, braucht Menschen die sich und ihre Interessen aktiv einbringen, braucht Auseinandersetzung um gute Arbeit und gutes Leben zu ermöglichen. Und sie braucht notgedrungen auch den Kampf gegen Rechts, braucht Bildung und Beratung, immerhin ist Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss (Oskar Negt). Die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus in NRW waren und sind dabei immer zuverlässige und kompetente Partner. Herzlichen Dank dafür und Glück auf!



Auf (post)migrantische Zivilgesellschaft zugehen. Interview mit Ali Şirin.

Interview: Kathalena Essers

Kathalena Essers ist Mobile Beraterin im Regierungsbezirk Münster.

Ali Şirin (AS) ist Diplom-Sozialwissenschaftler, lebt und arbeitet im Ruhrgebiet und ist ehrenamtlich aktiv im Bündnis *Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich Dortmund*. Das Bündnis erinnert an Mehmet Kubaşık, der vom *Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)* am 4. April 2006 in Dortmund ermordet wurde.



<http://bit.ly/mbrnrw15>

MBR: Hallo Ali, schön, dass Du da bist. Wir schließen mit dem Interview an ein Podiumsgespräch an, das wir vor zwei Jahren mit den Herausgeber*innen von „Damit wir atmen können“ geführt haben. Einer der Teilnehmenden hatte angemerkt, dass die Ansprechbarkeit von Mobiler Beratung aus seiner Sicht eine Zugangshürde für Menschen hat, die von Rassismus betroffen sind: Das Spannungsfeld zwischen staatlicher Finanzierung der Mobilen Beratung auf der einen und staatlicher Reproduktion von Rassismus auf der anderen Seite. Auch der Name Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) erschien ihm voraussetzungsvoll, weil daraus nicht direkt deutlich wird, welcher Tätigkeit die MBR nachgeht. Wir fragen uns, ob du das genauso siehst?

AS: Hier kann sich die MBR Fragen selber stellen: Wofür steht die MBR und ist den Menschen klar, was dahintersteht, wen sie erreichen möchte, wem sie helfen möchte? Wie divers ist das Team der verschiedenen MBR-Stellen hier in NRW aufgestellt? In welchen Sprachen sind Informationen zur MBR verfasst? Man kann auch selbstkritisch hinterfragen, wie viele Menschen mit, ich sag mal Zuwanderungsgeschichte haben wir erreicht? Wer nimmt an unseren Seminaren, Workshops teil? Warum erreichen wir Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht? Auch auf die Unabhängigkeit der Mitarbeitenden zu schauen ist wichtig: Die MBR greift das Thema Rechtsextremismus auf, das bleibt leider nach wie vor aktuell. Aber eine gewisse Partei hat sich etabliert und da ist ja die Frage wie die Zukunft der *Mobilen Beratung* aussieht, wenn die irgendwann in einem Bundesland die Landesregierung stellen.

MBR: Meinst du mit „Unabhängigkeit“ die Unabhängigkeit von den Mittelgebenden?

AS: Ich meine die Unabhängigkeit der Arbeit vor Ort. Wie kritisch werden be-



Gedenkdemo für Mehmet Kubaşık in Dortmund, April 2023

stimmte Fälle aufgegriffen und thematisiert? Manchmal werden Handlungen durch Beratungsnehmende gefordert, die Verantwortlichen in den jeweiligen Regierungen vielleicht nicht gefallen.

MBR: Du hast die fehlende Diversität in den Teams als eine Zugangshürde angesprochen. Hast du Ideen, was es bräuchte, damit so ein Arbeitsfeld wie die MBR für Menschen mit, du hast jetzt Zuwanderungsgeschichte gesagt, attraktiver wird oder damit MBR ein Ort ist, an dem Menschen arbeiten wollen, die Rassismuserfahrungen machen?

AS: Eine gute Frage. Die Frage ist ja auch interessant, um mal herauszufinden, warum sich Menschen mit unterschiedlicher Herkunft nicht für eine Stelle bei der *Mobilen Beratung* bewerben. Vielleicht liegt es auch daran, dass man sich zu sehr auf den Rechtsextremismus in unserem Land konzentriert. Die Perspektive der Betroffenen rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt ist wichtig und diese Menschen müssen dann eben auch hier mit ihren Ideen und Wünschen ernst genommen werden. Da müsste die MBR sich selbst Gedanken machen, wie attraktiv sie sein könnte, denn die MBR erreicht ja viele Multiplikatoren*innen. Ich kenne nicht den aktuellen Stand, wie viele von denen, die euer Angebot annehmen, divers aufgestellt sind.

Ein weiterer Grund, warum BIPOCs sich nicht für diese Stellen bewerben, könnte auch darin liegen, dass wir uns ja auch im Alltag mit diesen Themen auseinandersetzen müssen, man kann nicht sagen: „Jetzt habe ich genug über Rassismus diskutiert, jetzt schließe ich ab und will etwas anderes machen“. Manchmal wollen sie sich nicht auch noch auf der Arbeit mit diesem Thema auseinandersetzen müssen. Dass man sich mit so einer Arbeit angreifbar macht, könnte auch ein Grund sein, warum BIPOCs sich nicht auf diese Stellen bewerben. Es gibt nicht wenige in antirassistischen Strukturen, die wegen dieser Angreifbarkeit anonym bleiben wollen. Ich stehe mit meinem Namen in der Öffentlichkeit, wenn es um den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus geht, auch aus Solidarität den Betroffenen gegenüber, die dies auch tun. Aber es gibt auch die Befürchtung, dass selbst in diesen aufgeklärten Strukturen Rassismus reproduziert werden kann, und nicht wenige haben diese bittere Erfahrung machen müssen. Die sind dann desillusioniert und sagen: „Wenn ich zu diesen Themen arbeite, dann nur in wirklich diversen Teams oder in selbst geschaffenen Strukturen, also in Safe Spaces.“ Deswegen sind viele eher ehrenamtlich aktiv als in hauptamtlichen Strukturen. Außerdem könnte man die Stellenausschreibungen anders formulieren. Wenn ich Stellenausschreibungen lese, denke ich häufig: „Ne dafür bin



ALI ŞIRIN

ich nicht gut genug, ich kann das nicht erfüllen.“ Aber das ist ja vor allem das Amtsdeutsch. Wenn man es anders darstellen würde, könnte man vielleicht auch Menschen erreichen, die jetzt ehrenamtlich aktiv sind. Die erfüllen ja diese Anforderungen, aber würden das nie so formulieren. Ich habe ja vor kurzem den Job gewechselt und dann habe ich die Ausschreibung für meine alte Stelle gesehen und gedacht: „Wow, all das habe ich geleistet!“

Aber bei BiPoCs gibt es auch oft die Befürchtung, dass bei staatlich geförderten Projekten der Rassismus reproduziert bzw. nicht wirklich anti-rassistisch gearbeitet werden kann. Ich beobachte, dass Menschen, die unabhängig in Initiativen arbeiten, in ihren Handlungsspielräumen viel unabhängiger, mutiger, selbstbewusster agieren als in geförderten Strukturen, in denen sie gebremst werden. Das können auch die Kolleg*innen sein, die sagen: „Das können wir nicht leisten.“

MBR: Da kommst du zu einem spannenden Punkt. Für uns ist wichtig zu betonen, dass wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen beraten. Wenn wir jetzt mit einer rassismuskritischen Brille auf unseren Zivilgesellschaftsbegriff gucken, dann fällt auf, dass unser Zivilgesellschaftsbegriff mög-

licherweise sehr weiß gedacht ist. In der Debatte um eine nicht-weiße Zivilgesellschaft fällt immer wieder der Begriff „postmigrantische Zivilgesellschaft“. Was bedeutet dieser Begriff für dich?

AS: Es gibt viele Menschen, die ja immer mal wieder diese traurigen, negativen Erfahrungen mit Rassismus machen und sich auch deswegen entschieden haben, sich selbst zu organisieren. Um einen eigenen Safe Space zu schaffen, denn selbst in kritischen weißen Räumen werden gewollt oder ungewollt Rassismus oder rassistische Stereotype reproduziert. Sie wollen ihren eigenen Bedürfnissen entsprechend handeln und fordern Aufklärung und Konsequenzen, beispielsweise im *NSU-Komplex* oder im Fall anderer rechter Gewalttaten. Nicht wenige aktive BiPocs haben sich entschieden, dass sie ihre eigenen Strukturen aufbauen, damit sie unabhängig agieren können. Das verstehe ich unter postmigrantischer Zivilgesellschaft. Eine bekannte Struktur ist die *Migrantifa*, diese gibt es auch hier in NRW. Es gibt gewisse Initiativen, wo BiPocs ihre eigenen Räume geschaffen haben, weil nach wie vor eben Betroffene rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt die Erfahrung machen, dass sie nicht ernst genommen werden. Sie werden oft gefragt,

warum es keinen Schlusstrich gibt, aber es kann keinen Schlusstrich geben, wenn es keine wirkliche Aufklärung oder Konsequenzen gibt. Das sieht man allein daran, dass nach wie vor viele Rechte in den Sicherheitsbehörden nicht vom Dienst suspendiert worden sind.

MBR: Kein Schlusstrich ist ja auch eine Forderung vom Bündnis Tag der Solidarität, in dem Betroffene und Nicht-Betroffene von Rassismus zusammenarbeiten. Was in der Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und Nicht-Betroffenen erlebst du als eine Bestärkung? Was ist das Wertvolle an einem Bündnis, in dem Betroffene und Nicht-Betroffene gemeinsam gegen Rassismus kämpfen?

AS: Da kann ich nur Ibrahim Arslan zitieren, Überlebender des Möllner Anschlags vom 23. November 1992, der sagt, dass die Betroffenen die Hauptzeugen des Geschehenen sind, die Expert*innen. Deren Perspektive ist wichtig, weil sie sagen können, was es bedeutet, betroffen von Rassismus oder rechter Gewalt zu sein, und dementsprechend explizit ihre Forderungen stellen können. In Dortmund agieren wir so, dass die Forderungen der Familie Kubaşık umgesetzt werden, weil die Familie uns wichtig ist. Sie fordern eine wirkliche Aufklärung: Warum wurde Mehmet Kubaşık vom *NSU* ausgesucht? Wer waren die Helfershelfer in Dortmund? Die *NSU*-Akten sind auch weiterhin nicht komplett frei gegeben, vieles wird den Anwält*innen nicht weitergereicht. Wir versuchen, die Familie in ihren Forderungen weiterhin zu unterstützen. Wir agieren so, dass die Familie immer im Mittelpunkt steht und unser Vorgehen in Absprache mit ihr geschieht. Wir betonen das nicht deswegen, weil wir sagen wollen, dass wir den Kontakt zur Familie haben, sondern weil wir als Bündnis mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, wir würden das Geschehene politisch instrumentalisieren. Deswegen bestehen wir immer darauf, dass die

Betroffenen auch wirklich zu Wort kommen. Dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, für sich zu sprechen, sei es auf Gedenkveranstaltungen, bei Lesungen oder auch bei Podiumsdiskussionen, wo wir die Betroffenen einladen und mit ihnen über Rassismus und andere Themen diskutieren.

MBR: Du hast das gerade schon ein bisschen angeschnitten: Menschen, die Rassismuserfahrungen machen, sind natürlich auch Teil unserer Beratungsnehmenden, aber eben nicht in der gleichen Zahl wie Menschen, die keine Rassismuserfahrungen machen. Menschen, die Rassismuserfahrungen machen, sind aber auch hauptsächlich betroffen von rechter Gewalt. Von einem Kollegen wurde die Beobachtung geäußert, dass migrantische Akteur*innen schon viel länger in NRW aktiv und gut vernetzt sind als Mobile Beratungsteams. Durch diese lange Organisierungsschicht von migrantischen Selbstorganisationen (MSO) in NRW gibt es also die Vermutung, dass unser Angebot vielleicht gar nicht das Angebot ist, das die Bedarfe (post-)migrantischer Zivilgesellschaft erfüllen kann. Was meinst du dazu?

AS: Eine komplizierte Frage. Es stellt sich ja immer die Frage, warum gibt es MSO? Ein Grund ist, dass bei den etablierten Organisationen die BiPocs keine Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Dass sie sich nicht wiederfinden mit ihren Interessen oder dass sie das Gefühl haben, mit ihrem Wissen nicht ernst genommen zu werden. Wir sprechen auch immer von migrantischem Wissen. Beispielsweise im NSU-Komplex betonten die Betroffenen immer wieder: „Das können doch Rechte gewesen sein.“ – Und sie wurden nicht ernst genommen. Hier stellt sich jetzt die Frage: Wenn man will, dass Migrant*innen sich bewerben, warum gibt man so eine Beratung nicht einer MSO? Wo sie selbst entscheiden können, wer eingestellt wird. Da geht es auch um die Macht-

fragen: Wer vergibt das Budget? Wer entscheidet, wer wen einstellen kann? Vielleicht haben die *Mobilen Beratungen* irgendwann diversere Teams, aber wer sind die führenden Köpfe, die entscheiden, worüber diskutiert wird und wie das Geld verteilt wird. Ich weiß nicht, wie viele *Mobile Beratungen* es insgesamt in Deutschland gibt, wer die Träger sind und ob unter diesen Trägern eine sogenannte MSO ist, das muss man sich an der Stelle ganz selbstkritisch fragen.

MBR: Also würdest du sagen, man kann das Angebot auch zugänglicher machen, indem man nicht nur Diversität und Zusammensetzung von Teams verändert, sondern man könnte von Grund auf die Träger- und Finanzierungsstruktur verändern.

AS: Wir können in der sozialen Arbeit allgemein sehen, dass die etablierten Organisationen irgendwann ein Legitimationsproblem haben, wenn sie Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht mehr erreichen. MSO gründen sich ja, weil sie diese Zielgruppe erreichen. Und deswegen gründen BiPocs deutschlandweit ihre eigenen Vereine, weil sie mit ihrer Expertise nicht ernst genommen wurden oder weil sie nicht ausreichend Handlungsspielräume hatten. Was wichtig ist und immer wieder vergessen wird: Wenn wir über Rassismus sprechen, müssen wir auch immer über Machtstrukturen sprechen. Es wird nicht allen gefallen, wenn auch MSO Mitspracherecht haben. Das ist so ein Punkt, über den wir wirklich ehrlich miteinander sprechen müssen.

MBR: Kommen wir nochmal auf unsere aktuelle Situation zurück. Welche Rolle kann MBR in einem gemeinsamen Kampf gegen Rassismus mit postmigrantischer Zivilgesellschaft aus deiner Perspektive einnehmen und wie kann sie Menschen dabei unterstützen, aktiv gegen Rassismus zu werden, auch wenn sie davon betroffen sind?

AS: Ich würde empfehlen, dass die MBR sich direkt oder explizit an diese Strukturen, also an die sogenannten MSOen oder an die Aktivist*innen wendet und ihre Hilfe anbietet oder sie einfach mal zu einem Gespräch einlädt. Ein ehrliches Gespräch führen und dann schauen, was möglich ist im Rahmen einer Zusammenarbeit. Ihr solltet nicht erwarten, dass die Akteur*innen auf euch zukommen, sondern ihr müsst auf sie zugehen. Nehmt an deren Veranstaltungen teil, macht euch bemerkbar und tauscht euch aus. Und dann kann man schauen, was sich ergibt. Ich denke, wenn die MBR sich noch öfter als bisher an diese Akteur*innen wendet, dann wird sich eine Kooperation entwickeln. Vielleicht noch ein konkretes Beispiel: In Dortmund hat die Demonstration zum Gedenken an Mouhamed Dramé stattgefunden. Offiziell ist dies immer noch kein rassistischer Fall, aus Perspektive der Aktivist*innen, der Organisator*innen ist er es sehr wohl. Das passiert häufig: Betroffenen, deren Fälle nicht offiziell als rassistisch eingestuft sind, haben es schwierig, sich Gehör zu verschaffen. Diese Betroffenen werden dann oft alleingelassen. Hier könnte sich die MBR auch direkt an diese Aktivist*innen wenden. Es geht darum, Menschen ernst zu nehmen, die von Rassismuserfahrungen sprechen, auch wenn es von offizieller Seite nicht als Rassismus eingestuft ist. Ihr könnt beispielsweise bei Veranstaltungen, Seminaren und Workshops, die ihr organisiert, den Aktivist*innen aus den Initiativen, die es schwierig haben, eine Plattform geben, um ihre Initiative und ihre Arbeit vorstellen zu können. Auch wenn dies den politischen Verantwortlichen nicht gefallen sollte!

MBR: Danke, Ali, für das spannende Gespräch und die zahlreichen Impulse.



Berlin, 2. Juli 2023: Gedenkdemo für die Opfer des Sivas-Massakers

Es braucht Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Interview mit Özge Erdoğan.

Interview: Marat Trusov, Julia Klatt und Leroy Böthel

Özge Erdoğan (ÖE), Geschäftsführerin des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V. (BDAJ)

Marat Trusov ist Fachreferent der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW, Julia Klatt ist Mobile Beraterin im Regierungsbezirk Köln und Leroy Böthel ist Mobiler Berater im Regierungsbezirk Arnsberg



<http://bit.ly/mbrnrw15>

Die *Mobile Beratung NRW* berät seit jeher auch in der Auseinandersetzung mit extrem rechten Strukturen und Einstellungen innerhalb (post)migrantischer Communities. In NRW stellen unter anderem die *Grauen Wölfe* und ultranationalistische Einstellungen bei türkeistämmigen Bürger*innen eine wahrnehmbare Herausforderung dar. Das Bedrohungs- und Gewaltpotential des Spektrums wurde immer wieder deutlich: So beteiligten sich türkische extreme Rechte an den antisemitischen Ausschreitungen im Mai 2021, die im Angriff auf die Synagoge in Gelsenkirchen gipfelten. Auch der Mord an dem Kurden Ibrahim Demir im Dortmunder Unionsviertel wurde im Mai 2020 mutmaßlich durch einen *Grauen Wolf* begangen. Immer häufiger wurden in den vergangenen Jahren auch Aktivitäten im Amateurfußball, Einflüsse auf (Moscheen-) Vereine oder Verbindungen zu demokratischen Parteien öffentlich thematisiert.

Es steht für uns fest, dass sich *Mobile Beratung* ihrem Selbstverständnis nach mit diesen Manifestationen beschäftigen muss. Denn zum einen steckt grade bei den *Grauen Wölfen* ein von Rassismus und Antisemitismus durchsetzter Nationalismus klar den Rahmen ab. Religiöse Kategorien spielen auch in der Feindmarkierung eine gewichtige Rolle, die Frage, wer zum „Volk“ gehört, wird allerdings durch völkische Ideologie beantwortet. Fernab theoretischer Herleitungen sind es aber auch die Stimmen von Betroffenen, die für eine zivilgesellschaftliche Beratungsstelle handlungsleitend sein sollten: Kurd*innen, Alevit*innen, Jüd*innen, Ezed*innen oder Pontosgriech*innen warnen seit Jahren vor den Gefahren, die von türkischen Rechten und ihrem Einfluss in staatlichen und staatsnahen türkischen Institutionen ausgehen. Obwohl die *Mobile Beratung* also ansprechbar ist, wurde dieses Angebot in den letzten 15 Jahren verhältnismäßig selten in Anspruch genommen. Die Fragen nach den Ursachen dafür beschäftigen die Beratungsteams schon seit vielen Jahren: Wo liegen

Wissenslücken? Wie gehen wir mit fehlenden Sprachkenntnissen um? Welche Rolle spielt eine größtenteils fehlende Diversität in den Teams? Welche Zugänge in die Zivilgesellschaft braucht es, um als Angebot sichtbar zu sein?

Wir haben deshalb mit Özge Erdoğan (ÖE), Geschäftsführerin des *Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V. (BDAJ)*, ein Gespräch geführt über ihre Arbeit, die Herausforderungen durch türkische Rechte für die alevitische Community sowie Wünsche und Bedarfe gegenüber zivilgesellschaftlichen Beratungsstrukturen.

MBR: Können Sie uns ein wenig über den Bund der Alevitischen Jugendlichen erzählen? Was für Projekte dort aktuell laufen und was Ihre Aufgabe dort ist?

ÖE: Der Bund der Alevitischen Jugendlichen ist ein alevitischer Kinder- und Jugendverband. Wir machen Freizeitmaßnahmen, Bildungsangebote und vertreten die Interessen in der Politik. Wir haben fünf Landesverbände, die vor allem die Ortsgruppen betreuen und auch weitere Angebote schaffen. Auf der Bundesebene haben wir aktuell zwei finanzierte Projekte: eines für den internationalen Austausch und ein weiteres, um die Untergliederungen vor Ort zu unterstützen. Das machen wir auf Bundesebene und darüber hinaus gibt es natürlich viele Themen, mit denen sich der Bundesvorstand und auch die Mitglieder beschäftigen. Hauptthema seit letztem Jahr ist das alevitische Empowerment. Wir fokussieren uns darauf, was die alevitische Identität ausmacht, wie wir uns selbst definieren, aber auch, was antialevitischer Rassismus ist. Alles mit dem Ziel, empowert in die Gesellschaft zu gehen und für uns einzustehen. Dabei spielt auch immer wieder die alevitische Lehre eine große Rolle. Wir decken also alles Mögliche ab, von klassischer Verbandsarbeit über operativer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bis hin zu Empowerment-Arbeit, weil wir der einzige safer

space sind für alevitische Kinder und Jugendliche. Deswegen passen wir uns den Bedarfen an und alle haben auch die Möglichkeit, mitzugestalten und eigene Räume zu schaffen, neue Räume zu schaffen innerhalb des Verbandes. Ich bin als Geschäftsführerin für den Vorstand unterwegs und versuche das mitzugestalten.

MBR: Welche Rolle spielt innerhalb Ihres Verbandes das Thema türkische extreme Rechte?

ÖE: Das Thema spielt eine sehr wichtige Rolle. Denn wir sind uns als Alevit*innen schon sehr früh bewusst, was für eine konkrete Gefahr von türkischen Rechtsextremist*innen ausgeht. Wir haben es immer wieder in Beschlüssen aufgegriffen oder auch in unserem Grundsatzprogramm. Und wir machen zu dem Thema Inputs und Workshops für unsere Mitglieder. Zunehmend bieten wir das auch für andere Organisationen an, die uns dazu anfragen. Das passiert seit zwei Jahren immer häufiger, weil sich endlich auch andere Personen und Strukturen dem Thema annehmen. Da versuchen wir auch zu beraten, soweit es geht, denn wir sind immer noch ein Kinder- und Jugendverband und das ist unsere Hauptaufgabe und auch unser Hauptanliegen. Wir sind uns bewusst, dass wir auch eine Rolle beim Thema türkische Rechte spielen, Dinge aufzuzeigen und auch dagegen vorgehen müssen – insbesondere, weil wir betroffen sind. Und das nicht nur in der Türkei, sondern auch in Deutschland. Auch hier haben einzelne Gemeinden sehr krasse Erfahrungen gemacht, weil sie angegriffen worden sind. In den letzten Jahren wurde in verschiedene Gemeindehäuser eingebrochen, es gab Vandalismus und unterschiedliche Formen von Attacken. Letzten Dezember um die Weihnachtszeit wurde in Duisburg die Tür der Gemeinde mit einem roten X markiert. Das hat uns an das Pogrom

in Maraş erinnert, weil das genau dort auch passiert ist. Damals kam es von türkischen Rechten – und heute auch. Das ist eine Androhung, weil in Maraş die Menschen massakriert worden sind, Frauen und Kinder wurden vergewaltigt. Damit sollte in Duisburg gezeigt werden: Wir wissen ganz genau, dass ihr hier seid, wiegt euch nicht zu sehr in Sicherheit. Und sowas passiert immer wieder.

**MBR: Ein weiteres Pogrom gegen Alevit*innen, nämlich das vom 2. Juli 1993 in Sivas, hat sich vor kurzem zum dreißigsten Mal ge-
jährt. Rezeptionen in den breiten Teilen der Zivilgesellschaft waren kaum wahrnehmbar. Wie nehmen Sie das als BDAJ wahr, diese mangelnde zivilgesellschaftliche Aufarbeitung und Sensibilität? Und welche Rolle spielen solche Ereignisse wie Pogrome oder Anfeindungen dann für die alevitische Community?**

ÖE: Es ist auf jeden Fall sehr enttäuschend, weil wir uns bemühen, Sichtbarkeit zu erlangen. Wir haben gerade in diesem Jahr auch versucht, die Presse stärker zu involvieren. Es kam nicht eine einzige Rückmeldung und von der Presse war auch quasi niemand bei der Gegendemonstration, die zentral in Berlin stattgefunden hat. Man hat gar nichts darüber gelesen außer in sehr sehr wenigen türkischsprachigen Medien. Das war sehr enttäuschend, weil immer gesagt wird, dass wir eine sehr solidarische und plurale Gesellschaft seien. Das kann aber nicht aufhören, wenn es um das Leid der anderen geht. Gerade dann muss man beisammenstehen und Solidarität zeigen. Das haben wir leider nur von Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft und der Politik erfahren. Und das war viel zu wenig. Das war sehr enttäuschend und vor allem bitter für junge Menschen, die ihre Identität suchen und dann sehen, dass diese Identität gar nicht wahrgenommen und vielleicht deshalb gar nicht ernst genommen wird. Das ist etwas, was wir sehr oft erleben: dass wenn wir Belange haben, Anliegen haben, uns über etwas beschweren wollen, dass wir nicht gesehen werden. Dann wird das eher kleingeredet und heruntergespielt und das ist natürlich eine Gefahr. Denn wir sind Teil dieser Gesellschaft – als solcher verstehen wir uns, aber es ist halt schwierig, wenn man nicht ernst genommen wird. Und ich glaube, ein Problem dabei ist auch – und das hat ein ehemaliger Bundespräsident gesagt – dass die



Dezember 2022: Rotes Kreuz an der Tür der alevitischen Gemeinde in Duisburg-Rheinhausen, eine Anspielung auf das Massaker in Maraş im Dezember 1978

Alevit*innen gut integriert seien, nicht auffallen, keine Probleme machen. Das heißt: Wir sind übersehbar. Wir machen keine Probleme, über uns muss man nicht sprechen. Ich sage: Das Gegenteil ist nötig, weil wir auch Probleme haben, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Von den *Grauen Wölfen* sind nicht nur wir betroffen, sondern auch andere Minderheiten, wie die Ezid*innen, Kurd*innen, Armenier*innen, Assyrer*innen und weitere. Das hat eine Auswirkung auf unser gesamtes Zusammenleben in Deutschland.



ÖZGE ERDOĞAN

MBR: Es ist sicherlich eine Herausforderung der Postmigrationsgesellschaft mit extrem rechten Einstellungen, Rassismus oder Antisemitismus in den Communities umzugehen. Vielen Akteur*innen fällt es schwer, das direkt zu adressieren, weil man nicht die rassistischen Diskurse beflammen und Menschen vorverurteilen möchte. Zugleich muss man diese menschenfeindlichen Einstellungen und Tendenzen auch innerhalb der postmigrantischen Communities ansprechen und thematisieren können. Der BDAJ hat sich diesem Komplex letztes Jahr in zwei lesenswerten Textsammlungen angenähert.¹ Haben Sie eine Empfehlung, wie eine progressive Kritik an völkischem Nationalismus und Islamismus in den Communities gelingen kann?

ÖE: Ein Ziel muss sein, dass man rechten Akteur*innen keinen Raum gibt und verhindert, dass sie die Diskurse mitbeeinflussen oder übernehmen. Das heißt, man muss das Thema ansprechen, damit nicht beispielsweise die *AfD* sich dem Thema annimmt und sich rassistische Diskurse entfalten. Deswegen müssen das gerade diejenigen machen, die sich kritisch und reflektiert damit auseinandersetzen. Denn eins ist uns allen bewusst: Es gibt Rassismus, es gibt antimus-

limischen Rassismus und sehr sehr viele Menschen sind betroffen davon. Wir als Alevit*innen sind auch von antimuslimischem Rassismus betroffen, weil wir so gelesen werden. Und die Schwierigkeit ist dann natürlich, dass man nicht die Menschen verurteilt, sondern – das ist das, was wir machen – die Strukturen. Die sind nämlich extrem gefährlich und wenn die sich organisieren können in Deutschland, dann ist das eine Gefahr. Da muss in größerem Umfang gegen vorgegangen werden. Natürlich kommt dann auch schnell der Vorwurf des Rassismus, das haben wir auch gemerkt. Wir bekommen dann nicht den Vorwurf „Rassismus“, sondern den Vorwurf „antimuslimischer Rassismus“. Zudem wird uns vorgeworfen, dass wir uns gegen solche Organisationen verschwören würden als Alevit*innen, weil wir keine anderen Hobbies haben. Aber das Wichtigste in der Auseinandersetzung ist tatsächlich, dass man darüber spricht und dass man keine Angst davor hat, dass man abgestempelt wird. Denn diese Akteur*innen verstehen sich gut darauf, das zu nutzen und das direkt in eine vermeintlich rassistische Ecke zu schieben. Aber wenn sich alle darüber einig sind, dass man auch mal diskutiert, dann kann man das offenlegen,

diskutieren und dann kommt man zu einem Schluss, der auch demokratisch ist und sich gegen diese antidemokratischen Tendenzen stellt. Und nicht gegen einzelne Menschen, indem man sie in eine Schublade steckt, sondern wirklich mit Blick auf die Strukturen und die Ideologien, die dahinterstecken. Das Problem dabei ist aber auch, dass es nicht hinreichend Beweise oder eine starke Faktenlage gibt. Außer bei ein paar wenigen Organisationen, bei denen es sehr klar ist und die der Verfassungsschutz auch im Visier hat. Die Ideologien verbreiten sich natürlich auch darüber hinaus. Aber es wäre ein Schritt, die Organisation zu unterbinden. Denn die fördern das Ganze ja und das führt dazu, dass die sich breit machen können.

MBR: In den letzten 15 Jahren haben wir als Mobile Beratung gemerkt, dass der Themenkomplex „extreme Rechte“ nicht so einfach gestrickt ist, wie man von außen denken könnte. Sondern es ploppen immer wieder neue Gruppierungen auf, das Feld differenziert sich fachlich und thematisch aus. Nun sind die Grauen Wölfe kein neues Phänomen, sondern man kann in Deutschland ein jahrzehntelanges Wirken nachzeichnen.

¹ https://bdaj.de/wp-content/uploads/AMR_Broschuere_Band_1.pdf & https://bdaj.de/wp-content/uploads/AMR_Broschuere_Band_2.pdf.

„Das Wichtigste ist, dass die Betroffenen, also diejenigen, die Unterstützung erfahren sollen, wissen, dass ihre Perspektiven bekannt sind. Ja, dass ihre Perspektiven ernst genommen und gehört werden.“

ÖZGE ERDOĞAN

Trotzdem hat es bei uns bis ins Jahr 2017 gedauert, bis wir uns dem Thema stärker angenommen haben. Klar wurde seitdem aber auch: Obwohl wir wahrgenommen haben, dass es eine Menge an potenziellen Beratungsfällen geben könnte und die Bedarfe in der Fläche da sind, hat sich das in unserem Fallaufkommen, in unserer praktischen Arbeit nicht so niedergeschlagen. Die Menschen haben sich nur in wenigen Fällen an uns gewandt. Was glauben Sie, warum das so passiert?

ÖE: Es ist wichtig zu sehen: Wer ist die potenzielle Zielgruppe? Wer könnte genau zu diesem Thema zu uns kommen? Ich glaube, bei individuell Betroffenen ist es so, dass die Hürde einfach sehr groß ist. Also dass man gar nicht weiß, dass man sich an jemanden wenden kann. Man verfällt nicht direkt in Recherchearbeit, sondern das ist, womit die meisten rassifizierte Personen aufwachsen, nämlich dass sie immer wieder Diskriminierung erleben und die häufig nicht ernst genommen wird. Dadurch entsteht eine Angst, sich irgendwo hinzuwenden. Über das Ernstgenommen-Werden hinaus gibt es auch die Hürde, sich selbst damit weiter beschäftigen zu müssen. Das wird lieber weiter weggedrängt. Und das ist grundsätzlich beim türkischen Rechtsextremismus noch viel schlimmer. Weil man ja ganz genau weiß, wie sehr das verharmlost wird in der Gesellschaft und dann eine enorme Angst entsteht, dass das selbst von einer Beratungsstelle nicht ernst

genommen wird. Nicht alle Beratungsstellen haben flächendeckend Ahnung von dem Thema. Das heißt, wenn ich mit meinem Problem dahin gehe und der Beratungsstelle erstmal erklären muss, was das Problem daran ist, leiste ich einen Kraftakt, der nicht immer gemacht wird. Das sind alles sehr individuelle Gründe, aber ich glaube, die sind auch ausschlaggebend. Strukturell liegt es auch an den Zugängen der Beratungsstrukturen, dass die nicht einfach so nah dran sind an den Lebensrealitäten der Leute und dass das deswegen kaum wahrgenommen wird. Und außerdem bekommt man mit, dass viele Vorfälle ohne Konsequenzen bleiben, und dann will man sich die Mühe auch gar nicht machen. Also die Hürden sind wirklich sehr sehr hoch. Schon bei rassistischen Vorfällen, aber bei rassistischen Vorfällen innerhalb der migrantischen Communities ist es noch immens höher.

MBR: Wie kann man diese Hürden überbrücken? Wie können wir dahin kommen, dass Menschen informiert sind über die Möglichkeiten, beraten zu werden, und was muss geschehen, damit diese Beratung auch in Anspruch genommen wird?

ÖE: Weiterhin Informationen verteilen, Materialien erstellen, die dann auf lange Sicht doch gefunden und gesehen werden. Außerdem mit den Communities zusammenarbeiten. Das bringt natürlich am meisten was, weil man den direkten Kontakt hat. Und wenn man direkt einen Menschen vor sich hat, den man schon sieht und mit

dem schon sprechen kann, dann ist die Hürde auch geringer, sich da mal zu melden, wenn was ist. Außerdem hilft es, wenn die Beratenden sagen können: „Wir haben uns darüber informiert, wir sind geschult.“ – Und wenn das auch nach außen sichtbar ist. So weiß man schonmal, dass man ernst genommen wird und dass da ein Umgang gut mit stattfinden kann. Denn in den letzten Jahren wurde sehr stark auf die Täterideologien geschaut. Die Auseinandersetzung damit ist sehr wichtig, aber das ist nicht das Wichtigste. Das Wichtigste ist, dass die Betroffenen, also diejenigen, die Unterstützung erfahren sollen, wissen, dass ihre Perspektiven bekannt sind. Ja, dass ihre Perspektiven ernst genommen und gehört werden.

MBR: Was braucht eine postmigrantische und selbstorganisierte Zivilgesellschaft von Strukturen wie der Mobilen Beratung?

ÖE: Sie braucht weiterhin viel Unterstützung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die enorm wertvoll ist, die auch Vertrauen schafft. Weiterhin Informationsmaterialien – nicht nur für die betroffenen Communities, sondern ja auch darüber hinaus. Denn ein großes Problem ist, dass das innerhalb der Communities und der wenigen Fachinstitutionen bleibt und dass das gar nicht in die breite Zivilgesellschaft kommt. Das ist ein Thema von wenigen. Und das muss auch gebrochen werden und hier können Beratungsstellen mit ihren Kontakten und den Möglichkeiten, z. B. an andere Stellen oder Kommunen heranzutreten, einen Beitrag leisten. Letztlich muss auch in den Beratungsstrukturen die Betroffenenperspektive sichtbar sein und ernst genommen werden. Das wird häufig stark unterschätzt. Und in den letzten Jahren, wo ich diese Diskussionen geführt habe, war es das Letzte, was genannt wurde. Da rückt aber gerade der Fokus drauf und da sehe ich eine positive Entwicklung, die ich sehr sehr wichtig finde und an der wir uns auch gerne beteiligen.



„Die Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus NRW (LKS) arbeitet seit 15 Jahren auf unterschiedlichen Feldern sehr vertrauensvoll mit der Mobilen Beratung NRW zusammen. Neben einem hochwertigen Beratungsangebot in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus schätzen wir die Mobile Beratung insbesondere auch für ihre Fachexpertise, die sie in das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus einbringt.“



Im Dezember 2021 eröffnete die Neonazi-Partei Der III. Weg seinen „Leuchtturm“ in Hilchenbach. Uns war schnell klar, dass Wegschauen und die Faschisten machen lassen keine Optionen sind. Aber wie? Wie kann man sich als Bündnis organisieren? Wie kann man Veranstaltungen durchführen und die Teilnehmenden vor Anfeindungen schützen? Als neugegründete Bürgerinitiative war vieles für uns Neuland... Zum Glück stand uns die Mobile Beratung mit Rat und Tat zur Seite - ganz praktisch bei den Planungen einer Demo oder auch als Moderation bei internen Treffen zur Organisation und Struktur des Bündnisses. Ganz lieben Dank an Euch!

Was wir uns für die nächsten 15 Jahre Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wünschen

MBR im Regierungsbezirk Detmold

Wichtigstes Ziel für uns als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Ostwestfalen Lippe ist es, auch in den kommenden 15 Jahren ansprechbar für die engagierte (postmigrantische) Zivilgesellschaft gegen Rechts in der Region zu sein und unseren Draht zu den „Menschen vor Ort“ weiter zu intensivieren. Dieses doch recht einfach gehaltene Ziel beinhaltet jedoch einige strukturelle Aspekte, die sichergestellt werden müssen: Wir wünschen uns finanzielle und planerische Sicherheit, was zwangsläufig eine Verstärkung unserer Beratungsstelle bedeutet. Gleichzeitig müsste unsere Beratungsstelle mit einem größeren Etat ausgestattet werden, um weitere Mitarbeiter*innen anzustellen, ein Regionalbüro am anderen Zipfel der Region zu eröffnen und einen Dienstwagen zur Verfügung zu haben, der uns erlaubt, möglichst flexibel und mobil in Ostwestfalen Lippe unterwegs zu sein.

MBR im Regierungsbezirk Düsseldorf

Für die Mobile Beratung in NRW in 15 Jahren wünschen wir uns als Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Düsseldorf, dass wir weiterhin zuverlässig die demokratische Zivilgesellschaft darin unterstützen, den Aufwind für rechte Akteur*innen und Parteien zu verhindern. Dafür wünschen wir uns verstetigte Stellen, um langfristig planen zu können, Wissen zu halten und die Unsicherheit über das Fortbestehen der Arbeitsplätze von den Schultern der Berater*innen nehmen zu können.





MBR im Regierungsbezirk Köln

Der Blick nach vorne bedeutet für das Team der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Köln den Wunsch danach, weiterhin mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für demokratische Werte zu kämpfen und sie bei der Arbeit gegen Rechts und auch gegen Rassismus und Diskriminierung weiter zu unterstützen. Für den Blick nach innen wünschen wir uns die Fähigkeit zur Selbstreflexion, die Auseinandersetzung mit eigenen Privilegien und Betroffenheiten und einen konstruktiven Umgang mit Konfliktsituationen. Um all das auch gut zu schaffen, wünschen wir uns von politischer Seite die Verstetigung der Mobilen Beratung und Entkopplung von Projektmitteln sowie einen starken personellen Aufbau – in 15 Jahren kann ja viel passieren.



MBR im Regierungsbezirk Münster

Wir wünschen uns für die kommenden 15 Jahre, dass wir weiterhin Ansprechpartnerin für die kritische Zivilgesellschaft in den Dörfern, Städten, Kreisen und Kommunen im Münsterland und im nördlichen Ruhrgebiet sein können. So wollen wir all diejenigen stärken, die klar und deutlich Position für eine offene Gesellschaft beziehen und sich so der (drohenden) Dominanz extrem rechter Akteur*innen und ihren Weltbildern aktiv entgegenstellen. Wir wünschen uns, dass wir diese Arbeit weiterhin gemeinsam mit den Kolleg*innen der anderen zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen im Themenfeld Rechtsextremismus leisten können, aus deren kollegialer und fachlicher Haltung wir unsererseits viel Kraft und Motivation ziehen.



MBR im Regierungsbezirk Arnsberg

Für die kommenden 15 Jahre der Mobilen Beratung in NRW wünschen wir uns, dass wir uns eine kritische Haltung bewahren zu Dingen, die um uns herum passieren, aber auch zu denen, die unser professionelles Selbstverständnis und Miteinander betreffen. So wichtig die Förderung durch Bund und Land für unsere Existenz ist, so klar muss auch weiterhin unsere zivilgesellschaftliche Verortung erkennbar sein. Zugleich ist es uns wichtig, dass wir als Struktur, die vielleicht auch zukünftig noch wachsen wird in ihrer Heterogenität, weiterhin so kollegial, solidarisch und freundschaftlich zusammenarbeiten.



Gefördert von



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen





SEIT 15 JAHREN UNTERWEGS

Die Mobile Beratung ist seit 2008 in NRW aktiv und unterstützt Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus und menschenverachtende Einstellungen engagieren wollen. Ziel ist die Stärkung demokratischer Zivilgesellschaft und Engagierter vor Ort, beispielsweise in Vereinen, Initiativen oder Verwaltungen und Organisationen.

In der Broschüre "Seit 15 Jahren unterwegs" gibt die Mobile Beratung Einblicke in ihre Arbeit und wirft einen Blick auf Entwicklungen in der Beratungslandschaft. In unterschiedlichen Formaten werden Impulse zu gegenwärtigen Herausforderungen der Arbeit gegen extrem rechte Einstellungen und Gruppierungen gegeben. Gleichzeitig wird versucht Leerstellen in der Beratungslandschaft zu identifizieren, um auch in Zukunft Angebote schaffen zu können, die den Bedarfen einer Gesellschaft in all ihrer Gemeinsamkeit und Differenz entgegenkommt. Zu Wort kommen dabei auch zahlreiche, mitunter langjährige Wegbegleiter*innen und kritisch-solidarisch Verbündete.